DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

23 (2012)

Gedenken an die von Neonazis ermordeten Opfer. In Köln fordern Hunderte: „Verfassungsschutz auflösen!" – ein halbes Jahr, bevor bekannt wurde, in welchem Umfang der Inlandsgeheimdienst Akten vernichtet und die eigene Verstrickung in die Vorgänge vertuscht hat. Foto: strassenstriche.net (CC BY-NC 2.0)

Deutungskämpfe um den rechten Terror

Neue Köpfe an der Spitze der Geheimdienst- und Polizeibehörden: Um der Debatte über die Abschaffung des Verfassungsschutzes zu entgehen, setzt die Politik auf neues Personal in Führungspositionen der (Un)sicherheitsbehörden. Medien sprechen häufig über „Versäumnisse", „Ermittlungspannen" und „organisatorische Defizite" beim Verfassungsschutz. Die aktive Rolle, die der deutsche Inlandsgeheimdienst nicht zuletzt durch Finanzierung von V-Leuten und weitere Kontakte in die rechte Szene spielt, wird dagegen weniger intensiv thematisiert.

Nicht nur das Bild des Verfassungsschutzes ist in den Medien umkämpft. Das DISS-Journal untersucht im Schwerpunkt dieser Ausgabe den Diskurs um Frauen im Rechtsextremismus am Beispiel der NSU-Berichterstattung in der *Bild*. Wir analysieren, wie die Neonazi-Szene selbst über den NSU spricht, und welche Auswirkungen die Enthüllungen auf die Debatte über ein mögliches NPD-Verbot haben. Wir rezensieren Literatur zum Thema und werfen außerdem einen Blick auf andere rechte Szenen in Europa. Außerdem in diesem Heft: Artikel zu den Themen soziale Gerechtigkeit, Demokratie sowie zum institutionellen Rassismus in der deutschen Flüchtlingspolitik.

Aus dem Inhalt

Wie die rechte Szene über den NSU spricht

Beate Zschäpe in der Bild-Zeitung: Zwischen „Nazi-Braut" und „Nazi-Killer"

NPD-Verbotsdebatte

Der Wahre-Finnen-Rechtspopulismus

Demokratie als Baustelle: Jungkonservative und neoliberale Visionen

Krise des Kapitalismus Suche nach Alternativen

Zu den jüngsten Wandlungen im FAZ-Feuilleton

Institutioneller Rassismus

Recht auf Stadt

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249,
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion: Robin Heun, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Ursula Kreft, Jobst Paul, Rolf van Raden, Marie Sultan, Hans Uske, Jens Zimmermann

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 6 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Billigen – verschleiern – dichthalten

Rechte Verschwörungskonstruktionen: Wie die Szene über den NSU spricht

Von Martin Dietzsch

Anfang November 2011 wurde die bisher größte neonazistische Mordserie in der Bundesrepublik bekannt. Mitte der 1990er Jahre war aus einer freien Kameradschaft in Jena eine terroristische Zelle mit dem Namen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) entstanden, die von ihren legalen KameradInnen aktiv unterstützt wurde und bundesweit agierte.

Auf ihr Konto gehen nach derzeitigem Kenntnisstand zehn Morde, mehrere Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle. Während die Öffentlichkeit immer noch über die zahlreichen Fehleinschätzungen, Fahndungspannen und Ungereimtheiten beim Agieren von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten in diesem Fall rätselt, hat die extreme Rechte ein ganz anderes Problem. Zu den wichtigsten Unterstützern des NSU soll Ralf Wohlleben gehört haben; er ist ein ehemaliger hoher NPD-Funktionär und einer der führenden Köpfe der freien Kameradschaftsszene. Vieles deutet auf eine enge Verstrickung zwischen dem legalem und dem illegalen Flügel der Bewegung hin. In diesem Artikel möchte ich anhand einiger Beispiele einen Eindruck vermitteln, wie der militante Flügel der extremen Rechten propagandistisch mit der Aufdeckung des NSU umgeht. Ich konzentriere mich dabei schwerpunktmäßig auf die NPD und ihr Umfeld.

Die Thiazi-Kameraden und das Trio

Das bis zu seiner Abschaltung im Juni 2012 am stärksten frequentierte öffentlich einsehbare Forum deutschsprachiger Neonazis war das Thiazi-Netz. Der Server stand in den USA, die Betreiber verhielten sich konspirativ. Manch einer der Stammautoren hat bereits weit mehr als tausend Beiträge geschrieben. Man fühlte sich sicher. Gewaltverherrlichende Nicknames, Fotos von Nazimassenmördern wie Reinhard Heydrich als Avatar, Zitate von Nazigrößen als Motto, all das ist Alltag auf Thiazi.

Auslöser des Diskussionsstrangs zum Thema NSU war ein Artikel auf *Spiegel-Online* vom 8.11.2011, in dem erstmals von Spekulationen über einen möglichen Neonazi-Hintergrund beim Polizistenmord von Heilbronn die Rede war. Der Artikel wurde verfasst, als Beate Zschäpe sich noch auf der Flucht befand.

Erste Reaktion waren Anspielungen und Schmähungen gegen Alois Mannichl. Dies ist im Neonazi-Milieu fast schon so etwas wie ein bedingter Reflex, wenn Presseberichte über rechte Gewalttaten kommentiert werden. Mannichl, Leiter der Polizeidirektion der Stadt Passau, wurde im Dezember 2008 vermutlich von einem Neonazi vor seinem Haus durch eine Attacke mit einem Lebkuchenmesser verletzt. Der Täter wurde nie ermittelt. Seitdem wird das Opfer von Neonazis mit Schmähungen und Drohungen überschüttet. Die Stichworte Mannichl und Lebkuchen werden von jedem Neonazi verstanden, und bei diversen sich bietenden Gelegenheiten höhnisch-schenkelklopfend eingeworfen.

Der erste hämische und zugleich drohende Kommentar auf Thiazi zum NSU-Komplex lautete folglich: „Der Lebkuchenmann greift Gutmenschen an". Ansonsten war man sich in den ersten Tagen weitgehend einig: Es handle sich um eine Presseente, morgen sei das ganze vergessen. Je mehr Details aber in den Medien durchsickerten, umso deutlicher wurde, dass das Thiazi-Milieu ganz unmittelbar

Es war eines der wichtigsten Internetforen der militanten Neonazi-Szene: Die Morde des NSU wurden auf thiazi.net positiv verklärt. Nach mehreren Festnahmen im Juni 2012 ist die Seite inzwischen nicht mehr erreichbar.

Rechtsterror als „gesundes Verhalten"? Das Thiazi-Forum ist offline, die AutorInnen sind nach wie vor da.

mit dem NSU-Trio zu tun hatte. Schon am 10.9.2011 meldete sich jemand zu Wort, der offenbar über Hintergrundinformationen verfügte. „Alle gehörten damals zu ner Clique aus Jena wo auch Ralf Wohlleben zu gehörte." Bei der Nennung dieses Namens, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den großen Medien gehandelt wurde (die Verhaftung Wohllebens erfolgte sogar erst am 29.11.2011), dürfte so mancher Thiazi-Freund zusammengezuckt sein. Der Unbekannte mit Hintergrundwissen empfahl eine neue Verteidigungslinie:

„Nach der Razzia wegen den Bomben 1998 sind Sie untergetaucht und Ihre Clique/Kumpels hatten keinen Schimmer was mit Ihnen ist und wohin Sie sich abgesetzt haben. Es ist nicht das erste Mal das ehmalige Nationale kriminell werden. Warum diese zur rechten Szene gezählt werden obwohl Sie wohl seit 1998 also seit 13 Jahren nicht mehr aktiv gewesen sind must Du die linken Medien fragen !!!" (Fehler im Original)

Ein anderer Thiazi-Teilnehmer wunderte sich prompt, „dass es offensichtlich immer wieder Mitglieder einer asozialen Mischpoke in unsere Reihen schaffen". Und ein dritter assistierte: „Ich finde der das riecht nach VS/Mossad Mord ;-)". Die „Auserwählten" würden sich bei solchen Nachrichten die Hände reiben, rief ein vierter. Das Deutungsmuster Geheimdienstverschwörung setzte sich bei fast allen Diskutanten als Entlastungsstrategie durch. Die rechte Szene sei in Wahrheit überhaupt nicht in den Fall involviert, es handle sich um eine Provokation von Geheimdiensten, die gegen Rechts inszeniert worden sei. Reflektion über die eigene Rolle, eine eindeutige Distanzierung oder gar Anflüge von Selbstkritik gab es nicht.

Im Gegenteil schimmerte bei einigen Autoren sogar eine verdeckte Sympathie mit dem rechten Terror durch. Einer äußerte anerkennend: „Ich will nicht ausschließen, dass die Jungs diesen Kulturbereicherern die Lichter ausgeblasen haben", hielt dann aber die Umstände für so suspekt, dass er dann doch von einer Geheimdienstprovokation ausging. Der Autor „Weltfaschist", der schon 7500 mal auf Thiazi geschrieben hat, kritisierte die Auswahl der Opfer und nannte zwei kritische Journalisten mit vollem Namen als gewünschte Anschlagsziele:
„Ich habe ja nichts gegen ein Netz von Untergrundkämpfern. Aber dann sollen bitte auch Namen wie [...] oder [...] fallen, und nicht so harmlose Dönerverkäufer."

Der Autor „rolfsteiner", der sich selbst als „Rechtspopulist" einordnet, hielt dagegen: „Um die Polizeibeamtin tut es mir leid, aber bei den Türken bin ich mir nicht so sicher! Auch weiß ich nicht wie ich das Handeln der ‚NSU' werten soll, als Terror oder Landesverteidigung!"

Exkurs: „Rechtspopulismus"

Das zuständige Organ für „Rechtspopulismus", das Blog „Politically Incorrect" reagierte übrigens anders als erwartet. Statt sich von Neonazis, mit denen man ja angeblich nichts zu tun habe, zu distanzieren und sich als seriöse Rechte zu präsentieren, versuchte man anfangs, den Fall ins Lächerliche zu ziehen (PI veröffentlichte zum Beispiel eine FAZ-Karikatur über eine „Döner-Alm"), favorisierte ähnlich wie Thiazi die These von der Geheimdienstverschwörung gegen Rechts, kritisierte Angela Merkel für ihre Teilnahme an einer Gedenkfeier und verhöhnte die Angehörigen der Opfer: „Dönermorde. Staatsakt und dann Kohle her!" (Kewil, 19.11.2011) In den Kommentaren der Leserinnen und Leser dominierten die verschwörungsmythischen Deutungen. Auffällig war, dass auch hier sofort zahlreiche Anspielungen und Schmähungen gegen den Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl geäußert wurden. Dies kann man als Indiz dafür deuten, dass das Fußvolk der beiden konkurrierenden Flügel der extremen Rechten sich gar nicht so sehr unterscheidet. In anderen Wortmeldungen wird die Dimension des Verbrechens bagatellisiert (nur 10 Tote) und immer wieder wird unterstellt, die Opfer seien selbst Teil der organisierten Kriminalität gewesen. Die Stoßrichtung gegen die Opfer und deren Hinterbliebene war in diesem Milieu noch aggressiver als bei Thiazi.

Holger Apfel

Die NPD verbreitete am 15.11.2011 eine Erklärung des frisch gewählten neuen Vorsitzenden Holger Apfel, der angetreten war unter dem Schlagwort „seriöse Radikalität". Er sparte nicht mit verbaler Abwertung der TäterInnen:

„Nach allem, was bis heute bekannt ist, zeugen die abscheulichen Morde des Zwickauer Killer-Trios – und vor allem die gräßliche Zurschaustellung der Opfer dieser Schandtaten in Videos – nicht nur von einer extrem hohen kriminellen Energie, sondern auch von einer Abartigkeit, die einen fassungslos macht." Jeder, der auch nur ansatzweise auf die Idee komme, die NPD habe irgendetwas damit zu tun, sei unzurechnungsfähig. Stattdessen legte er nahe, die „Zwickauer Verbrecherbande" habe ihre Straftaten als „VS-Agenten" begangen. Die redaktionelle Einleitung unterstellte sogar, der Termin der Aufdeckung sei gezielt gewählt worden, um den NPD-Bundesparteitag zu beeinträchtigen.

Diese verschwörungsmythische Deutung der Ereignisse zieht sich durch alle

NPD-Veröffentlichungen. Ich möchte hier am Beispiel der Zeitschrift *hier & jetzt* etwas ausführlicher demonstrieren, wie das Thema im NPD-Milieu durchdekliniert wird. Der Gedanke, dass der NSU-Skandal auch ein Geheimdienstskandal ist, mag gar nicht so abwegig sein. Das NPD-Konstrukt einer gezielten und geplanten Geheimdienstverschwörung gegen Rechts dient dagegen eindeutig der Ablenkung, der Schuldabwehr und der Selbstimmunisierung gegen innere Zweifel. Das scheint zu funktionieren. Von einer echten Distanzierung, einer Umkehr oder einem Ausstieg von Vertreter*inne*n der extremen Rechten angesichts der Verbrechen des NSU ist bisher nichts bekannt geworden.

Der NPD-Vordenker, der Zufall und der Weltuntergang

Die Zeitschrift *hier & jetzt* bewirbt ihre im April 2012 erschienene aktuelle Ausgabe Nr. 18 so: „168 Seiten rechte Metapolitik aus der Dresdner Theoriewerkstatt". Die Zeitschrift erscheint ein bis zweimal im Jahr und fungiert seit einigen Jahren als inoffizielle Theoriezeitschrift der NPD. Herausgeber ist das formell unabhängige Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V. in Dresden.

Selbstverständlich kommen auch die Möchtegern-Rechtsintellektuellen aus dem Umfeld der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen nicht um das Thema NSU herum. Gleich mehrere Beiträge beschäftigen sich damit. In seinem Editorial (*hier & jetzt* 18, S. 3) nimmt Chefredakteur Arne Schimmer (NPD-Landtagsabgeordneter und Burschenschafter) die Euro-Krise zum Anlass für ein Untergangsszenario. Seine Argumentation ist zu Anfang recht flexibel und anschlussfähig. Während seine Kameraden auf der Straße „Demokraten bringen uns den Volkstod" skandieren, beklagt Arne Schimmer, dass „die parlamentarische Demokratie zunehmend suspendiert" werde von Finanzmärkten und EU-Administration. Sein Rezept: Rückkehr zum Nationalstaat, zur „nationalen Demokratie". Der Sieg dieser Idee ist offenbar nur noch durch eine verschwörerische Manipulation aufzuhalten. „Ist es wirklich nur ein Zufall, daß ausgerechnet in der Ära dieses Übergangs von einer nationalstaatlichen zu einer postdemokratischen Ordnung ein phantomhafter ‚Rechtsterrorismus' sein Haupt erhebt, der geeignet ist, jedes nationale Argument nachhaltig zu diskreditieren?"

Es gibt keinen Zufall, – das weiß jeder Verschwörungsgläubige. Arne Schimmer vermutet eine Geheimdienstverschwörung. Er beruft sich dabei auf eine ‚seriöse' Quelle, Thorsten Hinz, der in der *Jungen Freiheit* vom 17.11.2011 schrieb: „Es verdichtet sich das Gefühl, vor einem Abgrund, vor einem Arkan Bereich der Politik zu stehen".

‚Doch trittst Du über den Abgrund, siehst Du das Rettende nahen', mag sich Arne Schimmer gedacht haben; er beruft sich ganz ironiefrei auf die esoterische angebliche Untergangsprophezeiung des Maya-Kalenders für Ende 2012 und fordert seine MitstreiterInnen auf, die Apokalypse als Chance zu nutzen: „Wenn jetzt auch noch ein Angriff Israels auf den Iran erfolgt, dann könnten sich die apokalyptischen Vorzeichen, unter denen das Jahr 2012 einer uralten Prophezeiung nach steht, bewahrheiten. Die deutsche Rechte hat freilich nichts weniger zu fürchten als eine große Wende, weshalb der Blick in die Zukunft auch eher von Hoffnung denn von Furcht geprägt sein sollte."

„NSU-Phantom"

Auch in seinem Hauptaufsatz „Brandgeruch" (*hier & jetzt* 18, S. 4-10) widmet sich Arne Schimmer dem Thema NSU. Der Autor behauptet, dass es einen NSU in Wahrheit gar nicht gebe, es handle sich um ein „NSU-Phantom". Diese Bezeichnung hat sich inzwischen in weiten Teilen der extremen Rechten als Sprachregelung durchgesetzt. Sie impliziert, der NSU sei in Wahrheit ein reines Geheimdienstkonstrukt, geschaffen mit dem Ziel, die völlig unschuldige und völlig unbeteiligte Rechte zu diskreditieren und zu vernichten.

„NSU-Phantom" spielt an auf das Buch „Das RAF-Phantom" von Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker, das 1992 erschien und anhand der unaufgeklärt gebliebenen Morde der 3. Generation der RAF die steile These aufstellt, zu diesem Zeitpunkt habe es die RAF gar nicht mehr gegeben, die Morde seien wahrscheinlich das Werk eines Geheimdienstes, wahrscheinlich der CIA.

Arne Schimmer nimmt als Analogie allerdings nicht die 3. Generation der RAF, sondern den Mord an Siegfried Buback. Dieser Fall war in den letzten Monaten in den Medien präsent durch den Prozess gegen Verena Becker. Michael Buback, der Sohn des Mordopfers, trat als Nebenkläger auf und vertrat im Gegensatz zur Anklage die These, die Angeklagte habe die tödlichen Schüsse auf seinen Vater selbst abgegeben. Verena Becker werde aber seit Jahren vom Verfassungsschutz gedeckt, möglicherweise sei sie eine V-Person gewesen.

Die Parallelen zwischen Buback-Mord und NSU sind sehr begrenzt: In beiden Fällen gibt es Ungereimtheiten. Doch Arne Schimmer zieht seine eigenen Schlüsse, „daß die Bundesrepublik kein klassischer Rechtsstaat ist, sondern daß die Geheimdienste [...] das politische Geschehen aus dem Hintergrund heraus wirksam steuern". Als (angebliche) Kronzeugen beruft Schimmer sich auf Giorgio Agamben, Jürgen Elsässer, Wolfgang Pohrt und Armin Mohler. Ursache soll ausgerechnet das „Souveränitätsdefizit der Bundesrepublik" sein, „denn dieser Defekt führt unter anderem dazu, daß die bekanntermaßen an kein Legalitätsprinzip gebundenen Geheimdienste freie Bahn haben und ihre Spielräume offensichtlich nicht zum Wohl, sondern größtenteils zum Schaden ihres Vaterlandes nutzen."

Die Apokalypse sieht Schimmer in diesem Beitrag anders als in seinem Editorial nicht nahen. Man fragt sich, wozu der gewaltige geheimdienstliche Aufwand, wenn am Ende nicht mehr als ‚eine neue Flut von Forderungen' herauskommt: „Die NSU-Räuberpistole hat die Türen weit für eine neue Flut von Repressionsforderungen ‚gegen Rechts' geöffnet." Trotz der geringen Ausbeute schließt Schimmer hochdramatisch: „Manchmal aber hat man das Gefühl, das Haus [des Trios in Zwickau] würde immer noch brennen und mit seinem Rauch das ganze Land vergiften."

Wertkonservative Abrechnung am Tag nach der Machtübernahme

Der zweite Autor in *hier & jetzt* ist ein gebranntes Kind. Per Lennat Aae wurde während des NPD-Verbotsverfahrens vom Anwalt der NPD Horst Mahler bezichtigt, ein Agent zu sein. Von einem bevorstehenden Parteiausschluss war damals die Rede. Heute ist Aae Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen.

Sein Beitrag trägt den Titel „‚Rechtsterrorismus' als politische Waffe im Kampf gegen Rechts" (*hier & jetzt* 19, S. 11-31). In seinem langen, stellenweise redundanten und wirren Text behauptet Aae, er und die NPD seien seriös und konservativ; militante und subkulturelle Formen des Neonazismus seien künstliche Produkte des Verfassungsschutzes. Der habe „aus anfänglich naiven Jugendlichen potentielle Mörder herangezüchtet".

Aae behauptet, „daß Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos höchstwahrscheinlich in mancher Hinsicht eher Opfer als Täter waren. Ihre vermeintliche rechte Gesinnung war mit Sicherheit nicht echt, das heißt von einer signifikanten politischen Strömung oder Bewegung wie etwa der NPD geprägt, vielmehr dürfte sie auf eine geheimdienstinspirierte und mit Agenten durchsetzte Subkultur zurückgehen, die sich bar jeden wirklichen politischen Bewußtseins alle abstrusen ‚Neonazi'-Schablonen zueigen macht".

Die „heutigen Machthaber und Verderber Deutschlands" könnten nur durch finstere Machenschaften, „Haß, Verleumdung, Gewalt und totale Ausgrenzung" den Sieg der NPD verhindern. „Eine echte politische Auseinandersetzung mit einer seriösen nationalen, wertkonservativen Bewegung [würde] binnen kürzester Zeit zu deren Mehrheitsfähigkeit führen" Die „primäre Aufgabe" der Verfassungsschutzämter sei es, „Provokationen, Verleumdungen und Gewaltverbrechen gegen ein nationales Erwachen in Deutschland in Stellung zu bringen."

Per Lennart Aae ist ein ‚seriöser' Nationaldemokrat. Deshalb droht er mit der Abrechnung erst nach der Machtübernahme: „Dafür [...] werden sich die betreffenden Personen irgendwann mal zu verantworten haben". „[...] die Identitäten der vielen anderen menschenverachtenden Provokateure, die im Auftrag des Staates junge Menschen kriminalisieren und ihrer Menschenwürde berauben, dürften aber zu ermitteln sein, so daß diese Verbrecher an dem Tage zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sich das Blatt in Deutschland gewendet hat und wieder Recht und Gesetz herrschen. Dieser Tag wird kommen!"

Die Drohung richtet sich nicht nur an Angehörige des Verfassungsschutzes: „Ja, sie wollen unter Umgehung des Volkswillens Deutschland auch staatsrechtlich abschaffen, wie sie es seit Jahrzehnten biologisch und kulturell versuchen. Diese Kräfte sind es, nicht die Nationaldemokraten, die verfassungswidrige Pläne haben. – Mehr noch: sie begehen täglich Hoch- und Landesverrat!" Welche Strafe nach dem nationalen Erwachen auf Hoch- und Landesverrat steht, versteht sich von selbst.

Das Repressions-Phantom

Die in den Wortmeldungen von Rechts zum Thema NSU entweder befürchtete oder als angebliche Tatsache beklagte große Repressionswelle gegen Rechts blieb in der Realität aus. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand (Ende Mai 2012) beschränkt sich die Bundesanwaltschaft bei ihren Ermittlungen in Bezug auf den NSU auf den allerengsten Unterstützerkreis, dem man aktive Mithilfe und Mitwissen nachweisen kann.

Das Netzwerk der Freien Kameradschaften ist nach wie vor intakt und handlungsfähig, auch wenn einige wenige lokale und regionale Neonazi-Strukturen, die recht willkürlich ausgewählt geworden zu sein scheinen, mit dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung konfrontiert sind. Bisher ist es schwierig einzuschätzen, ob wirklich auf Dauer ein Perspektivenwechsel bei den zuständigen ErmittlerInnen stattfindet und die von den Mitgliedern der Kameradschaften begangenen Straftaten nicht mehr als unpolitische Einzeltaten bagatellisiert, sondern im Zusammenhang betrachtet werden.

Die mit der militanten Neonaziszene in einem widersprüchlichen, teils geradezu symbiotischen, teils konkurrierenden Verhältnis stehende NPD braucht ein Parteiverbot zumindest in der unmittelbaren Zukunft nicht zu fürchten. Erste Schritte zu einem neuen Verbotsverfahren sind zwar gemacht, doch scheint der Elan deutlich nachzulassen, nachdem sich die öffentliche Aufregung über die Verbrechen des NSU weitgehend gelegt hat. Belege für eine unmittelbare Mittäterschaft von Parteigremien der NPD wird es nicht geben; um der NPD ihre Verfassungswidrigkeit nachzuweisen, muss man seinen Grips schon etwas mehr anstrengen.

In der Szene, die es angeht, lautet die Parole: Maul halten und Aussage verweigern. Gleichzeitig kokettiert man aber auch eindeutig, aber immer noch am Rande der Legalität mit dem NSU, zum Beispiel durch Anspielungen auf die im Bekennervideo verwendete Zeichentrickserie. Mit nachlassendem Fahndungsdruck wird sich das Sagbarkeitsfeld für Neonazis in Sachen NSU erweitern. Das abschließende Beispiel soll illustrieren, wie dieses Feld zwischen Meinungsfreiheit und staatlicher Sanktion ausgelotet wird.

„Liquidierung"

Die nationalrevolutionären Neonazis vom Freien Netz Süd nahmen Pressemeldungen über ein von einem Krankenhausmitarbeiter gestohlenes Mobiltelefon zum Anlass, eines der NSU-Opfer zu schmähen: „Wie nun zahlreiche Medien berichteten, wurde das vermeintliche neunte Opfer der Döner-Mord-Serie aus Kassel, [Name des Opfers], noch nach seiner Liquidierung im Internet-Café 2006 von einem Bediensteten in der Pathologie des Kasseler Krankenhauses beraubt." (Freies Netz Süd, 28.5.2012) Das Opfer sei ein „vermeintliches" Opfer. Es gehe nicht um die NSU-Morde, sondern um die „Döner-Mord-Serie". Es handle sich nicht um Mord, sondern um eine „Liquidierung", also einer legitimen gezielten Tötung. Dieser Begriff wird doppeldeutig verwendet, einerseits als feixende, provokative Billigung der Tat, andererseits als Unterstellung, in Wahrheit hätten deutsche Geheimdienste die Tat begangen. Die Artikelüberschrift lautet „NSU-Phantom: Döner-Mord-Opfer nach Tod beraubt". Und selbstverständlich weist der Artikel auf die in der Tat rätselhafte Anwesenheit eines Mitarbeiters des hessischen Verfassungsschutzes am Tatort hin, um Plausibilität der Verschwörungsthese vom „NSU-Phantom" zu suggerieren.

Unvermittelt wird am Ende des Artikels die Freilassung des als Unterstützer verdächtigten Holger G. aus der Untersuchungshaft gemeldet. Der Autor warnt seine Kameraden: „Offensichtlich werden weiter gezielte Falsch- und Fehlmeldungen durch die Ermittler der Öffentlichkeit zum Fraß vorgeworfen, um neue Aussagen im Döner-Mord-Komplex zu provozieren." Einige der Kameraden von Freien Netz Süd dürfte diese Warnung ganz persönlich angehen. Nicht jeder schweigt so eisern wie Beate Zschäpe.

Vorläufiges Fazit

Ein Theorie-Konzept haben die TerroristInnen des NSU nicht hinterlassen, nur das simple Prinzip „Taten statt Worte". Dieses Prinzip rechten Terrors wurde nicht vom NSU erfunden und ist nicht auf ihn beschränkt. Eine kritische Reflektion oder gar ernstgemeinte Umkehr findet bisher zumindest innerhalb des hier untersuchten Spektrums nicht statt. Verschwörungskonstrukte dienen in diesem Zusammenhang nicht nur der Ablenkung der Öffentlichkeit, sondern auch als Selbstentlastung und Selbstimmunisierung gegen Kritik. Das Problem NSU und mögliche NSU-Nachfolger und -Weiterentwickler wird uns wohl nach Lage der Dinge noch lange erhalten bleiben.

Beate Zschäpe in der Bild-Zeitung: Zwischen Nazi-Braut und Nazi-Killer

Der Diskurs um Frauen im Rechtsextremismus am Beispiel des NSU

Von Anna Oelhaf

Am 4.11.2011 begingen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach einem Banküberfall Suizid und zündeten den Wohnwagen, in dem sie sich befanden, an. Am gleichen Tag löste Beate Zschäpe eine Explosion in der gemeinsamen Wohnung aus und verschwand dann, um sich am 8.11.2011 der Polizei zu stellen. In den Überresten des Wohnwagens und der Wohnung fanden sich die Tatwaffen von neun Morden an Einwanderern bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund und dem an einer deutschen Polizistin sowie weitere Indizien für die Täterschaft der Gruppe, die wenig später unter ihrer Selbstbezeichnung als ‚Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU) bekannt wurde.

Mit diesen Vorkommnissen offenbarte sich der rechtsextremistische Hintergrund der Taten, die zuvor als ‚Döner-Morde' verhandelt und deren Gründe bis dahin in einer vermeintlichen Kriminalität der Opfer gesucht wurden.[1]

Als einzige lebende und zudem weibliche Hauptverdächtige erhielt Beate Zschäpe einen besonderen Status in der medialen Rezeption der Ereignisse. Bereits am 15.11.2011 kritisierte das Forschungsnetzwerk 'Frauen und Rechtsextremismus' in einem offenen Brief (Köttig/Kenzo 2011) die unreflektierte Reproduktion des „übliche[n] Klischee[s] von der unpolitischen Frau", nach dem Frauen nicht als rechtsextreme Täterinnen, sondern nur als sexualisierte Anhängsel denkbar seien. Problematisch hieran seien zum einen die „sexistischen Stereotype", die dazu führten, dass die „Rolle von Frauen im Rechtsextremismus" verharmlost werde, sowie zum anderen die damit einhergehende Verharmlosung der „rassistisch und antisemitisch motivierten Taten selbst".[2]

Hintergrund dieser Kritik ist die theoretische und empirische Auseinandersetzung der gendersensiblen Rechtsextremismusforschung. Sie führte erstens zu der Einsicht, dass im Zuge der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung von Rechtsextremismus als männliches Phänomen die vielfältigen und durchaus konstitutiven Funktionen von Frauen in rechten Strukturen übersehen und unterschätzt werden sowie ihre potentielle Täterinnenschaft fast gänzlich ausgeblendet bleibt. Des Weiteren stellte sie heraus, dass hegemoniale Geschlechter-Diskurse – neben dem tatsächlichen größeren Anteil von Männern im rechten Milieu und an rechten Gewalttaten – wesentlich an der Verhandlung von Rechtsextremismus mit dem Prototyp des Rechtsextremisten als „männliche[m], jugendliche[n], gewaltbereite[n] Skinhead" (Elverich 2007, 1) beteiligt sein dürften. Frauen gelten gemeinhin als das friedfertigere Geschlecht, von dem keine Gefahr ausgehe, während Männern Aggressivität und Gewalttätigkeit zugeschrieben werde. Darüber hinaus werden Frauen und Mädchen eher als unpolitisch eingeordnet bzw. als politische Akteurinnen weniger wahr- und ernst genommen, insbesondere dann, wenn sich ihr Handeln auf Bereiche konzentriert, die diskursiv als privat statt politisch kodiert sind (Elverich 2007, 2).

Im Anschluss an solche Überlegungen stellt sich die Frage, ob und wie das vom Forschungsnetzwerk konstatierte Bild von Frauen im Rechtsextremismus in Bezug auf die Berichte zu Beate Zschäpe diskursiv produziert und reproduziert wurde und inwieweit es zu einer Verharmlosung ihrer bzw. der Taten kommt.

Diesen Fragen wurde mit einer Kritischen Diskursanalyse der Berichterstattung der Bild-Zeitung in den Tagen unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Ereignisse nachgegangen. Ihre Ergebnisse sollen im Folgenden vorgestellt werden.[3]

Der thematische Kontext

Die Artikel, in die Informationen über Beate Zschäpe eingebettet sind, drehen sich erstens um die konkreten Ereignisse bzw. Vermutungen zu diesen. Sie berichten über die Banküberfälle, die Morde und weitere Taten wie z.B. einen Nagelbombenanschlag. Zweitens stellt die Ermittlungsgeschichte im Zusammenhang mit den Morden sowie mit dem Untertauchen von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos ein Thema dar. Es werden Fahndungspannen dargestellt und insbesondere die Rolle verschiedener Behörden diskutiert. Drittens werden in zahlreichen Artikeln mögliche weitere Morde und Taten durch den NSU angesprochen. Viertens finden die in der Wohnung aufgefunden Na-

1 Vgl. dazu auch den Artikel von Jobst Paul zum Unwort des Jahres 2011 in dieser Ausgabe.

2 Das Forschungsnetzwerk berief sich bei seiner Kritik auf einzelne Artikel auf Bild.de, in der Frankfurter Rundschau und dem Spiegel sowie auf eine Sendung von Günther Jauch vom 14.11.2011.

3 Analysiert wurde die Berichterstattung der Bild-Zeitung vom 8. bis einschließlich 18. November 2011 (ausgenommen vom 9.11.2011). Berücksichtigt wurden alle Artikel, die direkt oder indirekt Informationen über Beate Zschäpe enthielten. Insgesamt bestand der Untersuchungscorpus aus 42 Artikeln.

menslisten – „Todeslisten" – sowie eine ebenfalls in der Wohnung gefundene DVD – „Bekenner-DVD" – wiederholt Erwähnung. Fünftens drehen sich mehrere Artikel um (mutmaßliche) Komplizen/Hintermänner/Helfer. Sechstens thematisieren einige Artikel Leben und Charakter von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos sowie ihren kriminellen und rechtsextremistischen Werdegang. Siebtens kommen verschiedene Reaktionen auf die Mordserie wie z.B. Stellungnahmen und symbolische Gesten von Politiker_innen zur Sprache.

Interessant ist, dass das Thema ‚Frauen im Rechtsextremismus' explizit an keiner Stelle auftaucht.

Die Bebilderung

Die Artikel werden zum einen bebildert mit Aufnahmen verschiedener Orte des Geschehens wie beispielsweise dem Wohnwagen, in dem Mundlos und Böhnhardt starben, oder der zerstörten Wohnung, in der das Trio zuletzt wohnte. Zum anderen begleiten Fotografien von Personen, die im Text Erwähnung finden, interviewt oder zitiert werden, die Artikel: Mordopfer und deren Kinder, Personen aus Verfassungsschutz, Polizei und Politik, und – überwiegend – Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt. Deren Porträts erscheinen im Stil von Passbildern, versehen mit Namen und Alter sowie gelegentlich mit einer substantiven Bezeichnung wie „Nazi-Killer" oder „Nazi-Braut", die „schweigt". Daneben finden sich eine Reihe von Fotografien von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in privatem Kontext – auf dem Sofa, im Bett liegend, lesend, schlafend usw. – sowie von Mundlos und Böhnhardt bei Banküberfällen oder Demonstrationen. Beate Zschäpe wird in der Bebilderung zweier Artikel in Polizeibegleitung gezeigt.

Zwischen Nazi-Braut und Nazi-Killer

Beate Zschäpe wird überwiegend als Teil einer Gruppe bzw. eines Kollektivs, deren Mitglieder nur manchmal namentlich genannt werden, und nicht als Individuum verhandelt. Dabei lässt der Kontext häufig die Frage offen, ob Zschäpe in dieses Kollektiv eingeschlossen ist oder nicht. Insgesamt erweist sich die Behandlung von Beate Zschäpe in der Bild-Zeitung als widersprüchlich.

Zschäpe erhält nicht weniger Aufmerksamkeit als Böhnhardt und Mundlos. Dies ist gerade zu Beginn der Berichterstattung so, wo sie in vielen Artikel als Protagonistin auftritt. An einer Stelle ist sogar von „Zschäpes Terrorgruppe" (16.11.2011) die Rede.

Zschäpe wird auch nicht aus der Verantwortung für die Taten herausgenommen. Diese wird vor allem der Gruppe insgesamt zugeschrieben, wobei sie – zumindest potentiell – meist eingeschlossen ist. Allerdings wird offen gelassen, worin genau ihre Beteiligung bestand, etwa in der Planung oder Ausführung, im Mitwissen oder in Sonstigem.

„Drei junge Menschen, die sich von der Gesellschaft lossagen und abtauchen. Mordend ziehen sie durch die Bundesrepublik, sie horten Waffen, überfallen Banken und machen mit perverser Lust Jagd auf Ausländer. In ihrem Hass schießen sie ihren Opfern ins Gesicht. 10 Morde und 14 Banküberfälle begingen sie." (14.11.2011)

Hier werden Einzelpersonen („drei junge Menschen") genannt, denen dann als Gruppe Handlungen zugesprochen werden. Zwar werden Zschäpe die Banküberfälle und Morde häufig – wie in diesem Beispiel – als Mitglied des Kollektivs zugeschrieben, jedoch nie als Einzelperson angelastet. Das heißt, sie wird für die Taten – die Morde, das Bauen der Bomben, die Bombenanschläge selbst, die DVD, die Bildung einer terroristischen Vereinigung, teilweise auch die Banküberfälle – mit in die Verantwortung gezogen.

In Bezug auf die Ausführung der Taten ergibt sich hingegen ein anderes Bild. Explizit angelastet wird Zschäpe das Fahren von Fluchtautos sowie Brandstiftung. Ausführlich beschrieben wird auch ihr Kontakt zur NPD und zum Verfassungsschutz. Zschäpe erscheint hier in einer aktiven, kompetenten und souveränen Rolle, als Mitwisserin und Organisatorin.

„Zschäpes Terrorgruppe soll eng mit der rechtsradikalen NPD gearbeitet haben. Angeblich gab es Absprachen zwischen NSU und NPD! Feldmann: ‚Ich war dabei, als Zschäpe sich mit führenden Mitgliedern der Partei getroffen hat. Sie haben sich zu langen Gesprächen zurückgezogen. Anschließend sagte mir ein Verbandsvorsitzender der NPD: ‚In Köln steigt bald eine große Sache.' Wenig später explodierte die Bombe in Köln.'" (16.11.2011; ohne Hervorhebungen)

„‚Beate Zschäpe hat ganz offen gesagt, man solle mit dem Verfassungsschutz arbeiten und denen falsche Informationen liefern. Sie hatte Kontakt zu einem Beamten in Thüringen'" (16.11.2011; ohne Hervorhebungen)

Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen
Edition DISS Band 28
ISBN 978-3-89771-757-2
288 S., 19.80 €

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Mit Beiträgen von Renate Bitzan, Martin Dietzsch, Richard Gebhardt, Siegfried Jäger, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Helmut Kellershohn, Britta Michelkens, Christoph Schulz, Lenard Suermann, Fabian Virchow, Volker Weiß, Volkmar Woelk und Jens Zimmermann.

Bei der Durchführung der Morde und anderer Gewalttaten bleibt Zschäpe allerdings fast gänzlich außen vor. In einem Artikel widmet sich ein ganzer Absatz der Frage nach Zschäpes Rolle bei den Morden. Dessen Quintessenz: Zschäpe hat höchstwahrscheinlich nicht gemordet.

„Hat auch Beate Zschäpe gemordet? Zschäpe verweigert die Aussage. Bisher deutet aber vieles darauf hin, dass die beiden Männer des Trios für die Morde verantwortlich sind. Vor einem Sprengstoffanschlag sind sie auf einem Überwachungsvideo zu sehen. In Zeugenaussagen zu den DönerMorden war nie von einer Frau in Tatortnähe die Rede. Und: Es dürfte nahezu unmöglich sein, Zschäpe die Morde vor Gericht nachzuweisen. Sie will als Kronzeugin auspacken und dafür eine mildere Strafe. Zschäpe würde dann nur ihre toten Komplizen belasten. Allerdings soll die Nazi-Braut oft das Wohnmobil gesteuert haben, mit dem das Trio zu den Taten fuhr.“ (15.11.2011; ohne Hervorhebungen)

Zschäpe wird also nur eine Mitverantwortung für die Morde, jedoch nicht deren Ausführung zugewiesen. In dieser Rolle erscheinen allein Böhnhardt und Mundlos. Darauf verweisen auch die Substantive, mit denen Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos jeweils bezeichnet werden. Als Kollektiv werden sie am häufigsten als „Killer-Nazis“ und „Terror-Trio“ benannt; insgesamt speisen sich solche Bezeichnungen aus Diskursen der Kriminalität und des Rechtsextremismus. Mundlos und Böhnhardt werden sowohl als Einzelpersonen als auch im ‚Doppelpack‘ mit Begriffen wie „Killer“, „Killer-Nazis“ und „Täter“ ebenfalls überwiegend aus Kriminalitäts- und Rechtsextremismus-Diskursen heraus beschrieben. Zschäpe hingegen wird entweder in eine Beziehung zu Männern gesetzt oder sie wird als „Komplizin“, „Zeugin“, „Mitläuferin“ und „Nazi-Terroristin“ bezeichnet. Bis auf den Fall der „Nazi-Terroristen“ wird sie als zweitrangige Akteurin eingeschätzt, die nur unterstützt, bezeugt oder passiv mitmacht. Außerdem ist die politische Dimension der Taten bei Böhnhardt und Mundlos präsenter als bei Zschäpe, die eben nur einmal als „Nazi-Terroristin“ bezeichnet wird. Gleiches lässt sich auch in Bezug auf Gewalttätigkeit und Brutalität beobachten. Das Kollektiv – also potentiell inklusive Zschäpe – wird als monströs und verbrecherisch gezeichnet: das „Killer-Trio“ hat „eiskalt gemordet“, beging „brutalste Verbrechen“ und „grausame Morde“, offenbarte eine seltene „Kaltblütigkeit und Brutalität“ – um einige Beispiele zu nennen. Als Einzelperson wird Zschäpe hingegen an keiner Stelle als brutal, grausam oder gewalttätig dargestellt, ganz im Gegenteil zu Mundlos und Böhnhardt. Letztere werden häufig – insbesondere über Hinweise auf ihre Kleidung und Waffen – entsprechend charakterisiert:

„Ein Räuber springt mit einer Pistole im Postamt über einen Schalter. Sein Komplize bedroht bei einem anderen Raub einen Angestellten mit seiner Pumpgun! Die Bilder der Überwachungskameras, die BILD jetzt vorliegen, zeigen die Killer-Nazis Uwe Böhnhardt († 34) und Uwe Mundlos († 38).
DIE FOTOS DOKUMENTIEREN DIE GANZE SKRUPELLOSIGKEIT DER KILLER.

Um ihr Leben im Untergrund bezahlen zu können, überfallen Mundlos und Böhnhardt in zwölf Jahren 14 Banken, Sparkassen und Postämter in Chemnitz, Zwickau und Stralsund. Sie sind meist mit Pistolen und Pumpgung bewaffnet.

Die Serie beginnt am 6. Oktober 1999 in Chemnitz. Zwei Jahre später erbeuten sie im Zwickauer Postamt 75 000 D-Mark und verletzen dabei einen Kunden mit Reizgas. Zu diesem Zeitpunkt haben die Killer schon drei türkische Geschäftsleute ermordet.“ (16.11.2011; Hervorhebungen im Original)

Im Rahmen der Berichterstattung findet sich eine Sexualisierung Zschäpes. Die Substantiv-Bezeichnungen, mit denen sie charakterisiert wird, definieren sie vorwiegend über ihr Verhältnis zu Männern. Sie wird als „Mitbewohnerin“, „heißer Feger“ und „Nazi-Braut“ betitelt. Letztere Bezeichnung ist neben ihrer häufigen Nennung auch deshalb sehr präsent, weil sie sich oftmals in den Bildunterschriften von Fotografien von Zschäpe findet. „Nazi-Braut“ wird Zschäpes Name oft schlicht voran gestellt.

Der Begriff ‚Braut‘ bezeichnet eigentlich eine Verlobte bzw. eine Frau am Tag ihrer Hochzeit. In der Jugendsprache wird ‚Braut‘ laut Duden auch für ein „Mädchen (als Objekt sexueller Begierde)“ (Duden online 2012) benutzt. Sowohl mit „heißer Feger“ als auch mit „Nazi-Braut“ wird Zschäpe sexualisiert und über einen männlichen Blick charakterisiert. Auch „Mitbewohnerin“ definiert Zschäpe über die soziale Beziehung zu Mundlos und Böhnhardt. „Nazi-Braut“ legt zudem

nahe, dass Zschäpe die ‚Braut' eines Nazis – vielleicht von Mundlos und/oder Böhnhardt – gewesen sei und dies in Hinblick auf ihre Rolle in der Gruppe relevant gewesen sei. Der Begriff ‚Nazi-Braut' reproduziert somit die diskursiv vorherrschende Einordnung von Frauen in rechten Strukturen als (Sexual-)Partnerinnen von rechten Männern.

Dieses Motiv findet sich auch an anderer Stelle. So wird Zschäpe unter anderem dadurch charakterisiert, dass sie „bei den Nazis […] als heißer Feger [galt]" (16.11.2011), „mehrere Neonazis [um sie] buhlen" (14.11.2011) und sie „mit Böhnhardt und Mundlos […] eine Dreierbeziehung [hat]" (14.11.2011). Am 18.11.2011 veröffentlichte die Bild-Zeitung Privataufnahmen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, die u.a. Zschäpe und Mundlos in einem Bett zeigen. Zschäpe wird durch die auf der Titelseite prangende Überschrift „Nazi-Braut im Bett mit dem Killer!" sexualisiert.

Dass diese Sexualisierung Zschäpes ihre insgesamt ambivalente Charakterisierung jedoch nicht dominiert, zeigen die folgenden Passagen aus zwei Artikel exemplarisch:

„Beate Zschäpe, die gefährliche Mitläuferin. Gelernte Gärtnerin. Sie weigert sich, die typische Kluft der braunen Szene zu tragen. Mehrere Neonazis buhlen um sie. Mit Böhnhardt und Mundlos hat sie eine Dreierbeziehung: ‚Mal war sie mit dem einen zugange, mal mit dem anderen', sagt ein früherer Bekannter. Zu Hause hängt sie eine Reichskriegsflagge auf." (14.11.2011; ohne Hervorhebungen)

„‚Ich habe Beate Zschäpe bei einer NPD-Weihnachtsfeier und bei einer Veranstaltung im März 2004 in Georgsmarienhütte getroffen', sagt Michael Feldmann* [ein angeblicher Aussteiger] zu BILD. ‚Sie trat damals unter verschiedenen Namen auf […].' […] Erst später zog Zschäpe mit den Killern in die Wohnung die sie später in die Luft jagte. ‚Ich erinnere mich, dass Zschäpe mit einem Kameraden in einem VW zu einem NPD-Treffen anreiste. Viele in der Szene kannten sie. Bei den Nazis galt sie als heißer Feger. Sie trat nie aggressiv auf, aber ihre Ansichten waren aggressiv. Sie war bekannt als Gründungsmitglied der NSU.'" (16.11.2011; ohne Hervorhebungen)

Einerseits nehmen in diesen Charakterisierungen Zschäpes Aussagen zu ihrem Liebes-, Sex- und Beziehungsleben einigen Raum ein, während dies bei entsprechenden Stellen zu Böhnhardt und Mundlos vollkommen ausgespart bleibt. Das ‚Buhlen' mehrerer Neonazis und ihr Ruf als „heißer Feger" machen sie zum Sexobjekt (männlicher) Nazis, ihr abwechselndes ‚Zugange-Sein' mit Böhnhardt und Mundlos rückt sie mit leicht negativem Unterton in Richtung Promiskuität. Ihr Rechtsextremismus wirkt hingegen eher nebensächlich und außerdem passiv: sie ist eine Mitläuferin, ihre Weigerung, die „typische Kluft der braunen Szene zu tragen" kann als Distanz gewertet werden und ihre ideologische Gesinnung wird allein durch den Verweis auf eine zuhause aufgehängte Reichskriegsflagge angedeutet. Nichts davon zeichnet das Bild einer Frau, die möglicherweise aus rassistischen Motiven mehrere Menschen getötet hat. Im zweiten Zitat wirkt die Grausamkeit und Brutalität, die Böhnhardt und Mundlos am selben Tag im nebenstehenden Artikel zugeschrieben werden, ebensowenig als möglicher Teil von Zschäpes Charakter. Auch hier ist sie nicht als brutale Mörderin vorstellbar. Dies wird untermauert durch die Bebilderung der Artikel: während die „Nazi-Braut Beate Zschäpe" die offen in die Kamera anlächelt, werden die „Killer-Nazis" bzw. „Serienmörder Uwe Böhnhardt […] und Uwe Mundlos [...]" in einer männlichen Gruppe und in Nazi-Kleidung sowie vermummt und mit Waffe beim „Raubzug" gezeigt (vgl. Abbildung unten).

Andererseits erweist sich die Charakterisierung von Zschäpe in beiden Zitaten als ambivalent. Sie ist zwar eine Mitläuferin, aber sie ist eine gefährliche Mitläuferin. Was das Gefährliche an ihr ist, wird nicht weiter erläutert. Sie weigert sich „die typische Kluft der brauen Szene zu tragen", was im Grunde kein Verhalten ist, das von einer Mitläuferin erwartet würde. Und sie ist eine der „drei junge[n] Menschen", die – so der Wortlaut zu Beginn des Artikels vom 14.11.2011 – „mordend durch die Bundesrepublik [ziehen] […] und […] mit perverser Lust Jagd auf Ausländer machen". Der Artikel vom 16.11.2011 zeichnet Zschäpe als aktive Rechtsextemistin und wichtige Akteurin der NSU. Er berichtet von Besuchen Zschäpes von Nazi-Veranstaltungen, von Verbindungen zur und Gesprächen mit „führenden Mitgliedern" der NPD und dem Verfassungsschutz, von ihren zahlreichen Decknamen, von ihrer Brandstiftung der Wohnung, von aggressiven Ansichten Zschäpes sowie davon, dass sie Gründungsmitglied der NSU gewesen sei. Als sei Zschäpe die Anführerin der Gruppe gewesen, ist sogar die Rede von „Zschäpes Terrorgruppe". Der Tenor des Artikels charakterisiert Zschäpe als wichtige und kompetente Akteurin der NSU, Überschrift und Bebilderung reduzieren sie jedoch auf Sexualität und Attraktivität.

Zusammenfassung und Resümee

Die Analyse ergibt insgesamt ein ambivalentes Bild. Einerseits wird Zschäpe im Gegensatz zu Böhnhardt und Mundlos nicht als gewaltätig oder grausam dargestellt und taucht als Mörderin nicht auf.

Versteht man Zschäpes Fall als exemplarisch für die Verhandlung von Frauen im Rechtsextremismus, ist hier eine Verharmlosung oder zumindest Ausblendung des gewalttätigen Potentials von Rechtsextremistinnen zu konstatieren.
Hinzu kommt, dass Zschäpe wiederholt sexualisiert und – vor allem im Vergleich zu Mundlos und Böhnhardt – entpolitisiert wird. Hier scheint sich folglich der Diskurs des gewalttätigen männlichen Nazis und der vergleichsweise ‚normalen', friedfertigen und unpolitischen Frau an deren Seite zu wiederholen, wodurch gleichzeitig eine mögliche Gewalttätigkeit Zschäpes ausgeblendet wird.

Andererseits erscheint Zschäpe durchaus als verantwortlich, sie wird weder viktimisiert oder entlastet noch wird Empathie zu ihr aufgebaut. Sie ist nicht schlicht Mitläuferin und nicht nur Sexobjekt, sie ist auch Akteurin, sie hat auch etwas zu sagen und ist nicht schwach. Sie wird zwar als weniger gewalttätig, aber nicht als weniger gefährlich gezeichnet. Die Gleichsetzung von Gewalttätigkeit mit Gefährlichkeit, die in der Bild-Zeitung nicht vollzogen wird, ist ein zentraler Kritikpunkt der gendersensiblen Rechtsextremismusforschung, da hierdurch die Bedeutung und Gefährlichkeit anderer Rollen neben der gewalttätigen ausgeblendet würden.

„Damit ist die geringere Gewaltbereitschaft und das ‚sanftere' Auftreten von Frauen nicht weniger bedenklich, sondern u.U. sogar gefährlicher im Hinblick auf die Durchsetzung rechtsextremer Deutungsmuster." (Elverich 2007, 2)

„Und dennoch ist dies ein einseitiger Blick, denn die Männerdominanz im rechtsextremen Milieu sollte über die unterschiedlichsten Beteiligungsformen von Mädchen und Frauen nicht hinweg täuschen. Vielmehr sollte sich unsere Aufmerksamkeit gerade deshalb schärfen, weil Mädchen und Frauen eher im Hintergrund agieren und sich damit unserem Blickfeld entziehen. Das Problem ist, dass der männerzentrierte Blick von Medien, Polizei und Justiz dazu führt, dass die differenzierten und z.T. subtilen Beteiligungsformen von Mädchen und jungen Frauen an rechtsextremen Straftaten bei Darstellung und Verfolgung der Taten häufig ausgeblendet oder verzerrt werden." (Köttig 2005, 58)

Insofern kann nicht von einer prinzipiellen Verharmlosung Zschäpes gesprochen werden – zumindest nicht in der Bild-Zeitung. Überhaupt findet m. E. keine Verharmlosung der Taten an sich statt. Verharmlost – bzw. fast vollkommen übergangen – wird hingegen eine gesellschaftliche Mit-Verantwortung für die Taten. Die Täter sind Mundlos und Böhnhardt, Verantwortlichkeiten liegen bei Neonazis – Zschäpe eingeschlossen – und evt. noch in behördlichen Ermittlungsfehlern.

Die Frage nach Rassismus in der deutschen Gesellschaft und einer daraus folgenden möglichen Mitverantwortung wird jedoch kaum aufgeworfen. Damit wird den Morden nicht die gesellschaftliche Brisanz verliehen, die sie angesichts nicht weit zurückliegender Debatten wie z.B. der um Sarrazin[4] erhalten könnten. Für die Bild-Zeitung liegt das Problem außerhalb der Gesellschaft, in "[d]rei junge[n] Menschen, die sich von der Gesellschaft lossagen und abtauchen" (14.11.2011), in „eine[r] eigene[n] Welt, aus der die drei Killer-Nazis stammen. Abgeschottet, verschwiegen, feindselig" (16.11.2011). Nur selten werden die Taten in der 'Mitte' der Gesellschaft verortet. Bezeichnenderweise geschieht dies durch einen türkischen Gastautor und den Vertreter der türkischen Gemeinde in Berlin sowie – ansatzweise – durch den Sohn eines Ermordeten. Doch diese Äußerungen bleiben auf der Ebene von Appellen stecken. Die Bild-Zeitung nimmt sie nicht auf und formuliert keine Forderungen an Politik und Gesellschaft.

Gender scheint im Diskurs um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt eine große Rolle zu spielen. Neben der Sexualisierung und Entpolitisierung Zschäpes und der Brutalisierung von Mundlos und Böhnhardt fällt diesbezüglich ein prinzipieller Aspekt ins Auge: Mundlos und Böhnhardt werden nur sehr sporadisch und deutlich seltener als Zschäpe als Einzelpersonen, stattdessen aber häufig im ‚Doppelpack' verhandelt. Im Gegensatz werden Zschäpe und Mundlos oder Zschäpe und Böhnhardt an keiner Stelle gemeinsam verhandelt. Darüber hinaus wird Zschäpe häufig als Gegenpol zum ‚Doppelpack' Mundlos und Böhnhardt inszeniert, beispielsweise dann, wenn die „Nazi-Braut" mit den „Nazi-Killern" kontrastiert wird.

Dass Mundlos und Böhnhardt ‚im Doppelpack' und nicht als Individuen behandelt werden, ermöglicht die diskursive Kontrastierung zwischen dem männlichen und dem weiblichen Nazi. Damit geht einher, dass zahlreiche Fragen ausgeschlossen bleiben. So wird beispielsweise gar nicht erst thematisiert, ob und inwiefern die Männer bei den Taten unterschiedlich agierten. Bei Zschäpe hingegen wird die Frage, ob auch sie geschossen hat und inwieweit sie an den Taten beteiligt ist, explizit thematisiert. Während es bei Zschäpe also offensichtlich einen Erklärungsbedarf gibt, scheint sich die Frage bei Böhnhardt und Mundlos nicht zu stellen. Dass es sich bei ihnen um Männer handelt, scheint hinreichend dafür zu sein, beide homogenisierend zu „solche[n] Tätertypen" (18.11.2011) zu deklarieren.

4 Diese wird an keiner Stelle erwähnt. Die NSU-Morde werden auch nicht in den Kontext anderer rassistischer Morde und Taten in Deutschland gestellt. Darüber hinaus wird der Gebrauch des Begriffs ‚Döner-Morde', der zumindest anfänglich auch noch verwendet wird, nicht reflektiert oder kritisiert.

Literatur

Duden online 2012*:* „Braut, die". Online: http://www.duden.de/rechtschreibung/Braut; (Abruf: 11.6.2012).

Elverich, Gabi 2007: Rechtsextrem orientierte Frauen und Mädchen – eine besondere Zielgruppe? Die Rolle von weiblichen Neonazis wird bislang unterschätzt. Online: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41506/rechtsextrem-orientierte-frauen-und-maedchen (Abruf: 11.6.2012).

Köttig, Michaela 2005: „Mädchen in der rechten Szene". In: Dokumentation der Fachkonferenz „Neue Perspektiven der interkulturellen Pädagogik und der Arbeit gegen Rechtsextremismus" in Frankfurt vom 07-09.12.2005. S. 58–69. Online: http://www.entimon.de/content/e2/e503/e801/Regionalkonferenz_West_2005_Dokumentation.pdf; (Abruf: 11.6.2012).

Köttig, Michaela / Kenzo, Rena 2011: „Und warum ist das Interessanteste an einer militanten Rechtsextremistin ihr Liebesleben?" Offener Brief des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus zur Berichterstattung über die Rechtsextremistin Beate Zschäpe. Online: http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/images/medienarbeit/offener-brief-2011-11-15.pdf(Abruf: 11.6.2012).

Die NPD-Verbotsdebatte

Perspektiven auf ein Parteiverbot in der Wissenschaft

Von Robin Heun

Karikatur: Humphery

Die Debatte um ein Verbot der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ist so alt wie die Partei selbst. Bereits vier Jahre nach ihrer Gründung 1964 wurde von der Politik anlässlich ihrer elektoralen Erfolge auf Landesebene ein Verbotsantrag erwogen.[1] Seither wird in der bundesdeutschen Politik in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen kontrovers über ein NPD-Verbot diskutiert.

Im Jahr 2001 reichten schließlich vor dem Hintergrund verstärkter rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten alle drei antragsberechtigten Verfassungsorgane Verbotsanträge gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ein. Das zunächst zugelassene Parteiverbotsverfahren scheiterte allerdings im März 2003 infolge der unklaren Rolle von Verbindungspersonen des Verfassungsschutzes, (sog. V-Leute).[2] Die entscheidende Frage, ob die NPD verfassungswidrig ist, wurde gar nicht geprüft.

Im November 2011 wurde die NPD-Verbotsdebatte von PolitikerInnen nahezu aller Parteien erneut in Gang gesetzt, nachdem die rechtsterroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) enttarnt wurde.[3] Intensiviert wurde die Debatte, als die Polizei im Zuge der Ermittlungen gegen den NSU am 29. November 2011 den ehemaligen thüringischen NPD-Spitzenfunktionär Ralf Wohleben verhaftete. Er steht im Verdacht, dem NSU eine Schusswaffe nebst Munition verschafft zu haben. Nur wenige Tage später, am 9. Dezember, beschloss die Innenministerkonferenz einstimmig, ein NPD-Verbot „anzustreben“ – ein konkreter Beschluss für ein neues Verfahren wurde jedoch nicht gefasst. Am 22. März 2012 beriet eine Sonder-Innenministerkonferenz über das weitere Vorgehen in der Verbotsfrage und beschloss einstimmig, eine Materialsammlung anzulegen und vom 2. April 2012 an auf V-Leute in der NPD-Führung zu verzichten. Über die entscheidende Frage, ob ein neues Verbotsverfahren eingeleitet wird, soll am 6. Dezember 2012 entschieden werden.

Das Verbot der NPD steht folglich auf der Agenda der InnenministerInnen und MinisterpräsidentInnen, wobei sich bisher in und über die Parteigrenzen hinweg keine einheitliche Position konstatieren lässt.[4] Auch deshalb lohnt es sich den Blick auf die Verbotsdiskussion in der Wissenschaft zu richten, da nicht zuletzt die Positionen aus der Forschung (insbesondere vor dem Hintergrund des gescheiterten Verbotsverfahrens) eine Handlungsorientierung für die Politik darstellen dürfte.

In der Forschung beschäftigen sich WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen – JuristInnen, PolitologInnen und SoziologInnen – mit der Frage nach der Rechtmäßigkeit, Angemessenheit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines NPD-Verbots. Die wissenschaftlichen Publikationen zu diesem Themenkomplex erscheinen in den meisten Fällen etwas zeitversetzt zu den Verbotsdebatten. So lässt sich eine große Anzahl an Veröffentlichungen kurz vor, während und nach dem ersten NPD-Verbotsverfahren ausmachen (also von Ende 2000 bis Ende 2003).

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Argumentationsanalyse zum NPD-Verbot in der wissenschaftlichen Literatur dargestellt.[5] Vier Fragen waren für die Analyse leitend:

1 Vgl. NPD: Tut und tut. Der Spiegel 52/1968, *25-31*.

2 Bei V-Leuten handelt es sich nicht – wie fälschlicherweise hin und wieder angenommen wird – um verdeckte Ermittler, die in die Neonaziszene eingeschleust werden, sondern um Personen, die dieser *Szene* oder deren *Umfeld* bereits angehören, von staatlichen Stellen als Spitzel angeworben werden und oftmals gegen Bezahlung Informationen an den Verfassungsschutz liefern.

3 Die FDP hielt sich mit den Verbotsforderungen allerdings zurück. Auch während des ersten NPD-Verbotsverfahrens sprach sie sich gegen ein Verbot aus.

4 Vgl. NSU nicht ‚militanter Arm der NPD‘. Pressemeldung vom 02.03.2012, http://archiv.sueddeutsche.de/45j383/495668/NSU-nicht-militanter-Arm-der-NPD.html [19.6.2012]; Politik uneins bei NPD-Verbotsverfahren. http://www.zeit.de/news/2012-03/16/extremismus-politik-uneins-bei-npd-verbotsverfahren-16114212 [19.06.2012].

5 Der Analysekorpus umfasste insgesamt 57 thematisch einschlägige Texte (aus dem Zeitraum von 2000 bis 2012) von 29 Wissenschaftlern – darunter 13 Politologen, neun Juristen, drei Soziologen, drei Historikern und einem Kriminologen. Außerdem wurden zwei Experteninterviews in die Analyse einbezogen.

a) Welches Bild haben die VerbotsskeptikerInnen bzw. VerbotsbefürworterInnen von der NPD?
b) Wie wird das Parteiverbotsinstrument bewertet?
c) Welche Erwartungen werden mit einem NPD-Verbot verknüpft?
d) Wie wird ein Verbot bzw. Nicht-Verbot begründet?

Das Bild von der NPD

Die VerbotsskeptikerInnen setzen ihren Akzent auf strukturelle organisatorische Schwächen der NPD und zeichnen ein Bild von einer gesellschaftlich und politisch nur geringfügig bedeutenden Organisation, von der keine Gefahr für das politische System ausgehe. Für diese Auffassung kann exemplarisch Lars Flemming zitiert werden: „Trotz des NPD-Erfolgs in Sachsen deutet nichts auf eine Gefahr für die zweite deutsche Demokratie". (Flemming 2005, 247). Teilweise kann diese Auffassung bereits an einer pathologisierenden Wortwahl festgemacht werden. Die Rede ist von „Spinner(n)" und „unterbelichtete[n] Existenzen" oder von den „wirren Maximen der NPD".

Die VerbotsbefürworterInnen setzen ihren Akzent dagegen auf organisatorische Stärken der Partei („kompletten Propagandaapparat", „personelle Infrastruktur"). Außerdem betonen sie den Gewaltcharakter der NPD und zeichnen ein Bild von einer bedrohlichen Organisation.[6] Die NPD-Bilder, die in der wissenschaftlichen Debatte eingehen, beziehen sich nur auf bestimmte Aspekte dieser Partei. Dies gilt sowohl für die Befürworter wie auch für die Kritiker eines Verbots. Sie dienen vor allem dazu, die eigene Position zu einem NPD-Verbot zu stützen.

Wie wird das Parteiverbotsinstrument bewertet?

Bei den Verbotsskeptikern wird das Instrument eines Parteiverbots häufig als ein „Ultima-Ratio-Werkzeug" der „wehrhaften Demokratie" interpretiert. Es sollte erst dann angewendet werden, wenn die Demokratie „tatsächlich in Gefahr ist". Dabei wird die Frage, wann eine „tatsächliche Gefahr" vorliegt, unterschiedlich oder überhaupt nicht beantwortet.[7]

Daneben gibt es bei VerbotsskeptikerInnen noch einige, die an der Funktionalität (Uwe Volkmann) oder an der derzeitigen Konzeption des Parteiverbotsinstruments (Armin Scherb) ihre Zweifel erheben. (Volkmann 2005, 582f.) (Scherb 2008, 40-45). Anderseits gibt es Personen, wie den Verfassungsrechtler Wolfgang Löwer, der die Anwendung des Verbotsinstruments als legitim erachtet, sobald es einer „entsprechenden" Partei gelingt, in die Parteienfinanzierung einzutreten.[8]

Zudem wird die verfassungsrechtliche Grundlage des Parteiverbots, Art. 21 Abs. 2 GG, in der Forschung unterschiedlich interpretiert. Während z.B. der Jurist und Verbotskritiker Horst Meier davon ausgeht, dass es nicht im Sinne dieses Artikels sei, bestimmte Ideen aus dem Prozess der politischen Willensbildung „auszuschneiden"[9], gehen Wolfgang Löwer, Steffen Kailitz und Hajo Funke davon aus, dass die Ideologie und Programmatik der NPD „verbotsfähig" sei.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die unterschiedlichen Bewertungen des Instruments einen beträchtlichen Konflikt in der Parteiverbotsfrage darstellen. Die Wissenschaft liefert hier keine ‚Gebrauchsanweisung', die angibt, ab wann es angemessen ist, einen Verbotsantrag zu stellen.

Welche Erwartungen werden mit einem NPD-Verbot verknüpft?

Die VerbotsskeptikerInnen verknüpfen mit dem Parteiverbot in erster Linie unerwünschte ‚Nebenwirkungen'. Sie befürchten eine Radikalisierung bzw. gehen davon aus, dass die Aktivitäten dann im Untergrund stattfinden. Auch die Neugründung einer Partei gehört zu solchen Befürchtungen. So betont der Soziologe Ruud Koopmans im Zuge der aktuellen Debatte, dass ein Verbot im guten Fall zwei Drittel der Anhänger einschüchtern würde. Aber das Risiko sei groß, „dass der andere Teil sich weiter radikalisiert und sich eine zweite rechtsterroristische Generation bildet".[10]

Die VerbotsbefürworterInnen hingegen verbinden mit einem Verbot positive Wirkungen im Hinblick auf die Schwächung des organisierten Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang erwähnt etwa Fabian Virchow, dass ein erneuter Aufbau der derzeitigen Parteistruktur in wenigen Jahren nicht zu schaffen wäre. (Vgl. Virchow 2008, 275.) Negative Wirkungen werden mit dem Verbot indessen seltener verknüpft, eher werden die Thesen der SkeptikerInnen kritisiert. (Vgl. etwa Erb 2008.) Allerdings sind sich sowohl die SkeptikerInnen als auch die BefürworterInnen darin einig, dass ein Verbot nicht die rechtsextremen Einstellungsmuster abschafft. Gleichwohl wären die SkeptikerInnen nicht damit einverstanden, eine ihrer Ansicht nach für die „fdGO" ‚ungefährliche' Partei zu verbieten, um den organisierten Rechtsextremismus zu schwächen. (Vgl. Emek 2006, 252.)

Wie wird ein Verbot/Nicht-Verbot begründet?

Die VerbotsbefürworterInnen begründen die Zweckmäßigkeit des Parteiverbots in erster Linie mit der ideologischen und programmatischen Ausrichtung der NPD. Der Politologe Kailitz analysierte etwa ihr Parteiprogramm und gelangt zu dem Ergebnis, dass die NPD verboten werden müsste, da sich bereits deutlich erkennen ließe, dass die Partei Staatsverbrechen plane. Er bezieht sich dabei auf ihr sog. „Ausländerrückfüh-

6 Häufig wird die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten neonazistischen Kameradschaften hervorgehoben. Außerdem sei die Partei ideologisch und programmatisch mit dem Nationalsozialismus „wesenverwandt" und in ihr seien obendrein mehrere Rechtsterroristen politisiert worden.

7 Seyda Dilek Emek akzentuiert z.B., dass zwischen der bisherigen deutschen Verbotspraxis nach Art. 21 GG und dem europäischen Parteiverbotsmaßstab nach Art. 11 EMRK ein erhebliches Konfliktpotenzial bestehe. Nach der Rechtssprechung des EGMR muss die betreffende Partei eine realistische Chance besitzen, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verwirklichen. Emek betont, dass eine Fortführung der Rechtssprechungspraxis des BVerfG einen Verstoß gegen Art. 11 EMRK darstelle.

8 Wolfgang Löwer im Interview mit dem Autor, 23.01.2012

9 Meier vertritt die Auffassung, dass Militanz der einzig diskutable Grund sei, eine Partei zu verbieten. (Meier 2005, S. 269). Die fdGO könne nicht durch „bloße Zielsetzungen" beeinträchtigt oder „gar beseitigt" werden, dazu benötige es gewalttätige Aktionen. (Meier 2001, 447/493). Der NPD sei aber keine Gewaltstrategie und erst recht kein militanter Kampf um die Straße zuzurechnen. (Meier 2009, 33).

10 „Die Gesellschaft insgesamt muss sich Fragen stellen". Interview mit Prof. Ruud Koopmanns. http://www.tagesspiegel.de/politik/soziologe-koopmans-zu-npd-verbot-die-gesellschaft-insgesamt-muss-sich-fragen-stellen/5916542.html [19.6.2012].

rungsprogramm" und erläutert, dass die NPD rund elf Millionen Menschen, darunter auch Millionen mit deutscher Staatangehörigkeit vertreiben will. (Kailitz 2009)

Weitere Begründungen fußen auf einer normativ-demokratietheoretischen Logik („Menschenfeindlichkeit", „negative Werte"), die sich bei einigen VerbotsbefürworterInnen mit einer historischen Argumentation verschränkt. An einer normativ-historischen Argumentationslogik knüpft auch der Verfassungsrechtler Wolfgang Löwer an, wenn er erläutert, weshalb die Bundesrepublik die Politik der NPD nicht tolerieren sollte.

„Ich kann ja keine Mitspieler akzeptieren, die bereit sind, anderen Menschen die Würde abzusprechen. […] Da spielt unsere Vergangenheit auch eine ganz maßgebliche Rolle. Wir haben in Ansehung unserer Geschichte eine Pflicht zur erhöhten Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus. Von mir aus kann das in Frankreich oder in Belgien in eine gewisse größere Toleranz laufen, aber die haben auch nicht unsere Geschichte, sondern sind Opfer unserer Geschichte. Das ist wie mit der Holocaustlüge und der Strafbarkeit. Wir lösen uns nicht aus unserer Geschichte an der Stelle. Und von daher können wir nicht bereit sein zu akzeptieren, dass es solche würdeverachtende Politik gibt."[11]

Bei den VerbotsskeptikerInnen fungieren bereits die zu erwartenden negativen Nebenwirkungen als Begründung, um ein NPD-Verbot als nachteilig zu deklarieren. Anderseits führen die SkeptikerInnen neben den Nebenwirkungen in der Regel an, dass ein Parteiverbot keine Abhilfe gegen rechtsextreme Gewalt schaffe und dass die Demokratie in Deutschland heute stabil und gefestigt sei. Einige Skeptiker, wie Jesse, Flemming oder Meier argumentieren auch, dass ein Bodensatz rechtsextremistischer Kräfte in der Demokratie ‚normal' sei. Meier schreibt: „Seit langem ist bekannt, dass es in allen Demokratien einen ziemlich konstanten Bodensatz von latenten Rassisten, Antisemiten und Antidemokraten gibt. Solche Zeitgenossen muss man ertragen." (Meier 2005, 268) Dieses Argument macht einen weiteren Grundkonflikt sichtbar: Während einige Verbotsskeptiker beim Rechtsextremismus von der ‚Bodensatzthese' ausgehen, betonen einige Verbotsbefürworter (u.a. Christoph Butterwegge[12], dass rechtextreme Einstellungen tief in unserer Gesellschaft verankert sind und mit dem Agieren der NPD weiter verbreitet und gefestigt werden.

Ausblick

Die wissenschaftliche Debatte um ein NPD-Verbot verbindet zwei Themenfelder miteinander. Zum einen geht es um das Verbotsinstrument als eine verfassungsrechtliche Norm. Dies ist eine vorwiegend juristische Perspektive - einschließlich der Beachtung des Mehr-Ebenen-Rechtssystems, die sehr unterschiedlich interpretiert wird. Zum anderen dreht es sich bei der NPD-Verbotsfrage um den (organisierten) Rechtsextremismus. Dies ist eine vorwiegend sozialwissenschaftliche Perspektive. Dabei wird der Rechtsextremismus gleichfalls sehr unterschiedlich interpretiert. Die wissenschaftlichen Positionen bieten somit letztlich ein facettenreiches Arsenal an Argumentationsvorlagen für die Politik, aus der sich die jeweiligen politischen Lager dann bedienen können.

Vor dem Hintergrund der Wahlerfolge extrem rechter Parteien in Europa und den Ergebnissen empirischer Studien, wie der „Mitte Studien" der Friedrich-Ebert-Stiftung oder den Langzeitstudien des Forscherteams um Wilhelm Heitmeyer (Deutsche Zustände), die eindeutig belegen, dass sich rechtsextreme Einstellungen nicht nur vereinzelt am Rande der Gesellschaft finden lassen – Stichwort: Institutioneller Rassismus, „Döner-Morde" –, muss die These von der ‚lupenreinen demokratischen Mitte' verworfen werden und die Frage nach dem NPD-Verbot nicht nur hinsichtlich juristischer Voraussetzungen (u.a. Beachtung der Rechtsprechung des EGMR), sondern auch bezüglich dieser Befunde diskutiert werden. Rechtsextremismus muss als ein gesamtgesellschaftliches, menschenfeindliches und damit als ein demokratiegefährdendes Phänomen erkannt und bekämpft werden.

Bezüglich der aktuellen Verbotsdebatte sind die Verbotsbemühungen aus der Politik ernst zu nehmen. Damit die Debatte jedoch nicht wieder von der Agenda verschwindet, müsste es den VerbotsbefürworterInnen aus der Politik gelingen einen überparteilichen Konsens in dieser Frage herbeizuschaffen. Hier wird viel davon abhängen, ob die eingesetzten Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden belastende Verstrickungen zur NPD ermitteln werden, aber auch davon, ob die InnenministerInnen tatsächlich auf die Informationen von V-Leuten verzichten, um die vom BVerfG geforderte Voraussetzung für ein Verbotsverfahren zu erfüllen.

Literatur

Butterwegge, Christoph 2011: Offensiv gegen Rechts. Gastbeitrag veröffentlicht auf der Website der Frankfurter Rundschau, http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-offensiv-gegen-rechts,1472602,11243004.html [19.06.2012].

Emek, Seyda Dilek 2006: Parteiverbote und Europäische Menschenrechtskonvention. München.

Erb, Rainer 2008: Bedenken gegen ein NPD-Verbot. Wie stichhaltig sind Befürchtungen der Gefahrenentwicklung? In: Tribüne, Jg. 47, H. 188, S. 105-115.

Flemming, Lars 2005: Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen" zum „Aufstand der Unfähigen". Baden-Baden.

Kailitz, Steffen 2009: Verfassungsfeind NPD. Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD. In: Freiheit und Recht, Nr. 2/2009, 1-7

Meier, Horst 2009: Endlosdebatte NPD-Verbot. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54 Jg. H. 10, S. 33-35.

Meier, Horst 2005: Die Freiheit der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 50 Jg. H. 3, S. 266-269 .

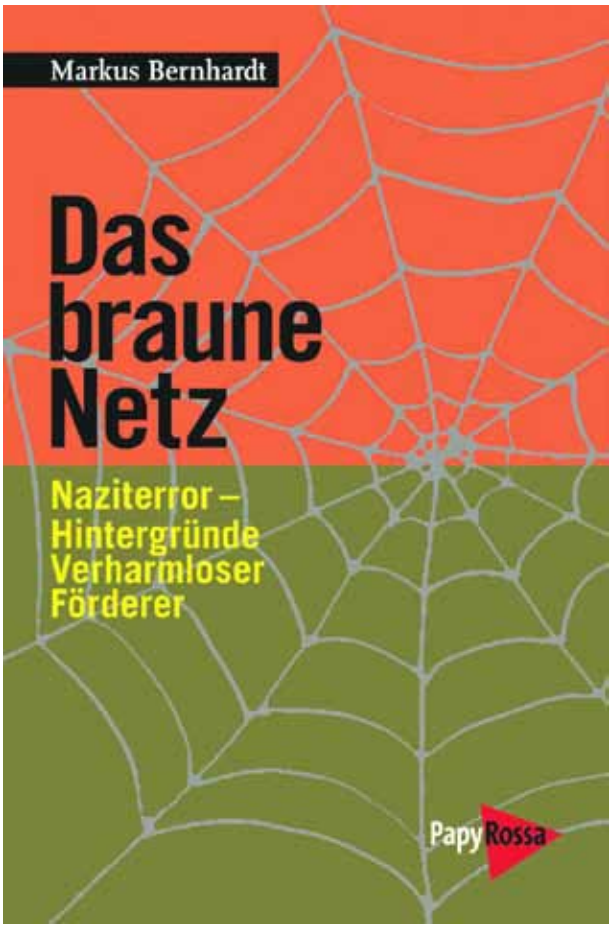
Meier, Horst 2001: Ob eine konkrete Gefahr besteht, ist belanglos'. Kritik der Verbotsanträge gegen die NPD. In: Leviathan, 29 Jg. H. 4, S. 439-468.

Weckenbrock, Christoph 2009: Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung. Bonn.

Virchow, Fabian 2008: Würde ein Verbot der NPD schaden? In: Virchow, Fabian / Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts, S. 273-276.

11 Wolfgang Löwer im Interview mit dem Autor, 23.01.2012.

12 Im Zuge der aktuellen Verbotsdiskussion schreibt Christoph Butterwegge: „Wer nicht darüber reden will, warum Rechtsextremismus entsteht, kann aber zu seiner Eindämmung wenig beitragen, sondern erweckt den Eindruck, durch die Verbotsforderung von dem eigentlichen Problem abzulenken, dass Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus – die Kernideologien des Rechtsextremismus – tief in unserer Gesellschaft verankert sind" (Butterwegge 2011).



Markus Bernhardt
Das braune Netz
Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer
Neue Kleine Bibliothek 173, 2012
Köln, Papyrossa Verlag,
117 Seiten, 9,90 Euro

Das braune Netz

Eine Rezension von Michael Lausberg

Im November 2011 kam es zur Aufdeckung der Morde und Anschläge des neonazistischen „Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU). Die mindestens aus den Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bestehende Terrorgruppe ermordete zwischen 2000 und 2006 neun Migranten und 2007 eine Polizistin. Außerdem sollen sie neben mehreren Banküberfällen für einen Nagelbombenanschlag in der mehrheitlich von Migrantinnen bewohnten Keupstraße in Köln verantwortlich sein, bei dem 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

In seinem Buch stellt Markus Bernhardt die These auf, dass mehrere Geheimdienste der BRD die Aufenthaltsorte der 1998 untergetauchten Personen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe kannten und deshalb die Morde und Anschläge hätten verhindern können: „Ohne die Kumpanei der bundesdeutschen Geheimdienste hätte die neofaschistische Terrorgruppe (…) nicht über dreizehn Jahre hinweg Morde, Bombenanschläge und Bankraube verüben können." (7) Das Abtauchen des Trios in den Untergrund könne laut Bernhardt nicht ohne das Wissen führender Mitglieder des neofaschistischen „Thüringer Heimatschutzes" (THS), dem die drei angehörten, sowie ohne Kenntnis des thüringischen Verfassungsschutzes erfolgt sein. Für die lückenhafte und schwerfällige Aufarbeitung des „größten Geheimdienstskandals der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte" (ebd.) macht Bernhardt die herrschende politische Elite verantwortlich: „Sind es doch maßgeblich Politiker der Regierungskoalition, die sich mit aller Macht gegen eine umfassende öffentliche Aufarbeitung des Geheimdienstskandals stemmen." (9)

Bernhardt spricht sich mit Recht gegen die Fortsetzung der Praxis der sogenannten V-Leute aus: „Vor allem aber wäre die militante Neonaziszene nicht so stark, wenn die Löhne, die die Geheimdienste den von ihnen installierten V-Leuten zahlen, nicht als eine Art staatlicher Transferleistungen in den Aufbau der rechten Szenerie flössen." (42)

Er stellt weiterhin die Frage, ob der NSU Teil eines international operierenden neonazistischen Terrornetzwerks war: „Es dürfte (…) mitnichten ausgeschlossen sein, dass das NSU-Netzwerk über gute internationale Kontakte verfügte und dass Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe während ihrer Zeit im Untergrund nicht nur von deutschen, sondern auch von Faschisten in und aus anderen Ländern unterstützt worden sind."(26)

Neben einer „Mitverantwortung der Inlandsgeheimdienste für die Morde" (112) macht Bernhardt zu Recht den in weiten Teilen der Gesellschaft verankerten Rassismus im weitesten Sinn für die Ter-

rorakte verantwortlich. Die repräsentative Studie „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland" aus dem Jahre 2010 ergab, dass über ein Viertel der Befragten über ein gefestigtes extrem rechtes Weltbild verfügte. Für diese Studie wurden im Frühjahr 2010 mehr als 2.400 Menschen befragt. Daraus ergab sich, dass in der Bundesrepublik antidemokratische und rassistische Einstellungen auf einem sehr hohen Niveau existierten. Der NSU konnte sich bei diesen Einstellungsmustern als „Vollstrecker" eines vermeintlichen „Volkswillens" sehen.

Bernhardt spricht weiterhin vom Fehlen einer „nötigen Distanz mancher Ermittler (der Geheimdienste, M.L.) zur rechten Szene" (112). Hierbei nennt er namentlich den früheren Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, der in dem extrem rechten Ares-Verlag aus Graz publizierte. Die Behauptung Bernhardts, dass Roewer öffentlich ausgeführt hatte, dass der Nationalsozialismus „gute als auch schlechte Seiten" gehabt habe (46), wird leider nicht mit einer Quelle belegt.

Bernhardt arbeitet die Reaktionen der extrem rechten Parteien in der BRD auf die Aufdeckung des Terrornetzwerks der NSU heraus. In neonazistischen Foren finden sich Andeutungen zu einer Rechtfertigung der Morde und Anschläge. Dagegen verurteilten der antimuslimische Internetblog „Politically Incorrect" (PI) und die extrem rechte Pro-Bewegung deshalb die Verbrechen des NSU, da beide Angst vor staatlichen Repressalien befürchteten. (37) Die NPD versuchte auch im Hinblick auf ein bestehendes Verbotsverfahren den Eindruck zu erwecken, dass es keine Verbindung zwischen der Partei beziehungsweise einzelnen Mitgliedern und dem NSU gab. Ihr Bundesvorsitzender Holger Apfel thematisierte dagegen die „Verstrickung der Inlandsgeheimdienste in den NSU-Terror" und stellte sich als unschuldiges Opfer in der Öffentlichkeit dar. (38)

Schließlich kritisiert Bernhardt die Extremismustheorie, die in den Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes sowohl des Bundes als auch der Länder verwendet wird. Die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse sind seit Jahren bemüht, die Extremismustheorie über Staatsschutzorgane oder Regierungsapparate hinaus im akademischen Bereich zu etablieren. Der Extremismusbegriff gilt als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (…), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen." (Backes/Jesse 1993, S. 40) Bernhardt befürchtet, dass die Debatten über die erneute Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD dazu genutzt werden, um auch über verstärkte Überwachung oder gar ein Verbot der Partei „Die Linke" nachzudenken.

Für die Bekämpfung der extremen Rechten hält Bernhardt die Extremismustheorie für gänzlich ungeeignet:

„Die Extremismustheorie läuft (…) prinzipiell auf die Unterstützung eines autoritären Staates hinaus, der Abweichungen von der jeweils neu definierten ‚Mitte' sanktioniert. Die Virulenz einer sozialen Bewegung der ‚extremen Rechten' sowie rassistische, nationalistische und antisemitische Stereotype in einem erheblichen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung werden von Extremismusforschern zumindest ignoriert und bagatellisiert." (72)

Dabei bezieht er sich besonders auf Kritiker_innen der Extremismustheorie aus Wissenschaft und Politik, die auf eine „Extremismus der Mitte", d.h. eine Interaktion zwischen extremen Rechten und der „Mitte" der Gesellschaft und des politischen Establishments, verweisen.

Für Bernhardt stellt die Extremismustheorie insofern ein ideologisch motiviertes staatliches Instrument gegen antifaschistische Politik und Aktionen dar, das den Widerstand gegen rechte Denkmuster und Gewalt behindert. Dabei verweist er auf die Kriminalisierung der Proteste gegen neonazistische Aufmärsche in Dresden und Dortmund in den vergangenen Jahren.

Um rechte Gewalt und das Vordringen rassistischer Denkmuster in der Gesellschaft zu bekämpfen, fordert Bernhardt, „verstärkt gegen den gesellschaftlich verankerten Rassismus vorzugehen, endlich die vollkommene Gleichstellung und Teilhabe von Migranten sicherzustellen und einen offensiven Antifaschismus nicht wie bisher als Bedrohung der Demokratie, sondern vielmehr als zwingende Notwendigkeit zu akzeptieren." (113)

Weiterhin plädiert er dafür, die Praxis der V-Leute einzustellen, deren Bezahlung für den Aufbau rechter Strukturen mitverantwortlich ist, sowie die sofortige Auflösung der bundesdeutschen Inlandsgeheimdienste.

Das Buch bietet einen guten Einstieg über den Mordserie des NSU und die Verstrickung der bundesdeutschen Geheimdienste zu reflektieren. Leider fehlen Hinweise auf Quellen fast durchgängig. Neue sensationelle Enthüllungen werden nicht geliefert, was aber nicht Anspruch des Autors ist. Bernhardt stellt die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste mit neonazistischen Terroristen dar und fordert darüber hinaus die Abschaffung aller Inlandsgeheimdienste mitsamt deren extremismustheoretischer Ideologie.

Dass diese provokanten Thesen vor allem bei Vertreter*innen* des Verfassungsschutzes oder der Geheimdienste auf vehemente Ablehnung stößt, wundert niemanden. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch die Rezension des Buches von Armin Pfahl-Traughber zu sehen. Pfahl-Traughber war von 1994 bis 2004 Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz und publiziert seit Jahren in dem von Backes und Jesse herausgegebenen „Jahrbuch für Extremismus und Demokratie". Außerdem gibt er seit 2008 das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung" heraus und ist Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Auf dem Internetblog „Endstation Rechts" wirft er Bernhardt „verschwörungstheoretische Deutungen" und das Arbeiten mit „Andeutungen und Unterstellungen in seinem Sinne" vor. Pfahl-Traughber dürfte es wohl kaum um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Thesen des Autors gehen, sondern um eine Abwehr von Angriffen von kritischen Einzelpersonen oder Gruppen auf die bundesdeutschen Geheimdienste.

Insgesamt gesehen bietet das Buch eine kritische Reflexion über die Hintergründe des Zusammenwirkens der Inlandsgeheimdienste und des NSU. Bernhardt stellt unbequeme Fragen, was die offizielle „Aufklärungsarbeit" der bundesdeutschen Behörden betrifft. Die Lektüre des Buches und die damit verbundene Auseinandersetzung mit den Thesen Bernhardts werden empfohlen.

Zusätzlich verwendete Literatur

www.tagesspiegel.de/politik/auslaenderfeindlichkeit und fuehrerfantasien/1956630.html (Originalquelle: Decker, O. u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010)

Backes, U./Jesse, E.: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Bonn 1993

http://endstationrechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=7043:rezension&Itemid=840

Spontane Aufmärsche oder Großdemonstrationen

Zu einer Debatte innerhalb der extremen Rechten

Von Leroy Böthel

Im Februar 2010 haben antifaschistische Blockaden den europaweit größten Aufmarsch von Neonazis in Dresden verhindert. Seitdem hat sich die Diskussion innerhalb der extremen Rechten über alte und neue Demonstrationskonzepte intensiviert. So forderten damals Frank Rennicke und Jürgen Kretzsch (beide NPD) in der ‚Deutschen Stimme', dass zwar „Konsequenzen aus alledem klar und nüchtern gezogen werden" müssten (Deutsche Stimme 04/2010, 11), stellten aber das bisherige Demonstrations-Konzept nicht zur Debatte: „Großveranstaltungen dieser Art sind für uns Patrioten Zeichen und Auftrag für eine ‚gelebte Volksgemeinschaft'" (ebd.).

Diese Interpretation kann stellvertretend für die derzeit vorherrschende Position im demonstrationspolitischen Diskurs der extremen Rechten angeführt werden. In deren Medien werden durchweg die BlockiererInnen und die staatlichen Behörden dafür verantwortlich gemacht. Schuld sei so der „antifaschistische Gesinnungsstaat" (*Junge Freiheit* 8/2010, 2). Immer wieder wird ein vermeintliches „Bündnis aus Politik, Polizei und Linksextremisten" (*Zuerst!* 3/2010, 22) beschworen, das „in einem dubiosen Licht von politischer Kumpanei" (ebd., 3) erscheinen würde. Der Dresdener ‚Trauermarsch' sei also insofern weniger durch eigene Fehler, als vielmehr durch eine undurchsichtige Vereinigung der politischen Feinde gescheitert.

Dass es aber in dieser Debatte auch andere – konträre – Positionen gibt, wird an der südbrandenburgischen Neonazi-Gruppierung Spreelichter[1] deutlich. Sie veröffentlichte im Internet den Artikel „13. Februar 2010 – Das Trauerspiel von Dresden", der explizit und verallgemeinernd das etablierte Konzept der Großdemonstration kritisiert. So wird nicht nur das konkrete Agieren in Dresden, sondern auch die einhellige Nachbetrachtung in den Fokus gerückt: „Es irritiert uns, dass in vielen Nachbetrachtungen […] vom 'skandalösen Polizeiverhalten', nicht aber von eigenen Unzulänglichkeiten die Rede ist - selbst, wenn diese so offen vor uns liegen"[2]. Größtenteils sei man „freiwillig wie Schlachtvieh" umher gelaufen; es sei weiter „eine Diskussion vonnöten, wie künftig auf den 'Notstand' zur Verhinderung unserer Veranstaltungen zu reagieren" (ebd.) sei. In diese hier nur grob skizzierte Kritik am gängigen Konzept der Großdemonstration, die auch schon vor den Ereignissen in Dresden vorgebracht, damals aber nicht derart scharf formuliert wurde, ist der Vorschlag einer neuen Aktionsform eingeflochten, den die Spreelichter in anderen Texten und in der Praxis konkretisiert haben.

Die Gruppe selbst entspringt dem radikalen und aktionistisch orientierten Kameradschaftsspektrum, vertritt eine nationalistisch-völkische Ideologie und zeigte bereits vor Dresden 2010, wie ihr Diskussionsbeitrag zum Thema Demonstrationspolitik aussehen würde. So sind sie verantwortlich für eine Reihe spontaner Aufmärsche in Brandenburg und Sachsen,

1 Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Gruppe siehe: Krüger, Daniel 2012: Völkische Ideen und Inszenierungen aus dem Spreewald. Das Internet-Projekt spreelichter.info (http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/Portals/24/media/UserDocs/regionen/cottbus/Voelkische_Ideen_und_Inszenierungen_aus_dem_Spreewald.pdf).

2 http://spreelichter.info/meldungen/13._Februar_2010_Das_Trauerspiel_von_Dresden-424.html

Aufmarsch der Neonazis: Die extreme Rechte diskutiert ihr Demonstrationskonzept. Abbildung: Screenshot Propagandavideo

die seit 2008 durchgeführt wurden. Kennzeichnend für diese Aufmärsche sind deren unangemeldete Durchführung in der Nacht sowie das Tragen weißer Masken.[3] Dazu werden häufig Fackeln und Transparente ausgebreitet, die den ideologischen Hintergrund des Aufzugs verraten (Zum Beispiel: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod"). Im Internet werden diese Parolen vertieft – zahlreiche Texte über den angeblich drohenden „Volkstod" wurden von den Spreelichtern veröffentlicht. Sie haben auf diese Weise „Aktionsformen entwickelt, die auf öffentliche Aufmerksamkeit zielen und mit den Web-Angeboten korrespondieren" (Krüger 2012: 11).

Die Spreelichter sind auch für das aktuell in der rechten Szene vielleicht am meisten diskutierte Projekt verantwortlich, das seit Mai 2011 unter dem Namen „Die Unsterblichen" firmiert. Die Form des Auftretens und die Parolen sind hier dieselben, neu ist die überregionale Ausrichtung der Kampagne. In den Folgemonaten hatten zahlreiche Kameradschaften dieses Aktionskonzept übernommen, in Nordrhein-Westfalen sind bisher drei solcher Aufmärsche bekannt. Neben den beiden nächtlichen Aufmärschen im Herbst 2011 in Hamm-Werries und Düsseldorf-Kaiserswerth (beides Außenbezirke) sorgte vor allem der Auftritt der „Unsterblichen" auf dem Essener Rosenmontagsumzug für mediales Interesse.[4] „Die Unsterblichen" sind insofern keine eigene Gruppe, wie manche Medienberichte fälschlicherweise vermitteln[5], sondern dienen als Applikationsvorgabe, derer sich einzelne Gruppen bedienen können. Allen Aktionen ist ihr Fokus auf die mediale Aufarbeitung gemein: Meist werden noch am folgenden Tag Videos und Fotos des Aufzugs auf den eigenen Websites veröffentlicht.

Dass die „Unsterblichen" Chancen haben, sich gegenüber dem Konzept Großdemonstration innerhalb der extremen Rechten durchzusetzen, ist durchaus vorstellbar. Vor allem das aktionistisch ausgerichtete Kameradschaftsspektrum findet Gefallen an dieser abenteuerlichen Aktionsform. Trotzdem wäre es verfehlt, die „Unsterblichen" bloß als Erscheinung am radikalen Rand abzutun. Vielmehr finden sie über die unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten hinweg Zustimmung und nur geringfügig Kritik – dies belegt ein Blick in die rechte Medienlandschaft. Deshalb gilt es, die Rezeption der „Unsterblichen" innerhalb des rechten Spektrums genau zu analysieren. So ergeben sich nicht nur Einblicke in die Szene und ihr ideologisches Band. Es lassen sich dadurch auch für die Rechtsextremismusforschung Einschätzungen gewinnen, die die strategische Bedeutung neuer und alter Aktionsformen der extremen Rechten und die weitere Tauglichkeit der „Unsterblichen" betreffen.

3 Offensichtlich wird hier der Bezug auf eine klassisch-faschistische Ästhetik: Der marschierende Block im Fackelschein erinnert doch sehr an die SA. Hinzu kommt durch den spontanen, flashmobartigen Charakter ein unausgesprochener Bezug auf die linke Gruppe „Die Überflüssigen" , die seit dem Jahr 2005 mit exakt denselben weißen Masken spontane antikapitalistische Proteste durchführt (und darüber hinaus: auf linke Protestformen bis hin zur Situationistischen Internationalen). Eine Verbindung mit der ebenfalls maskentragenden Occupy-Bewegung wird allerdings nur im etablierten Medien-Diskurs hergestellt (exemplarisch: http://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/wie-neonazis-die-aktionen-der-occupy-bewegung-kopieren-id6414743.html). Für die Szene selbst spielt sie keine Rolle.

4 Bundesweit gab es bisher schätzungsweise 27 Aufmärsche, die sich in Form und Inhalt auf die ‚Unsterblichen' beziehen; Schwerpunkte sind bisher Sachsen und Baden-Württemberg; die TeilnehmerInnenzahl betrug im Durchschnitt ca. 40 pro Aufmarsch; Maximalwert: ca. 150 (jeweils in Bautzen und Stolpen) (Quelle: eigene Auflistung).

5 Exemplarisch hierfür ist das Hamburger Abendblatt. „Die Unsterblichen" werden nicht nur als feste Gruppe vorgestellt, es wird auch nach „Hintermännern" gefragt (vgl. http://www.abendblatt.de/hamburg/harburg/article2204381/Polizeischlag-gegen-Hamburger-Neonazis.html).

Der „Wahre Finnen-Rechtspopulismus“

Von Michael Lausberg

Die Perussuomalaiset (Wahren Finnen) sind eine rechtspopulistische Partei in Finnland, die vor allem durch einen unerwarteten hohen Stimmenanteil bei den finnischen Parlamentswahlen 2011 von sich reden machte. Der Name der Partei, die Wahren Finnen, besagt, dass deren Politik sich auf eine wie auch immer geartete „finnische Identität“ beruht. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass sie die anderen Parteien in Finnland als „unwahre Finnen“ ansehen, die keine „nationale Identität“ verkörpern. Dieses selbst gegebene Alleinstellungsmerkmal, die „wahren“ Finnen zu sein, dient vordergründig dazu, sich von den anderen Parteien abzuheben.

Die Wahren Finnen konstituierten sich 1995 aus der rechten Splitterpartei „Suomen maaseundun puolue“ (SMP).[1] Von Anfang an verstanden sich die Wahren Finnen als Oppositionspartei gegen die hegemonialen bürgerlichen Parteien und als Interessensvertreter der „kleinen Leute“. In ihrem Wahlprogramm rücken sie die Interessen der unteren Klassen und der Mittelschicht in den Mittelpunkt. Sie versprechen Steuersenkungen für die Mittelschicht, Kürzungen bei den Subventionen für größere Unternehmen und die Einführung einer Vermögenssteuer.[2] Die „Nähe zu den Menschen“ und eine Reduzierung der politischen Entscheidungskompetenz innerhalb des politischen Establishments wird angestrebt.

Die Wahren Finnen grenzen sich aus taktischen Gründen vom historischen Nationalsozialismus und dem meist subkulturell operierenden Neonazismus ab. Finnland kämpfte im 2. Weltkrieg an der Seite des nationalsozialistischen Deutschlands. Das Selbstverständnis des Landes lag nach 1945 darin, sich gegen jegliche Form von Faschismus (und auch Kommunismus) abzugrenzen und eine liberale Gesellschaftsform aufzubauen. Deshalb war jeder positive Bezug auf nationalsozialistische Ideologien in der Nachkriegsgeschichte besonders für Parteien schwer vermittelbar. Wenn rechte Parteien oder Organisationen bei Wahlen eine Chance haben wollten, war eine formale öffentlichkeitswirksame Distanzierung vom Neonazismus notwendig.

In den 1990er Jahren entstand eine starke neonazistische Szene in Finnland, die internationale Kontakte pflegte wie z.B. die finnische Sektion der Hammerskins oder Blood & Honour.[3] Diese Bewegung flachte dann im Laufe der Jahre ab, so dass in der Gegenwart nur noch wenige neonazistische Gruppierungen existieren. Im subkulturellen Milieu des National-Socialist-Black-Metal (NSBM), der Elemente aus dem Nationalsozialismus mit heidnischem Götterglauben kombiniert, ist der Neonazismus stark vertreten. Über die Musik wird ein neonazistisches Weltbild transportiert, das vor allem Jugendliche ansprechen soll. Die beiden finnischen Neonazibands „Satanic Warmaster“ und „Horna“ traten schon bei Black-Metal-Konzerten in der BRD auf.

Ideologie

Gemäß der Theorie des Ethnopluralismus[4] des rechten französischen Publizisten Alain de Benoist gehen die Wahren Finnen davon aus, dass die Menschen „von Natur aus in verschiedene Kulturen aufgeteilt“ seien und eine „Mischung“ dieser Kulturen verhindert werden muss.[5] In diesem Sinne wendet sich die Partei gegen eine multikulturelle Gesellschaft und will die „nationale Identität“ verteidigen. Henrik Holappa, Mitglied der Wahren Finnen, schrieb in der neonazistischen *Deutschen Stimme* (DS): „Multikultur ist grundsätzlich ein Überfremdungsprogramm, propagiert von einer im Verhältnis kleinen Gruppe der im Besitz der medialen und politischen Machtmittel befindlichen Meinungsmacher und Entscheidungsträger. Multikultur wird von dieser in ganz Europa vernetzten und operierenden Gruppe (…) der großen Mehrheit in den Völkern gegen deren Willen aufgezwungen. Dies geschieht mit einer die multikulturellen Negativseiten verschweigenden, einseitigen multikulturellen Propaganda.“ (DS 2/2006, 6)

Die Wahren Finnen verfolgen eine Verschärfung des Asylrechts. Immigranten, die nachweislich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten, sollten nach Finnland einreisen dürfen.[6] Flüchtlingen wird die Solidarität verweigert. Migranten, die gegen das Gesetz verstoßen, sollen sofort ausgewiesen werden. Die Vergabe der finnischen Staatsbürgerschaft an Migran-

1 www.derstandard.at/1303291133999/Abgeordneter-der-Wahren-Finnen-haelt-an-rechtsextremen-Thesen-fest.html (22.5.2012)

2 www.perussuomalaiset.fi/ (deutsche Übersetzung/Programme)

3 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bildeten sich Gruppen wie der Vaterländische Volksbund (IKL), der die „Bedrohung finnischer Werte“ durch russische Einwanderung propagierte, und die arische Bruderschaft Vaino Kuisma, die nationalsozialistische Ideologeme propagierte. In den 1990er Jahren gab es mehrere hundert rechte Skinheads in den Städten Helsinki, Turku, Tampere, Lahti, Oulu und Pori. Am 12.11.1992 zerstörten Skinheads in Turku die Fenster der jüdischen Synagoge. In Tampere und Helsinki griffen Neonazis regelmäßig Flüchtlingsunterkünfte an. Italienische Restaurants in Turku, Kuusamo und Jyväskylä wurden mit Brandbomben angegriffen.

4 Der Ethnopluralismus geht von der Unvergleichlichkeit und Unantastbarkeit der verschiedenen Kulturen aus, die feste determinierte Wesenheiten darstellen. Die Völker werden als „Schicksalsgemeinschaften begriffen, als Wesenheiten mit eigener Persönlichkeit, die sich im Laufe der Geschichte geprägt und eine spezifische Kultur“ (de Benoist, A.: Aufstand der Kulturen, Berlin 2000, 13) hervorgebracht haben. Ein Volk, das sich dauerhaft mit anderen Kulturen „mische“, würde langfristig sterben.

5 www.perussuomalaiset.fi/ (deutsche Übersetzung/Programme)

6 Ebd.

ten soll als „Belohnung" betrachtet werden und nicht einfach zu bekommen sein. In den Schulen wird eine „maximale Quote" von Schülern mit Migrationshintergrund angestrebt. Die Entwicklungshilfe soll gekürzt werden und das Geld „den Interessen des finnischen Volkes" zugutekommen. Außerdem wurde die Abschaffung des Schwedischen als verpflichtende Fremdsprache gefordert. Der Vorsitzende der Wahren Finnen, Timo Soini, bezeichnete die aus seiner Sicht großzügige schwedische Einwanderungspolitik als abschreckendes Beispiel. Der Abgeordnete Jussi Halla-Aho favorisierte die Politik der rechten Dänischen Volkspartei als Vorbild.[7] Als Mehrheitsbeschaffer einer liberal-konservativen Regierung war es der Dänischen Volkspartei mehr als 10 Jahre lang gelungen, ihre rassistischen Thesen in der Bevölkerung zu verankern und eine äußerst restriktive Migrationspolitik durchzusetzen. Sie attackierte dabei besonders die multikulturelle Gesellschaft und „den" Islam, den sie als monolithischen Block verstand. Sie wollte das Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Raum, Gebetsräume für muslimische Mitarbeiter in dänischen Firmen und Halal-Fleisch in Kindergärten verbieten lassen.[8] Die Forderung nach einer am dänischen Vorbild orientierten rigiden Zuwanderungspolitik hinterließ im Wahlkampf für das finnische Parlament ihre Spuren. Der Spitzenkandidat der konservativen Sammlungspartei, Jyrki Karainen, übernahm aus Angst, Stimmen an die Wahren Finnen zu verlieren, Teile ihres Wahlprogramms und forderte eine Begrenzung der Zuwanderung.[9] Dass dies lediglich hysterische Stimmungsmache darstellt, beweisen statistische Daten, nach denen gerade mal drei Prozent ausländische Staatsangehörige in Finnland leben.[10]

Rassistische Beschimpfungen von Migranten sind bei den Wahren Finnen keine Seltenheit. Henrik Holappa sprach von „afrikanischen oder sonstigen ungebetenen Eindringlingen", die „unser Finnland mit einer hierzulande nicht gekannten Kriminalität überziehen." (Deutsche Stimme 2/2006, 6) Der Abgeordnete der Wahren Finnen, Jussi Halla-Aho, unterstellte somalischen Flüchtlingen eine „kulturelle und möglicherweise genetische Neigung zu Taschendiebstahl und Sozialbetrug."[11] Die Wahren Finnen sprechen sich auch gegen eine EU-Osterweiterung und den Beitritt der Türkei aus. Antiislamischer Rassismus hat innerhalb der Partei seinen festen Platz. Halla-Aho brachte 2009 den Propheten Mohammed in einen direkten Zusammenhang mit Pädophilie.[12] Deshalb wurde er von einem Gericht in Helsinki zu einer geringen Geldstrafe verurteilt.

Weiterhin fordert die Partei die Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht und eine Kulturpolitik, von der „pseudokünstlerische Postmodernisten" ausgeschlossen werden sollten.[13] Sie lehnt die Ehe von homosexuell orientierten Menschen ab und wendet sich gegen die Abtreibung.

Der Antikommunismus ist ein weiterer wichtiger Grundsatz der Partei. Dabei stützen sich die Wahren Finnen vor allem auf die negativen historischen Erfahrungen Finnlands mit der Sowjetunion.[14] Henrik Holappa führte aus: „Uns Finnen prägt gerade diese Bedrohung durch Stalin und den blutigsten Teil unserer Geschichte und des Kampfes unseres finnischen Volkes um den Erhalt seiner Freiheit." (Deutsche Stimme 2/2006, 6)

> Die Wahren Finnen sind keine reine Protestpartei, die bald wieder in der Versenkung verschwinden wird. Ob die Partei in den nächsten Jahren weitere Wahlerfolge feiern kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, den rechten Parolen eine zivilgesellschaftliche und antirassistisch orientierte politische Kultur entgegenzusetzen.

Wahlerfolge

Bei den Parlamentswahlen 2003 konnten die Wahren Finnen lediglich drei Abgeordnete in den finnischen Reichstag entsenden, vier Jahre später waren es sieben.[15] Dies änderte sich schlagartig, als die Wahren Finnen bei den Parlamentswahlen 2011 mit 19% der Stimmen drittstärkste Fraktion wurden und 39 Sitze erhielten.[16]
Dieser Erfolg wurde vor allem an der Person ihres Vorsitzenden Timo Soini festgemacht. Er rief im Vorfeld der Wahl dazu auf, die Wahl zu einem Referendum gegen Stützungskredite für finanziell angeschlagene EU-Staaten wie Portugal, Griechenland oder Irland zu machen.[17] Für ihn sei es nicht hinnehmbar, dass Finnland „für die Fehler anderer" bezahle: „Warum sollte Finnland irgendjemanden auslösen? Wir werden nicht zulassen, daß finnische Kühe von fremden Händen gemolken werden." (Zuerst. Deutsches Nachrichtenmagazin 6/2011, 45)

Der Aktivist Erkki Havanski erklärte: „Hier in den nordischen Nationen, unterscheiden wir uns sehr stark zwischen den

7 www.derstandard.at/1303291133999/Abgeordneter-der-Wahren-Finnen-haelt-an-rechtsextremen-Thesen-fest.html (22.5.2012)

8 Rydgren, J.: Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Decker, F. (Hrsg.): Populismus in Europa, Wiesbaden 2006, S. 165-190

9 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,757618,00.html (22.5.2012)

10 Ebd.

11 www.derstandard.at/1303291133999/Abgeordneter-der-Wahren-Finnen-haelt-an-rechtsextremen-Thesen-fest.html (22.5.2012)

12 Ebd.

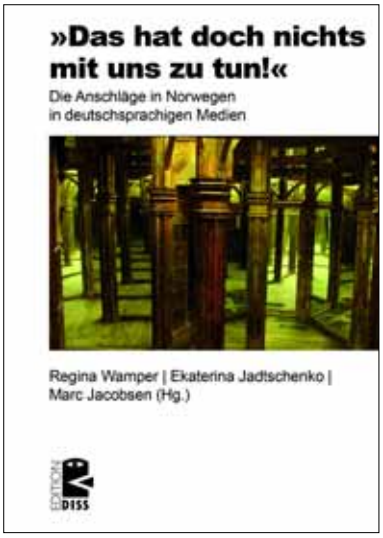
13 www.perussuomalaiset.fi (deutsche Übersetzung/Programme)

14 Nach dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion beteiligte sich Finnland an deutscher Seite am Russlandfeldzug. Ab dem 22.6.1941 führte dies zu sowjetischen Bombenangriffen auf finnische Städte. 1944 schloss Finnland mit der Sowjetunion einen separaten Waffenstillstand. In der Zeit des Kalten Krieges gab es Versuche seitens der Sowjetunion, Finnland in das System der Warschauer-Pakt-Staaten zu integrieren, was jedoch an Finnlands außenpolitischem Neutralitätswillen scheiterte.

15 Dies ist aufgrund der Tatsache möglich, dass es dort keine Fünfprozenthürde gibt.

16 Größte Fraktion wurde mit 20,4% die konservative Partei (Kok) mit ihrem Spitzenkandidaten Jyrki Karainen. Jutta Urpilainen, Vorsitzende der Sozialdemokraten (SDP), wurde mit 19,1% zweitstärkste Kraft.

17 www.zeit.de/2011/16/Wahre-Finnen (22.5.2012)



Regina Wamper / Ekaterina Jadtschenko / Marc Jacobsen (Hg.)
„Das hat doch nichts mit uns zu tun!" Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien
edition DISS Band 30
Münster: Unrast
ISBN 978-3-89771-759-6
178 S., 18 Euro

Zweifellos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen von 2011 für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hatte sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge".
Die Autor*inn*en analysieren, wie dieses Ereignis in und von deutschen Medien eingeordnet wurde. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Es zeigte sich, dass die Ereignisse in Norwegen die herrschenden Deutungsmuster nicht in Frage stellen konnten. Die Motive des Täters Anders Breivik wurden weitgehend in den Bereich des Pathologischen gerückt. Analysen zu den Reaktionen in extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten oder distanzierten.

Mit Beiträgen von Jonas Bals, Martin Dietzsch, Sebastian Friedrich, Astrid Hanisch, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Sebastian Reinfeldt, Bernard Schmid, Hannah Schultes und Regina Wamper.

anständigen, hart arbeitenden Ländern des Nordens und den leichtfertigen Staaten des Südens. Als wir unsere eigene Rezession 1991-1994 erlebten, haben wir sehr gelitten, aber unsere Probleme selbst gelöst. Wir wenden uns sehr stark gegen eine Finanzspritze." (Ebd.)

Die Wahren Finnen plädierten für einen Austritt aus der EU und die Wiedereinführung der ursprünglichen Währung Finnmark. Sie sprachen sich für eine Abspaltung von finanziell angeschlagenen EU-Staaten aus. In einem Kommentar für das Wall Street Journal bezeichnete Soini Staaten wie Griechenland oder Portugal als „Geschwür" und folgerte: „Europe ist suffing from the economic gangrene of insolvency – both public and private. Unless we amputate that which cannot be saved, we risk poisoning the whole body."[18]

Soini hält die EU für ein undemokratisches Gremium: "Sie ist wie eine Sowjetunion für Reiche. Die EU hat ein ähnlich einbetoniertes Machtgeflecht. Schließlich wird nicht mal die Kommission demokratisch gewählt." (Zuerst. Deutsches Nachrichtenmagazin 6/2011, 46)

Soini spricht sich auch gegen einen NATO-Beitritt Finnlands aus, da dies die finnische außenpolitische Souveränität beschneiden würde. Dieses von Soini vertretene „Bild eines nationalromantischen Finnland ohne europäische Allianzen"[19] war neben seiner Selbstinszenierung als Anwalt der „kleinen Leute" für den Wahlerfolg der Wahren Finnen verantwortlich. Ein weiterer Grund seines Erfolges lag auch in der Politikverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung. Aufgrund von Spendenskandalen in den vergangenen Jahren war das Vertrauen in die etablierten Parteien mehr als gestört. Die Leiterin des Finnland-Instituts in Berlin, Abba-Maija Mertens, bewertete den Wahlerfolg der Wahren Finnen auch als Ausdruck des Protestes gegen die herrschende Politikerklasse.[20] Die Wähler der Wahren Finnen waren überdurchschnittlich männlich, auf dem Land lebend, mit geringer formaler Bildung und von Haus aus eher konservativ orientiert. Dass der Wahlerfolg der Wahren Finnen keine einmalige Sache blieb, der ausschließlich mit dem Prostest gegen die EU erklärbar war, zeigte sich ein Jahr später, als Soini bei der Kandidatur für das Amt des finnischen Präsidenten 9,4% der Stimmen erreichte.[21]

Nach den überraschend hohen Zustimmungsraten für die Wahren Finnen wurde Soini wenig überraschend in rechten deutschen Publikationsorganen gefeiert. In ihrem Kommentar schrieb die JF-Redakteurin Anni Mursula: „Nicht nur, daß er (Soini, M.L.) das seit Jahrzehnten von Zentrumspartei, Sozialdemokraten und konservativer Sammlungspartei dominierte finnische Parteiensystem über Nacht erdrutschartig verändert hat, er besiegelte auch das Ende einer politischen Ära. (…) Nahezu alle Parteien in Finnland haben mit der Wahl erkannt, daß sich die EU-Politik nicht ohne das Volk oder gar gegen dessen ausdrücklichen Willen machen läßt. (Junge Freiheit 17/2011, 2)

Ihr Kollege Michael Paulwitz sah in Soinis Wahlerfolg ein Vorbild für die BRD: „Soini hat dem Zorn der finnischen Steuerzahler über Euro-Rettungspakete und griechisch-portugiesische Kreditbettelei eine Stimme gegeben und damit die etablierten Durchwinker aus ihrem beschaulichen Konsens-Kartell vertrieben. (…) Wer rätselt, warum es ausgerechnet hierzulande mit einer Partei für die ‚Wahren Deutschen' nicht klappen will, muß künftig auch nach Helsinki schauen." (Junge Freiheit 17/2011, 3)

In dem rechten Nachrichtenmagazin Zuerst hieß es: „Jetzt scheint es tatsächlich einer der viel geschmähten ‚Rechtspopulisten' in der Hand zu haben, den Eurokraten in die Suppe zu spucken, und sein Land zurück zu mehr Selbstbestimmung und traditionellen Werten zu führen." (Zuerst. Deutsches Nachrichtenmagazin 6/2011, 45)

All dies zeigt: Die Wahren Finnen sind keine reine Protestpartei, die bald wieder in der Versenkung verschwinden wird. Ob die Partei in den nächsten Jahren weitere Wahlerfolge feiern kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, den rechten Parolen eine zivilgesellschaftliche und antirassistisch orientierte politische Kultur entgegenzusetzen. Sonst droht eine Situation wie in Dänemark oder Norwegen, wo die Dänische Volkspartei bzw. die Fortschrittspartei mit zweistelligen Wählerstimmen eine Konstante der politischen Landschaft geworden sind, was einen „Rechtsruck" zur Folge hatte.

18 The Wall Street Journal vom 9.5.2011

19 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,757618,00.html (22.5.2012)

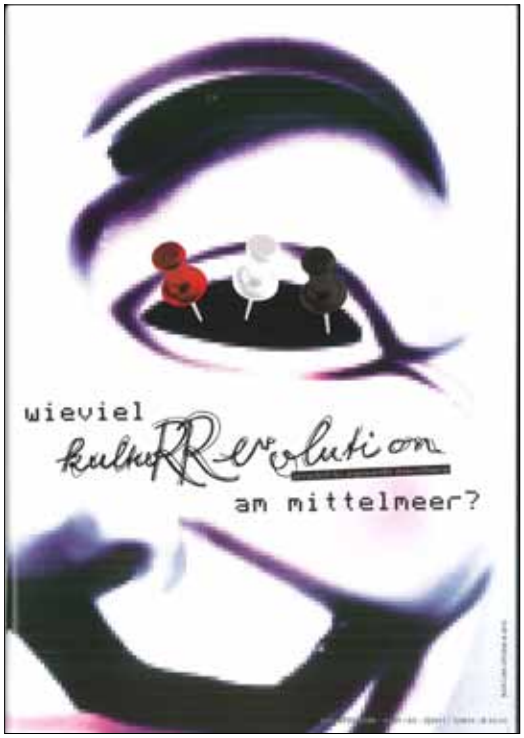
20 www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/wahre-finnen-gewinnen (22.5.2012)

21 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,757618,00.html (22.5.2012)

Die *kultuRRevolution* nördlich und südlich des Mittelmeers

Eine Rezension von Jobst Paul

Auch wenn die Distanz noch fehlt und nur eine essayistische Annäherung möglich ist, versucht das Team der kultuRRevolution im Doppelheft 61/62 u.a. mit den vorhandenen Instrumenten der Normalismus- und der Kollektivsymbol-Theorie möglichst nah ans revolutionäre Geschehen „südlich und nördlich des Mittelmeers" heranzurücken. Ohne Zweifel angetrieben durch Jürgen Links unbändige Überzeugung: „Jetzt laufen die Maschen der Denormalisierung, jetzt proliferieren kulturrevolutionäre Drives", vor allem: „jetzt hat sich der Kairos des Projekts kRR weit geöffnet."



Im Editorial wundert sich Jürgen Link (*Zu diesem Doppelheft, S. 3-4*) nicht über die Ratlosigkeit von Intellektuellen, die seit 1989 Dinge wie „Antagonismus oder gar Kulturrevolution" von sich wiesen.

Einfach zu entwirren sind die verknoteten Kämpfe freilich nicht – der Betrachter (so Jürgen Link) hat die Denormalisierungen, die von kulturrevolutionären Bewegungen ausgehen, ebenso wahrzunehmen wie jene, die sich auf diese Bewegungen richten. Vor allem aber heißt es, nicht in die Falle der binären Reduktionismen zu tappen, der falschen Alternativen zwischen (schlechtem) Islam und (guter) westlicher Aufklärung, zwischen (schlechtem) politisch gefasstem Islamismus und (guter) westlicher „Stabildemokratie". Jürgen Link spricht in seinem Leitartikel (Von der Denormalisierung zu kulturrevolutionären Drives, S. 12-18) von einer „Megakrise", die sich seit 2008 in einer Abfolge bzw. dem Nebeneinander ökonomischer, technischer und politischer Schübe entfalte. Zugleich sei die Megakrise „der Kairos (der »passende Moment«) für das Projekt der Zeitschrift »kultuR-Revolution« (kRR)". Ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Europa und Nordafrika lässt sich mit den unterschiedlichen Normalitätsklassen herstellen, in denen sich diese Länder befinden. Die Ereignisse im nördlichen Mittelmeer (Griechenland, Spanien, Portugal) standen im Zusammenhang der Krise und führten zur ‚Entlarvung' der europäischen Abstiegskandidaten und zum Programm der ‚Exekution' des Abstiegs von der zweiten in die dritte Normalitätsklasse. Die Revolten südlich des Mittelmeers scheinen – so Link – mit der europäischen Krise nichts zu tun zu haben. Allerdings seien auch dort die gut ausgebildeten jungen Generationen über globalisierte Medien in ihrem Selbstverständnis an die höheren ‚Normalitätsklassen' Europas angedockt: Ihre Revolte brachte zum Ausdruck, dass es ihnen darum geht, zumindest in die zweite Normalitätsklasse aufzusteigen, wenn nicht gar zur ersten Liga zu gehören. Auch die ‚Selbstverständigungslabors' nördlich des Mittelmeers werden getragen von gut ausgebildeten, arbeitslosen jungen Generationen, die sich zusammen mit den verarmten städtischen Schichten sträuben, ‚abzusteigen'. Unterschiedliche Vektoren bestimmen also den jeweiligen ‚Antagonismus', nördlich als „Weigerung gegen den ‚Abstieg'", südlich des Mittelmeers als „Wille zum ‚Aufstieg'"

Zwar spalten sich die beiden Bewegungen auch im Begriff der geforderten Demokratie – im Süden geht es um eine parlamentarische Demokratie, im Norden eher um ‚direkte' Demokratie. Allerdings entsprachen sich die Experimente der direkten Demokratie innerhalb der jeweiligen revolutionären Camps (‚Nachtlager') und ihre Offenheit für „alternative Wissensinstrumente", z.B. für neue Kommunikationsformen. Eine „historische Größe" erkennt Link darin, dass die arabischen Revolten zwar mit dem Rückenwind der stärkenden „Funktion des Moments ‚nach dem Freitagsgebet'„ versehen waren, ihre Bedeutung aber mit dem säkularen Tahrirplatz teilen mussten. Links Vision geht von da weiter zum „Surplus einer blocka-

defreien Kollektivität", zu einem neuen kulturrevolutionären „As-Sociationstyp". Dieser, „wie er sich ‚spontan' bereits auf dem ersten und dann auf all den weiteren Tahrirs abzeichnet, wird pluralistisch sein, also ein plurales ‚Wir' (die Subjektivität einer ‚Multi-tudo' nach Negri und Hardt) entwickeln. Vielleicht wird er ein solches ‚Wir' mit dem ‚Wir' eines multi-inventiven Selbstverständigungslabors verbinden."

Oliver Kohns: Zum Kampf gegen das Prinzip der Repräsentation

In seinem Beitrag verweist Oliver Kohns (*Guy Fawkes, 2011. Ein Beitrag zur politischen Ikonographie des Aufstands, S. 19-26*) auch auf eine „ikonographische Inszenierung von Einheit" insbesondere in der *Occupy*-Bewegung: Die aus dem Film *V for Vendetta* und nicht so sehr vom historischen Guy Fawkes adaptierte Guy-Fawkes-Larve rückt das Kollektiv der Träger „in einen fiktionalen und imaginären Raum". Über die assoziative Verweisung auf die griechische Tragödie und die Bibel – so Kohns – kündigt sie „das Erscheinen eines machtvollen »Wir« an und veranschaulicht im „ironischen Gegensatz zur antikapitalistischen Tendenz der Proteste" die „Erwartung eines zukünftig erscheinenden politischen Subjekts." Die Demonstration von Undurchschaubarkeit ist als Akt deutbar, Attribute der Macht zu okkupieren. Kohn verweist auf die Herleitung der ‚künstlichen Person' des Staats bei Hobbes als ‚persona', d.h. als Maske der Schauspieler. In eben diesem Sinn sei auch *V for Vendetta* deutbar, nämlich als „Erzählung über die Möglichkeit der Okkupation und Kaperung offizieller Repräsentation", als „Selbsteinsetzung einer konkurrierenden politischen Repräsentation". Im Film *V for Vendetta* markiere der „massenhafte Auftritt der mit »V«s Guy-Fawkes-Maske vermummten Menschen" das Erscheinen des „Volks als politischem Subjekt, und damit das Ende des faschistischen Regimes". Im gleichnamigen Comic – so Kohns – trete das ‚Volk' (als Souverän) hinter der Maske hervor und breche das Schweigen (als *vox populi*). Kohns verweist auf die politologische Bedeutung der Aufhebung des Repräsentativen bei Rousseau und Carl Schmitt. Von dort schlägt der Autor die Brücke zu anderen filmischen Inszenierungen „des sich zum dramatischen und politischen Akteur formierenden Volks", etwa in *Panzerkreuzer Potemkin*.

Mit dem Verweis auf „die totalitäre Dimension der Volksinszenierung im sowjetischen Film — aber auch in *V for Vendetta*" zielt Kohns auf die überraschende Tatsache, dass die demokratische Bildersprache unversehens mit der totalitären zusammen fallen kann. Verantwortlich für diese Ambivalenz ist der „Kampf gegen das Prinzip der Repräsentation", den auch das Essay *Der kommende Aufstand* fordert und den die Guy-Fawkes-Maske symbolisiert.

Khadjja Katja Wöhler-Khalfallah und Eva Link: Der Kampf um die Würde in Tunesien und Ägypten

Khadjja Katja Wöhler-Khalfallah (*Tunesien: Ein Volk ringt um Freiheit und Würde, S. 27-34*) schildert den komplexen, keineswegs gradlinigen Prozess der tunesischen Revolten seit etwa 2000 und 2001 (mit dem Start von *Al-Jazeera*) bis zur Absetzung Zine al-Abedin Ben Alis. Aus der Sicht von Wöhler-Khalfallah bedeutete die tunesische Revolution „die kollektive Überwindung der Angst vor einem unglaublich repressiven Polizeistaat" und „die Rückgewinnung der Freiheit und der Würde". Die zunächst wenig empathische westliche Reaktion war bestimmt von der Fixierung auf „einen angeblich mit Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit nicht zu versöhnenden Islam" und von der Unfähigkeit, „Islam, Volksislam und seine fundamentalistische Variante voneinander zu unterscheiden".

Im Gegensatz zur westlichen Wahrnehmung hat Tunesien – so Wöhler-Khalfallah – „schon unzählige Revolten gegen seine beiden Diktaturen" hinter sich. Habib Bourguiba, der nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1956 Premierminister wurde, konnte an eine bereits liberale Verfassung von 1861 anknüpfen. Orientiert am französischen zentralistischen Rationalismus, entpuppte er sich aber schnell als rigoroser ‚Educateur'. Statt die Demokratie auf den vorhandenen muslimisch-inkulturierten Strukturen zu errichten, beseitigte er sie und gab sich stattdessen selbst einen religiösen Anstrich. Zweifellos hat sein Konzept einer gelenkten rationalistischen Bildung (ohne Freiheit) eine gewisse Eigendynamik in Gang gesetzt. Doch als sich eine sozialistische Oppositionsbewegung bildete, schickte er die inzwischen radikalisierten Muslimbrüder ins Rennen, ließ diese aber bald wieder verfolgen. 1987 kam es zum Putsch durch Zine al-Abedin Ben Ali, der Tunesien, trotz seiner exzellenten Kultur- und Bildungsmöglichkeiten, zum korrupten Polizeistaat machte. Wöhler-Khalfallah ergänzt ihre Darstellung mit einer gedrängten, außerordentlich verdienstvollen Chronologie der Ereignisse bis zu und nach der Flucht Ben Alis (*Tunesien: Für ein Fest der Demokratie. Die Monate nach Ben Alis Flucht, S. 52-57*).

In einem weiteren, sehr detailreichen Überblick liefert Khadjja Katja Wöhler-Khalfallah (*Ägypten und das Erbe seiner Pharaonen: Das beschwerliche aber entschlossene Schreiten in die Befreiung, S. 39-51*) nicht nur eine ähnliche Chronologie der dramatischen Abläufe der ägyptischen Revolution im Januar 2011, sondern führt auch in die wechselvolle wie leidvolle Geschichte des modernen Ägypten ein, beginnend mit dem napoleonisch-britischen Kampf um Ägypten.

Eine mit tiefer Verschuldung einhergehende Modernisierung Mitte des 19. Jahrhunderts führte 1882 in die britische Kolonialherrschaft, die 1922 – allerdings nur formal – zu Ende ging. Es war auch das Jahr der Entdeckung des Grabs Tutankhamuns und des Beginns einer neuen ägyptischen Identität. Nach einer kurzen parlamentarisch-systemkritischen Phase und dem Umschlag in eine komplexe muslimische Rekonfessionalisierung erstarkte auch in Ägypten ein von Europa, insbesondere auch von Deutschland inspirierter Faschismus. Die Palästinafrage (seit 1936) führte schließlich zu einer tatsächlichen ägyptischen Allianz mit Nazi-Deutschland und dem Vichy-Regime gegen die Briten. Das innerägyptische Chaos, das die Teilung Palästinas (UN-Resolution des Jahres 1947) und die Gründung des Staates Israel (1948) hinterließen, wurde dann zur Grundlage des nationalistischen Militärputsches 1952 unter Nasser.

Khadjja Katja Wöhler-Khalfallah's nachfolgende Darstellung der Regime Nasser (bis 1970), Sadat (1981) und Mubarak (bis 2011) offenbart schließlich die Aporie, die seit Jahrzehnten die ägyptische Politik begleitet hat und deren unerträgliche Zuspitzung im Januar 2011 in Suez, Alexandria, Assouan, Assiout und Kairo zu Revolten führte: Es handelt sich um die Etablierung der ökonomischen und politischen Eliten (institutionalisiert im Militär) als korrupte Oligarchie, die sich die Ressourcen und die Industrie, und schließlich

sogar auch noch das Land selbst unter sich aufteilte. Dennoch ist diesen Eliten die kapitalistische Modernisierung Ägyptens gegen den Großteil der verarmten, aber weiterhin religiös-kulturkonservativen Bevölkerung nicht gelungen. Ironischerweise bleibt so die Religion, auch wenn die Oligarchen ihre Macht verlören, ein beharrender Faktor auch gegen das Konzept der derzeitigen Revolutionäre.

Was also tun, wenn sich nun herausstellt, dass die Revolution vorerst nicht zur Ablösung des Militärs geführt hat? Aus *Zwei Gesprächen mit vier Ägyptern über ihr Land nach der Revolution* (Eva Link, S. 35-38) geht nicht nur die Befürchtung hervor, eine ‚zweite Revolution' könnte zum Blutbad führen, sondern zugleich die umgekehrte, vielleicht irrationale Hoffnung, das ägyptische Militär – nachdem es der Revolte zumindest nicht wirklich im Wege stand – möge sich letztlich doch noch als Hüter des Volks erweisen. Es bleibt aber – so oder so – bei der Forderung und Gewissheit, dass der Druck von unten nicht mehr zu brechen sein wird.

Fasst man die Berichterstattung, Kommentierung und Analyse des arabischen Frühlings und seiner europäischen Resonanzen bis hierher zusammen, insbesondere vor dem Hintergrund von Jürgen Links Versuchs einer normalismustheoretischen Einordnung, so muss notgedrungen nicht nur auffallen, wie sehr sich das Politische, das Handeln vieler Einzelner, letztlich jeder Prognostik entzieht, sondern auch, dass sich das Politische mit den zumeist wenig erbaulichen Vorhersagen nicht zufrieden gibt: Ebenso wie Jürgen Link sich als Resultat der arabischen und europäischen Aufbrüche die Entstehung eines Wir als „eines multi-inventiven Selbstverständigungslabors" erhofft, so erinnert Khadjja Katja Wöhler-Khalfallah an die Hoffnung des ägyptischen Schriftstellers Khaled al-Khamissi, das ägyptische Aufbegehren könne „eine von den 4 Milliarden Jugendlichen auf dem gesamten Globus konzipierte neue Weltordnung" auslösen. Wöhler-Khalfallah ergänzt, niemand vermöge schon heute vorauszusagen, wohin das Geschehen „unter Umständen die gesamte Menschheit eines Tages zu führen im Stande sein könnte. Reformbedürftig ist auch jenseits Ägyptens noch einiges."

Dieses visionäre Element findet sich schließlich in den Berichten von Margarita Tsomou, Vassilis Tsianos, Dimitris Papadopoulos (Athen: *Metropolitane Blockade, direkte Demokratie*[1], S. 64-68) und von Maria Corredera und Amador Fernández-Savater zu den spanischen Indignados von 15-M eindrucksvoll hervorgehoben:

Nach Auffassung von Maria Corredera bündelt sich in der Bewegung der spanischen Indignados (*Die Indignados von 15-M*, S. 58-61) eine ganze Reihe von Motiven und Zielen. Zweifellos empfing die Bewegung starke Impulse durch die arabischen Revolutionsereignisse und – was ganz besonders erstaunt – gewann die Sympathie in ganz Spanien. Kleinster gemeinsamer Nenner mag die Weigerung sein, für die Rechnung der Verursacher und Profiteure der Finanz- und Bankenkrise aufzukommen. Doch geht es im Kern um nicht weniger als um eine Wende im Weltmaßstab, um die Einleitung eines historischen Momentums. Mit dem Internet ist ein Hebel gewonnen, sich ebenso von den Medien und ihrer Verstrickung in die Macht zu lösen wie von einer korrupt gewordenen Demokratie. Die neuen Formen direkter Demokratie, die ‚Nachtlager', Friedlichkeit, neue gestische Rituale u.a.m. fallen zusammen mit der sozialen und soziologischen Zusammensetzung der Bewegung – sie ist zum Sinnbild des sozialen Nullpunkts geworden, für Schichten, die bisher nichts miteinander zu tun hatten und nun alle von der Krise betroffen sind.

Im Zentrum aber steht eine gut ausgebildete, arbeitslose Jugend. Im Gegensatz zur breiten Bevölkerung bringen die etablierten Gesellschaftsschichten und die Medien, aber auch die Gewerkschaften nicht wirkliches Verständnis auf und sind ratlos bis abweisend. Umgekehrt hält die Bewegung ihrerseits Abstand zu diesen Machtkonglomeraten, während die radikale Linke verunsichert ist und um ihren Bestand fürchtet. Heimliches Inspirationszentrum der Bewegung sind freilich einige wenige ‚alte Männer'. Es ist die faszinierende Unabhängigkeit, die Stéphane Hessel oder José Luis Sampedro kennzeichnet und die ihre Kapitalismus- und Medienkritik so überzeugend macht. Diese Unabhängigkeit scheint den Kern von la ilusión, der Vision der Indignados, auszumachen.

Doch die 15. Mai-Bewegung hat – so Amador Fernández-Savater („*15. Mai": Eine Revolution aus Personen*, S. 62-63) – nicht nur Rituale, sondern auch bedeutungsvolle Begriffe hervorgebracht, wie z.B. ‚Respekt' und ‚globale Revolution'. Eine besondere Rolle aber spielt - wie in der kritischen Analyse von Oliver Kohns (*Zum Kampf gegen das Prinzip der Repräsentation*) schon hervorgehoben – der Begriff der ‚Person', der letztlich einen ‚sich selbst vertretenden Bürger' meint. Dahinter verbirgt sich spezifisch in Spanien die Wiederentdeckung des Politischen nach vielen Jahren der gesellschaftlichen Entpolitisierung. Letztere wurde befördert durch Warnungen, die Rechte könnte an die Macht kommen, wenn die Kritik an Links und der Linken zu stark würde. Das Ergebnis war – trotz der Rituale der Streiks und der Demonstrationen – eine verbreitete Lethargie.

Am 15. Mai war alles mit einem Mal anders, verbunden mit einem Übermaß an Hoffnung und Euphorie: Da traten nun die Einzelnen mit allem Privaten, mit all ihrem Vertrauen und ihrer Authentizität öffentlich hervor, die sie zuvor nur in die Kommunikation der Sozialen Netzwerke gesteckt hatten – Persönliches und Öffentliches verschmolzen, das ‚Gesellschaftliche' verkörperte sich. Zugleich fiel das Repräsentative, fielen aufgezwungene Rollen weg: Die Zeltstädte wurden zu Schauplätzen der Anonymität der vielen Einzelnen, und die Macht dieser Anonymität, die ohne Führer auskommt, wurde spürbar. Eines blieb dabei freilich ungelöst: Die Erfahrung und das Konfliktpotenzial von Differenz und Dissens standen lediglich im Raum.

Der Person-Diskurs steht selbstverständlich auch im Zusammenhang der Frage nach der Menschenwürde im Zeitalter der Globalisierung. Nun geht es freilich nicht mehr um einen abstrakten Wert, sondern um eine „planetarische" Notwendigkeit. Daher tritt das derzeitige Dilemma scharf hervor, dass Bewegungen wie die des 15. Mai immer noch national sind und man zur ‚weltweiten' Revolution nur aufrufen kann, während uns die Kategorie der ‚Welt' noch immer sehr abstrakt vorkommt.

Wieviel Kulturrevolution am Mittelmeer?
kultuRRevolution 61/62 (2011/2012)
hg. von Jürgen Link und Rolf Parr,
Klartextverlag Essen, 112 S., 20 €

1 Vgl. bereits DISS-Journal 22 (2011). Vgl. dort auch den Kommentar von Xavier Giró (Spanien: Die Rechte nutzt die Unzufriedenheit über die Soziale Ungerechtigkeit aus) und (unter http://www.diss-duisburg.de/2011/11/15-m-year-zero/) die Impressionen der spanischen Linguisten Jorge Lozano und Marcello Serra (15 M: Year Zero).

Der Aufstand der „social non-movements“ und der gesellschaftlichen Linken gegen die Sparpolitik

Erste Bemerkungen zu den griechischen Wahlen von Vassilis S. Tsianos, Dimitris Parsanoglou & Pavlos Hatzopoulos.

Die Radikalisierung der griechischen Gesellschaft geht weit über die formelle soziale und politische Dynamik hinaus, die im Zusammenhang der zwei Runden der griechischen Parlamentswahlen (am 6. Mai und am 17. Juni) die zentrale politische Arena erfasst hat. In vieler Hinsicht werden die Wahlergebnisse durch soziale Kräfte und Antagonismen überschattet, die die vorhandene parlamentarische Politik immer weiter an ihre Grenzen bringen.

Der Versuch, die Wahlkampagne von diesen Antagonismen freizuhalten, ist wohl der letzte Atemzug des alten politischen Systems. Der Versuch war zwar erfolgreich, aber nur im Hinblick auf eine kurzzeitige Eindämmung der Stimmenverluste, doch es erscheint unmöglich, dass sich letztere noch viel länger hinauszögern lassen. In beiden Wahlen gab es keine einzige politische Partei, die sich in ihrem Programm auf die Seite des EU-Memorandums stellte – abgesehen von einigen neo-liberalen Splitterparteien, die praktisch von Medien und korporativen Vereinigungen finanziert werden und von denen keine die Schwelle von 3 % der Stimmen erreichen konnte, um Abgeordnete zu bestimmen. Alle Parteien des alten Establishments haben sich auf die Seite einer ‚Neuverhandlung des Memorandums‘ geschlagen, um die Politik Syrizas zu neutralisieren, der das Memorandum für ungültig erklären lassen will.

Das Dilemma der WählerInnen war, zwischen ‚verantwortungsbewußten multilateralen Verhandlungen‘ mit unseren europäischen Partnern und einer Politik des Alleingangs zu wählen, die – nach Meinung des Anti-Syriza-Blocks – Griechenlands Euromitgliedschaft automatisch gefährden würde, und all dies innerhalb des diskursiven Rahmens, dass das Memorandum keinen nachhaltigen Bestand habe. Entlang dieser Linien haben die herrschenden Parteien eine Strategie der Re-Nationalisierung verfolgt, wobei sie die nationale Einheit beschworen, um „das Memorandum zu verändern, so gut wir können“, und Syriza als Hindernis für die Wiederherstellung dieser nationalen Einheit verurteilten.

Dementsprechend finden sich in der gemeinsamen politischen Abmachung der drei Parteien Nea Dimokratia, PASOK, und der demokratischen Linken, die die neue Koalitionsregierung bilden, praktisch keine Verweise auf die Umsetzung von Maßnahmen des Memorandums. Der Text der Abmachung liest sich vielmehr, als wäre es das Mandat der neuen Regierung, einfach einige der vorhandenen Sparmaßnahmen außer Vollzug zu setzen (wie z.B. die Abschaffung von Tarifverhandlungen, die Kürzungen der niedrigen Pensionen, und so weiter), gepaart mit einigen allgemeinen Kommentaren zur Wirtschaftsentwicklung und der Reform des öffentlichen Sektors.

Das Primat der sozialen Kämpfe

Sogar der Teilerfolg von Syriza bei den Wahlen spiegelt die Radikalisierung des sozialen Widerstands gegen die Sparpolitik noch nicht völlig. Der Anspruch von Syriza, das Memorandum sei unabhängig vom Ergebnis der Wahl vom 17. Juni ungültig, kann auch verstanden werden als eine Art von kritischem Eingeständnis über die eigene sekundäre Rolle und als Anerkennung des Primats der sozialen Kämpfe (außerhalb der offiziellen Politik).

Die Politik der Ungültigkeitserklärung des Memorandums steht für die Krise, wenn nicht sogar für den Zusammenbruch jeglicher repräsentativer Politik, von den Gewerkschaften hin zu politischen Organisationen und Parteien. Der soziale Angriff auf die Sparpolitik basiert auf einer von der gesellschaftlichen Basis ausgehenden Umformung des Widerstands, und zwar durch Werkzeuge und Handlungen, die asymmetrisch zur repräsentativen Politik stehen: direkte demokratische Verfahren, nicht-hierarchische und nicht-dauerhafte Strukturen, Vielfalt, und am wichtigsten: die Geschwindigkeit des Agierens.

Diese ephemere, aber direkte Antwort auf Herausforderungen gründet im täglichen Leben, sowohl was ‚große‘, als auch, was die ‚kleinen‘ Probleme betrifft. Von der Antwort auf die Erschießung des 16-jährigen Schülers Alexis Grigoropoulos im Dezember 2008 durch die Polizei, bis hin zu den massiven Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen, von der Organisation und dem Zusammenschluss von Nachbarschaftsinitiativen, um Nahrungsmittel und Medikamente für arme Nachbarn zu sammeln und zu verteilen, bis hin zur Wiedermontage des Stromanschlusses für Leute, die die fällige Einkommensteuer nicht bezahlen konnten, die mit der Stromrechnung bezahlt wird. Besetzungen, die Befreiung von öffentlichen Räumen, die Bewegungen innerhalb der Quartiere, die lokalen Nachbarschaft-Treffen sind nur einige der vielfachen Formen der neuen ‘untergründigen’ Formen der neuen gesellschaftlichen Linken. Der Soziologe Asef Bayat spricht im Zusammenhang der mediterranen Aufstände vom spektakulären Aufkommen der „social non-movements“, die sich nach und nach die Straße erobern. Die „non-movements“ sind auch in Griechenland während der letzten Jahre kaum wahrnehmbar und leise vorgedrungen und haben „passive Netzwerke“ gebildet, die durch die kommunikative Präsenz und beharrliche Wiederaneignung der öffentlichen Plätze und Straßen die Machtlosigkeit der öffentlichen Ordnung deutlich machen.

In einer fast karnevalesken Versammlung von Syriza, auf der auch Slavoj Zizek und Alexis Tsipras sprachen, forderte Costas Douzinas Syriza in einem feierlichen Ton auf, anzuerkennen, dass sie der „Bewegung der Quartiere“ verpflichtet sei. „Die Menschen, die die Quartiere Griechenlands besetzt halten“, fuhr er fort, „werden am 17. Juni zu einem Volk werden, dessen Stimme Syriza zur Regierung bringen wird“. Selbst wenn wir diese Bemerkung – und die Euphorie, die sie in der Versammlung auslöste, zumindest im Hinblick auf die postoperaistische Durchdringung der Rhetorik und des Politikverständnisses Syriza's ernst nehmen, zielt die weise Botschaft bzw. gutgemeinte Warnung Douzinas auf mehr als auf eine ephemere, kurze Transformation: Die Menge soll sich am 17. zum Volk zusammentun und sich dann sofort wieder auflösen in ihre vorherige Vielheit.

Der politische Erfolg von Syriza basiert auf genau dieser Tatsache, dass Syriza diese Vielheit nicht repräsentieren konnte und dies auch gar nicht versucht hat, eine Vielheit, die während der letzten Jahre so beharrlich und so intensiv in den öffentlichen Raum eingedrungen ist. In den meisten Kämpfen, die vorgekommen sind, konnten die Kader von Syriza, wie die der meisten anderen organisierten Kräfte der Linken – abgesehen von der national-bolschewistischen kommunistischen Partei KKE, die beständig ihrem eigenen einsamen Pfad folgt – gar nicht anders, als einigermaßen diskret aufzutreten und nicht zu versuchen, irgendeine Hegemonie über die Bewegungen anzustreben. Auch wenn heimische und internationale, politische und wirtschaftliche Eliten und Medien versucht haben, Syriza als Vertreter der 'gefährlichen politischen Klassen' und des kommenden Aufstandes darzustellen – in der Praxis werden die Widerstände und Interventionen weit außerhalb der repräsentativen Politik bzw. oft gegen deren symbolische und normative Ordnung und ihre pazifizierende Parteienkultur organisiert.

Die extreme Rechte

Die Radikalisierung der griechischen Gesellschaft geht in mehrere Richtungen – sie betrifft nicht nur Linke und Anarchist_innen, sondern auch Nationalist_innen und Rassist_innen. Das wird anschaulich durch den Aufstieg der Neonazi-Partei 'Goldene Morgendämmerung', die in den Wahlen vom Mai und Juni 7 % der Stimmen erhalten hat.

Das neonazistische extreme Rechte etablierte sich zunächst auf lokaler Ebene, bevor sie auf nationaler Ebene ins Blickfeld trat, wobei sie auf eine Politik baute, die Ordnung wieder herzustellen, d.h. die Arbeit zu tun, die der Staat oder die Eliten" nach der Revolte im Dezember 2008 nicht getan hätten.

Nach und nach hat der Neofaschismus Aghios Panteleimonas erobert, ein Stadtviertel, das ein Paradox darstellt, in dem Sinn, dass es ein historisches Arbeiter-Wohnquartier ist, wo soziale Probleme wie Rauschgift und Kriminalität usw. viel weniger akut sind als in anderen Gebieten. Und dennoch ist das Viertel zum Symbol für die „Rückeroberung/Wiederbesetzung unserer Städte" geworden, um einen Ausdruck zu verwenden, der wiederholt vom neuen Premierminister verwendet wird, dem alle EU-Regierungen während der Wahlkampagne so große Zuneigung entgegen gebracht haben.

Abgesehen vom Slogan „den Platz vom Dreck befreien" („Για να ξεβρωμίσει ο τόπος", ein Slogan der ‚Goldenen Morgendämmerung'), haben die Neofaschisten in anderen Bezirken versucht, alternative informelle Sozial-Dienste und Strukturen für diese Dienstleistungen einzurichten, wobei sie gezielt, medienbewusst und durch lokale Polizeieinheiten geduldet an das allgemeine Gefühl der urbanen Unsicherheit anknüpften: Sie begleiten alte Damen, wenn diese Geld an den Geldautomaten abheben, sie mischen sich ein in Kindergärten von Migranten, vertreiben Migranten aus von diesen besetzten Gebäuden und – natürlich – attackieren farbige Leute in den Straßen und in der U-Bahn.

Das war manchmal erfolgreich, wie im Bereich des Attiki-Platzes, und manchmal erfolglos, wie im Bereich des Amerikis-Platzes, wo sie von Anarchist_innen aus Lela Karagianni vertrieben wurden, einer der ältesten Besetzungen, die in der Nähe des Platzes existiert. Sie waren auch erfolglos in dem autonom geleiteten Park von Kyprou und an der Patission-Straße, der von den Einwohner_innen Anfang 2009 gegen die Pläne des Bürgermeisters geschaffen wurde, die Bäume zu fällen und einen Parkplatz zu bauen.

Wir gehen auf die von rechtsextremen Gruppen verwendeten Methoden ein, um auf eine qualitative Verschiebung hinzuweisen, die die Bekämpfung des Rassismus noch schwieriger macht. Gewöhnlich tummeln sich rassistische und nationalistische politische Akteure im Feld des Ideologischen, wobei sie versuchen, mit Politiken der Angst und mit einem mit Hass verbundenen Stolz der Leute zu spielen. Das Hauptschlachtfeld der neofaschistischen Politik ist das der Ideologie, wobei es das Hauptziel ist, ihren Diskurs an die Strukturen eines allgemein verbreiteten Gefühls anzukoppeln.

In Griechenland ist das genau Entgegengesetzte geschehen. Die ideologische Legitimation des Rassismus kam *nach* der räumlichen Verankerung/Befestigung durch Alltagspraktiken, durch eine systematische Ausbreitung dessen, was Gilles Deleuze und Felix Guattari ‚Mikrofaschismus' genannt haben. Tatsächlich wurde die ideologische Legitimation der neonazistischen Agenda erst möglich, als die Regierung, d.h. besonders zwei Minister, in einen bereits polarisierten öffentlichen Diskurs hinein intervenierten, indem sie eineinhalb Monate vor den Mai-Wahlen – gegen die „hygienische Bombe, die Einwanderer und besonders die migrantischen Sex-Arbeiterinnen darstellen" – die Einrichtung von 30 Jugendstrafanstalten im ganzen Land und ‚Nulltoleranz'-Maßnahmen ankündigten.

Nach dem Ergebnis der ersten Runde der griechischen Wahlen (am 6. Mai) wurde klar, dass die zweite Runde die bisher am meisten ‚europäisierte', nationale Wahl werden würde. Die Europäisierung der Wahl am 17. Juni hat die Grenzen der Politik der internationalen Solidarität veranschaulicht. Wir wollen nicht zu viel auf die ‚Politik der Angst' eingehen, die mit diesem Prozess von Europäisierung viel zu tun hat. Denn sie wurde von den wichtigsten Medien als ‚Nachricht' und von militanten Medien in der Form der Kritik eingehämmert, wobei man weitergab, europäische politische und ökonomische Eliten wollten in den Wahlkampf eingreifen, um – koste es, was es wolle – einen Wahlsieg von Syriza zu verhindern.

Am Tag nach den Maiwahlen, als die Gespräche für eine Regierungsbildung zusammengebrachen, stellte Alexis Tsipras fest, die neuen Wahlen könnten zum kritischen Auslöser einer ‚Europäisierung von unten' werden, wobei er behauptete, die Neuwahlen könnten die Bühne für einen sozialen pan-europäischen Angriff gegen die Sparpolitik werden. Unverzüglich unterfütterte er diese Behauptungen, indem er nach Paris und Berlin reiste und einen Brief an die Europäische Kommission schickte, in dem er seine Auffassung darlegte.

Was die griechischen Wahlen betrifft, wurde der Ruf nach ‚Europäisierung von unten' gegen die Sparpolitik in ziemlich formalistischer Weise umgesetzt. Es gab formelle Sitzungen, die stattfanden (Tsipras-Mélenchon) oder die verweigert wurden (Tsipras-Oland). Es gab einige Solidaritätsadressen für Syriza durch andere linke, europäische Parteien aus ganz Europa. Und eine eindrucksvolle Mobilmachung von Aktivisten – hauptsächlich von radikalen Intellektuellen-Netzwerken in ganz Europa, die ihre Solidarität und Unterstützung ausdrückten und die vielleicht das Bedürfnis unterstrichen, die Ausbildung transnationaler Netzwerke und Mobilisierungen zu stärken. Es ist jedoch klar, dass all dies noch kein konstitutiver Baustein zum Aufbau einer solchen Bewegung war.

Immerhin ist Tsipras' Vorstoß wegen seiner inneren Widersprüchlichkeit wertvoll. Er wirft das Problem auf, wie man die sich konstituierenden Bewegungen lokal, regional und national, bis hin zur 'Europäisierung von unten', außerhalb des Horizonts der repräsentativen Politik der oligarchischen Demokratien der EU organisiert.

Übersetzung aus dem Englischen von Jobst Paul

Demokratie als Baustelle

Jungkonservative und neoliberale Visionen von einem plebiszitären Präsidialsystem

Von Helmut Kellershohn

In der FAZ vom 10.04.2012 erschien ein Beitrag des Verfassungs- und Steuerrechtlers Paul Kirchhof zur Wachstumsdebatte, in dem er für eine „entschiedene Familienpolitik" plädierte, um „nachhaltiges Wachstum" zu fördern. „Deutschland wächst mit seinen Kindern", so der Titel seines Beitrages, der deutlich macht, was dem guten „Professor aus Heidelberg" (Ex-Kanzler Schröder) am Herzen liegt. Man könnte den Artikel schnell beiseite legen, weil er bekannte Forderungen in handlicher Form zusammenfasst, wie z.B. das Familiensplitting im Steuerrrecht, die Bevorzugung weiblicher Erziehungsarbeit im Rentenrecht und ähnliches mehr, das dazu beitragen soll, dass mehr Kinder in Deutschland geboren werden.

Stutzig wird man jedoch, wenn sich Kirchhof, von 1987-1999 immerhin Bundesverfassungsrichter und 2005 als Finanzminister im Gespräch, dem Wahlrecht zuwendet. Erstaunt fragt sich der/die LeserIn, was denn das Wahlrecht mit dem „Kinderwachstum" zu tun haben könnte. Kirchhof klärt auf: „Das Wahlrecht […] steht allen Bürgern zu. Kinder sind Bürger. Deswegen ist es nicht ausgeschlossen, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihr Bürgerrecht so weit als möglich, das heißt bis zur Volljährigkeit, in Vertretung durch die Eltern auszuüben." Kirchhof schlägt vor, jedem Elternteil pro Kind eine halbe und einer alleinerziehenden Person eine volle Stimme zusätzlich zu der eigenen zukommen zu lassen.

Man könnte geneigt sein, diese Idee als abwegige Erfindung eines verrückten Professors abzutun, vergleichbar dem berühmten Bierdeckel des Herrn Merz. Dem ist aber nicht so, denn auch in diesem Bereich gibt es Plagiate. Damit sind wir beim Thema, das uns zunächst in die Endphase der Weimarer Republik führt. Auch damals gab es Think-Tanks und Sarrazinisten, die wie heute sich um die Zukunft Deutschlands Sorgen machten; allerdings war ihr Ton weitaus aggressiver und deutlicher hörbar – und sie ließen keinen Zweifel daran, was sie als das Grundübel aller Probleme ansahen: die Republik und die Demokratie.

Das jungkonservative Original

Zu den Totengräbern der Weimarer Republik gehörten zweifellos die konservativen Eliten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Einer der wichtigsten Braintrusts war damals der *Deutsche Herrenklub*, dem Geist des Weimarer Jungkonservatismus verpflichtet und die Hintergrundorganisation, die der Regierung Papen die entscheidenden Stichworte für die Idee des „Neuen Staates" lieferte. Kern des Neuen Staates (vgl. Schotte 1932) sollte eine Reichs- und Verfassungsreform sein, die an die Stelle der Republik einen autoritären Staat setzen sollte (zum Ganzen vgl. Hörster-Philipps 1982, Ishida 1988). Zu den Vorschlägen, die diesen „Staatsumbau" in die Wege leiten sollten, zählten die Stärkung der Autorität des Reichspräsidenten, die Errichtung eines Oberhauses („Erste Kammer") und die Beschneidung der Kompetenzen des Reichstages, der Schutz der Wirtschaft vor staatlichen Eingriffen, z.B. dem staatlichen Schlichtungswesen, und nicht zuletzt – und damit kommen wir wieder zu Kirchhof – eine Veränderung des Wahlrechts.

Die damaligen jungkonservativen Vordenker und ihre Repräsentanten in der Regierung Papen empfahlen drei Manipulationen des Wahlrechts: Erstens die Ersetzung des Verhältniswahlrechts durch ein Mehrheitswahlrecht, bei dem nicht Parteien zur Wahl stehen, sondern parteiunabhängige „Persönlichkeiten" in sog. „Einmannwahlkreisen", ergänzt möglicherweise auch durch die Einführung der indirekten Wahl; zweitens die Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre. Während der erste Vorschlag sich vor allem gegen die Parteien richtete, so der zweite gegen die rebellische Jugend in den Massenbewegungen. Der dritte Vorschlag ist nun genau der, der von Kirchhof kopiert wird. Gefordert wird die Einführung eines „Pluralwahlrechts", das vorgibt, das Gewicht der Stimmen nach „Leistung" und „Verantwortungsfähigkeit" zu differenzieren, wobei hier, wie bei Kirchhof, an die „Sammlung der Stimmen aller Unmündigen bei den Versorgungsberechtigten und -verpflichteten" (Schotte 1932, 61) gedacht wird. Ein solches Pluralwahlrecht, das damals vornehmlich den Vätern zugute gekommen wäre, würde, so schrieb *Walter Schotte* vom Deutschen Herrenklub, „eine ungeheure Festigung der Familie als der Keimzelle des Volkes zur Folge" haben; und im völkischen Ton fortfahrend heißt es: „Erst ‚das Wahlrecht des Babys' kann die parlamentarische Demokratie (sic!) sinnvoll machen und in Beziehung setzen zum Volke, das kein Durchschnitt durch die Generation der über Zwanzigjährigen ist, sondern ein werdendes Ewiges (!), das im Fortgang der Generationen erst sich vollendet" (ebd.). Das ist schon eine wahrhaft gedankliche Leistung, den „Staatsumbau" und speziell die Wahlrechtsmanipulation als Reformen zur Sinngebung der par-

lamentarischen Demokratie anzubieten. Kirchhof enthält sich in seinem Artikel solcher Verrenkungen, der völkische Ton wird bei ihm durch den neoliberalen Standortnationalismus ersetzt. Gleichwohl hat diese Verrenkung, die sich einer demokratischen Rhetorik bedient, Methode.

Die Regierung Papen jedenfalls scheiterte an dem Projekt des Neuen Staates, sie scheiterte an ihrem Versuch, den konservativen Eliten die Staatsmacht in die Hände zu geben und sie von den Zwängen und Legitimationsmustern der parlamentarischen Demokratie zu befreien. Wie man weiß, entschied sich der Herrenklub für ein Bündnis mit den Nationalsozialisten und ebnete damit den Weg zum „völkischen Staat", der für solche Art ‚Reformen' nur ein mitleidiges Lächeln haben sollte.

„Demokratie als Mogelpackung"

Kirchhof ist natürlich nicht der einzige, der heute auf jungkonservative Ideen der zwanziger Jahre rekurriert. *Thomas Wagner* gibt in seinem unlängst erschienenen Buch *Demokratie als Mogelpackung* (2011) einen guten Überblick über die ideologische und politische Gemengelage, innerhalb derer sich heute die Debatten um einen „Staatsumbau" bewegen. Das Spektrum reicht von Wissenschaftlern, Journalisten, Politikern, Verbandsvertretern über neoliberale Think-Tanks wie dem *Konvent für Deutschland* oder dem *Frankfurter Zukunftsrat* bis hin zum jungkonservativen Kampfblatt, der *Jungen Freiheit*. Selbst die NPD versucht hier anzudocken. Konzeptive Ideologen wie *Hans-Olaf Henkel* (Ex-Präsident des Bundes der Deutschen Industrie und Vorstandsvorsitzender des Konvents für Deutschland) oder der Verfassungsrechtler *Hans Herbert von Arnim* tauchen in all diesen Zusammenhängen auf und beklagen den Zustand der Republik. Im Mittelpunkt steht immer der „exzessive" Parteienstaat, das „faktische Monopol der Parteien in der politischen Willensbildung" (Konvent für Deutschland, Presseerklärung vom 23.07.2004), wodurch Reformbemühungen zum Scheitern verurteilt seien. Was mit Reformen gemeint ist, formuliert beispielsweise die *Zivile Koalition* (im Vorstand: Sven von Storch und Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg) wie folgt:

„Unser derzeitiges Steuersystem lähmt und knebelt unsere Wirtschaft. Wir brauchen ein Steuersystem, das ausreichend Anreize für die Wirtschaft bietet, in Deutschland zu investieren."

Die jungkonservative Idee eines plebiszitären Präsidialsystems unter weitgehender Ausschaltung der Parteien ist eine Zielperspektive, die über das hinausgeht, was Colin Crouch als Postdemokratie bezeichnet.

„Wir fordern ein Verfassungsgebot, das die Aufnahme zusätzlicher Schulden verbietet. In allen Bereichen, die keine Investition in die Zukunft darstellen, müssen Einsparungen vorgenommen werden."

„Die Bürokratie hemmt die freie Entfaltung der Bürger und Unternehmen, entreißt ihnen ihre Eigenverantwortlichkeit und lähmt ihre Leistungsbereitschaft. Deshalb [müssen] Gesetze, die in die wirtschaftliche und persönliche Freiheit eingreifen, regelmäßig überprüft werden und der Staat auf seine Kernkompetenzen zurückgeführt werden."

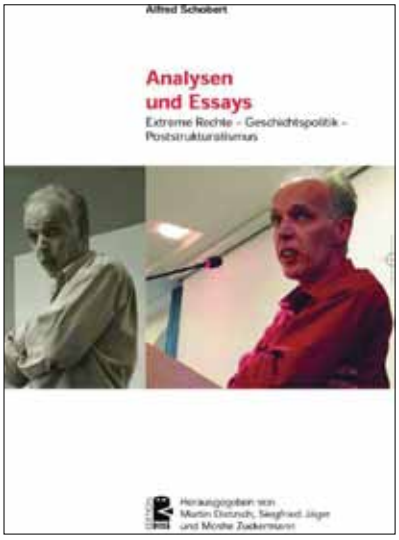
„Die Ehe zwischen Mann und Frau muß als Institution für den Staat Vorrang haben vor anderen Lebensgemeinschaften. Die Lebensform Ehe bedarf des staatlichen Schutzes und dieser Schutz muß aus praktischen Gründen ein Staatsziel bleiben. […] Eine Steigerung der Geburtenrate sollte im ideellen wie finanziellen Sinne Unterstützung erfahren."

„Bildung ist eines der zentralen Themen der Zukunft. Heute unterlassene Bildungsreformen wirken sich doppelt aus: In Form von entgangenem Wohlstand und in hohen Sozialleistungen für die Chancenlosen. Deutschland muß sich dringend von der Ideologie der Gleichmacherei um jeden Preis verabschieden."

Um diese Mischung aus neoliberalen und konservativen Forderungen (Steuersenkungen, Schuldenbremse, schlanker Staat, Familien- und Geburtenförderung, stärker hierarchisiertes Bildungssystem) durchzusetzen, empfiehlt die *Zivile Koalition* eine Veränderung des Wahlsystems. Wie in den Zwanziger Jahren wird hier das (gemischte) Verhältniswahlrecht auf den Prüfstand gestellt, das die „Entwicklung hin zum Parteienstaat" begünstigt habe. Der Vorschlag zielt auf die Etablierung einer Persönlichkeitswahl, entweder durch die Einführung flexibler, offener Listen, deren Zusammensetzung vom Wähler mitbestimmt werden kann, oder durch die Ersetzung des Verhältniswahlrechts durch ein direktes Mehrheitswahlrecht. Andere sind schon ein Schritt weiter und möchten ein Pluralwahlrecht zu Gunsten der sog. Leistungsträger einführen, so etwa 2008 der damalige RCDS-Vorsitzende *Gottfried Ludewig* (Wagner 2011, 23ff.).

Andere Vorschläge richten sich auf die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene (*Konvent für Deutschland*), die Direktwahl der Ministerpräsidenten, die Beschneidung der Kompetenzen des Bundesrates usw. Weiterreichende Vorstellungen orientieren sich an der Rolle des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik und propagieren ein plebiszitäres Präsidialsystem, in dem dem Präsidenten aufgrund der Direktwahl eine höhere Autorität zukommt als etwa dem Kanzler, der eben ‚nur' vom Parlament gewählt wird. Zudem müsse natürlich, wie Hans Herbert von Armin betont, der Kompetenzbereich des Bundespräsidenten ausgeweitet werden, indem ihm z. B. die „Rekrutierung der Richter, der Beamten etc." (Arnim 2008, zit. nach Wagner 2011, 44) überantwortet werde.

In der *Jungen Freiheit* hört man solche Vorstellungen gerne. JF-Vielschreiber *Thorsten Hinz* beispielsweise brandmarkt in seinem Büchlein *Zurüstung zum Bürgerkrieg* das „staatsideologische Defizit" (Hinz 2008, 29) des westdeutschen Nachkriegsstaates. Dem habe es – Hinz greift hier auf den Carl Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff zurück– an überzeugender und effektiver Staatlichkeit gemangelt, anders ausgedrückt: an staatlicher Autorität und Integrationskraft. Vielmehr „wurden Zusammenhalt und Stabilität durch die Sozialsysteme und durch die soziale Ausgeglichenheit, die sie möglich machten, garantiert" (29f.). Mit der Folge, dass der „Staat [...] zum Adressaten von individuellen Ansprüchen und zur Wohlfahrtsagentur" (30) degeneriert sei. „Forsthoff hielt es", so Hinz, „für ein ‚ehernes Gesetz', daß die Staatlichkeit in dem Maße abgebaut wird, in dem sie sich in Sozialstaatlichkeit verwandelt" (30). Hinz trifft damit den Kern all der sog. ‚Reform'-Projekte, die sich mit demokratischer Rhetorik und heuchlerischer Kritik an der politischen Klasse, der man selbst angehört oder angehören möchte, präsentieren



Alfred Schobert
Analysen und Essays
Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus.
Hg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Moshe Zuckermann
Edition DISS Band 21
Münster: Unrast
ISBN 978-3-89771-750-3
440 S., 29,80 €

Alfred Schobert (* 1963, † 2006) gehörte zu den wichtigsten Experten zum Thema extreme Rechte in Deutschland und Frankreich. Wie kaum ein anderer verstand er es, seine Interventionen auf einem wissenschaftlichen Fundament zu entwickeln. Als Schüler des französischen Philosophen Jacques Derrida arbeitete er an der Schnittstelle von Ideologiekritik und Poststrukturalismus. Seine Arbeiten richteten sich nicht nur an ein wissenschaftliches Fachpublikum. Sie lieferten immer auch wichtige Impulse für eine effektive Arbeit gegen Rechts und für den Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Alfred Schobert war langjähriger Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).
Von seinen etwa 500 Artikeln, Aufsätzen und Vorträgen wurden für diesen Band 30 Texte zur extremen Rechten, zur Geschichtspolitik und zum Poststrukturalismus ausgewählt.

und die im Wesentlichen die Wirtschaft und die Leistungseliten vor sozialstaatlichen Zumutungen bewahren wollen. Dazu bedarf es in der Tat eines – um mit Carl Schmitt zu sprechen – „qualitativ totalen Staates", der vorgeblich kein Beuteobjekt gesellschaftlicher Interessen und in der Lage ist, von sich aus festzulegen und zu bestimmen, in welche gesellschaftlichen Bereiche er *nicht* intervenieren bzw. welche er der ‚Eigenverantwortung' überlassen will.

Postdemokratie und softbonapartistischer Staatsumbau

Die jungkonservative Idee eines plebiszitären Präsidialsystems unter weitgehender Ausschaltung der Parteien ist eine Zielperspektive, die über das hinausgeht, was *Colin Crouch* als Postdemokratie bezeichnet. Es handelt sich Crouch zufolge um einen eigenartigen Zustand, in dem sich die westlichen Demokratien heute befinden. Die zentralen Institutionen der Demokratie sind weitgehend intakt. Formal gesehen funktionieren sie wie eh und je, es gibt eine Parteienkonkurrenz, Wahlen werden abgehalten, Regierungen werden abgelöst und auch die Gewaltenteiltung scheint weiterhin vorhanden zu sein. Tatsächlich aber sind die demokratischen Institutionen „entkernt" (Marie-Christine Kajewski). Am Beispiel der Wahlkämpfe schreibt Crouch, dass „konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte […] so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten." (Crouch 2008, 11) Das geht über klassischen Lobbyismus hinaus, wie Crouch an anderer Stelle betont. Die Vertreter der großen global operierenden Unternehmen säßen „längst nicht mehr in der Lobby, also vor den Kabinettsälen der Regierungen. Sie sind direkt an politischen Entscheidungen beteiligt" (Crouch 2011, 186) und instrumentalisieren die Staatsapparate für ihre Zwecke. Dadurch aber entstehen Legitimitätslücken, da nicht mehr ersichtlich ist, welcher Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und politischer Entscheidungsfindung besteht. Zumal in den letzten Jahren immer deutlicher ins öffentliche Bewusstsein tritt, welche Zumutungen die ominösen Finanzmärkte der Politik servieren, die diese allerdings, das darf nicht vergessen werden, mitzuverantworten hat; und es wird immer deutlicher, wie die faktische Entscheidungsgewalt immer weiter auf internationale Gremien verlagert wird, die im landläufigen Sinne nicht demokratisch legitimiert sind, sondern quasi als eine Art Notstandsregime die Geschicke Europas bestimmen.

In gewisser Weise profitieren die oben skizzierten ‚Reform'-Projekte genau von diesen Legitimitätslücken, die neoliberale Politik produziert hat. Ihr Plädoyer für mehr direkte Demokratie ist der Versuch, Zustimmung bei all denen zu organisieren, die sich von der bestehenden Parteienlandschaft verabschiedet haben. Es ist die Zustimmung für ein autoritär-staatliches Projekt. Thomas Wagner betont, dass sich hier „Vertreter wirtschaftsliberaler Elitekonzepte aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft und die heutigen [jungkonservativen – H.K.] Erben der sogenannten Konservativen Revolution" treffen. „Gewollt ist ein Durchregieren von starker Hand. […] Sie verfolgen eine plebiszitäre Strategie der Systenveränderung, die der italienische Philosoph *Domenico Losurdo* als softbonapartistische Propaganda kenntlich gemacht hat. Ihr politisches Ziel ist die Auflösung der Gesellschaft in vereinzelte Individuen, die in einem direktem Verhältnis zu ihren Führern stehen. Die unteren Klassen sollen über keine schlagkräftigen Parteien, Gewerkschaften oder andere kollektive Möglichkeiten mehr verfügen, mit denen sie den organisierten Interessen des Kapitals wirklich entgegen treten könnten." (Wagner 2011, 125f.)

Literatur

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie, Frankfurt/M.
Crouch, Colin 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin
Hinz, Thorsten 2008: Zurüstung zum Bürgerkrieg, Schnellroda
Hörster-Philipps, Ulrike 1982: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln
Ishida, Yuji 1988: Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt/M.
Schotte, Walther 1932: Der neue Staat, Berlin
Wagner, Thomas 2011: Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus, Köln.

Multiple Krisen im Kapitalismus

Eine Rezension von Jens Zimmermann

Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hg.)
VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus
232 Seiten, EUR 16.80
Hamburg 2011: VSA

Gründe und Ursache für Krisen zu benennen, ist immer auch Teil diskursiver Kämpfe um die Wahrnehmung und Deutung von Krisen. Einen Beitrag zu dieser aktuellen Debatte leistet der in der inhaltlichen Ausrichtung ambitionierte Sammelband VielfachKrise.

Entgegen monokausaler Erklärungsmuster gegenwärtiger Krisenerscheinungen argumentieren die Herausgeber_innen in ihrer theoretischen Einleitung, dass „wir gegenwärtig eine historische Konstellation der multiplen Krise erleben." (13) Als multiple Krise verstehen sie „eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus" (ebd.). Die vier Herausgeber_innen beziehen sich in ihrer Konzeption auf die materialistische Theorie Karl Marx', gehen dabei aber davon aus, dass sich in kapitalistische Produktionsverhältnissen Handlungsfelder mit einer relativen Autonomie entwickeln, deren Logik nicht alleine in ökonomischen Begriffen zu fassen ist: „gesellschaftliche Naturverhältnisse, die Politik, das Recht, die Familie, die Religion, die Kunst oder die Wissenschaft." (12) Für die Bearbeitung von Krisen auf verschiedenen gesellschaftlichen Feldern bedeutet dies, dass sie a) auf je spezifische Art und Weise reguliert werden müssen und es keine monostrategische Lösung gibt und b) die jeweiligen Felder eigene Krisendynamiken entwickeln, welche sich zu räumlich und zeitlich verschiedenen Punkten entladen können (13). Exemplarisch zeigen die vier Herausgeber_innen dieses Analysekonzept an der jeweiligen Eigenlogik der Krise der finanzdominier-

Edition DISS Neuerscheinung:

Margarete Jäger & Heiko Kauffmann (Hg.)
Skandal und doch normal
Impulse für eine antirassistische Praxis
Edition DISS Band 32
Ausstattung: br., ca. 280 Seiten
Preis: ca. 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Schauplätze sind institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag. Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die das Wirken ausgrenzender Diskurse analysiert. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus bekämpfen wollen.

Bedingt durch kulturelle und ökonomische Entwicklungen haben sich die Formen, in denen sich Rassismus artikuliert, verändert. Die AutorInnen analysieren die Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen. Im Spannungsfeld von Skandalisierung und Normalisierung von Rassismus, das in Deutschland anzutreffen ist, sollen so „blinde Flecken" benannt werden, die eine demokratische und emanzipative Zivilgesellschaft verhindern. Dadurch sollen Impulse für eine antirassistische Praxis gegeben werden, in der ein Mehr an Respekt und Menschlichkeit entstehen kann.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Yasemin Shooman, Albert Riedelsheimer, Regina Wamper und Aram Ziai

Susanne Spindler, Iris Tonks (Hg.)
AusnahmeZustände
Krise und Zukunft der Demokratie
Edition DISS Band 15
Ausstattung: br., 160 Seiten
Preis: 19.80 Euro

Normalität ist schwer zu fassen: Sie orientiert sich daran, was innerhalb einer Gesellschaft sagbar ist. Damit ist sie ständigen Veränderungen ausgesetzt. Dennoch lässt sich eine gewisse „common sense"-Definition von Normalität aufspüren.

Normalität ist gespalten: Menschen in anderen Ländern fristen eine Existenz, die aus unserer Sicht als nicht normal bezeichnet werden kann. Die Terroranschläge vom 11.09.2001 lösten einen enormen Denormalisierungsschub aus. Ist heute zwar weitgehend wieder Normalität hergestellt, so ist diese jedoch gleich in mehrfacher Hinsicht gespalten: Vermeintliche Terroristen werden - komplett entrechtet – weggesperrt und Berichte über grausame Folterungen gehen über die Nachrichtensender.

Normalität ist auch überaus prekär: Der als Ausnahmezustand benannten Verarmung wird mit neo-sozialdarwinistischer Politik begegnet. Im Diskurs um den demografischen Wandel lässt werden vermehrt eugenische Konzepte diskutiert, die in die pränatale Diagnostik und Therapie eingreifen. Die Sichtweise auf Einwanderung als Bedrohung statt als Normalfall ethnisiert soziale Probleme. Welche Auswirkungen hat der weltweite Kampf um die Schlüsselressourcen auf Normalität? Die Beiträge diskutieren auch, mit welchen demokratischen Gegenmodellen man der gängigen gesellschaftlichen Praxis um Ausnahmezustände begegnen kann.

ten Akkumulation, der sozial-ökologischen Krise, der Krise der Reproduktion und der Krise der parlamentarischen Demokratie (14-23) sowie an deren Verflochtenheit.

Das Konzept der multiplen Krisen spiegelt sich auch in den weiteren Beiträgen das Sammelbandes wieder, die einzelne Krisenfelder und -dynamiken en detail auffächern. So setzt sich *Thomas Sablowski* in seinem Aufsatz mit wirtschaftswissenschaftlichen Krisen-Theorien auseinander und stellt auch marxistische Ansätze (Profitrate) im Kontext der gegenwärtigen Finanzkrise empirisch auf den Prüfstand. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass sich aktuell von einem finanzdominierten Akkumulationsregime sprechen lässt, welches zu der Ausbeutung der Lohnabhängigen im Produktionsprozess eine „sekundäre Ausbeutung" durch private Kredite, Pensionsfonds und Versicherungen etabliert (39). Auch auf der Unternehmensebene werden Aktienmärkte zu Kontrollinstanzen, über die Druck auf die Unternehmen ausgeübt wird (40). „Fiktives Kapital" (Aktien, Kredit, Derivate etc.) dominiert also zunehmend die gesamtgesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozesse. *Maria Candeias* nimmt ebenfalls die ökonomische Krise zum Anlass, um sie mit Begrifflichkeiten der politischen Theorie Antonio Gramscis zu reflektieren. Candeias stellt in seinem Beitrag die These auf, dass der Neoliberalismus seine „führende" gesellschaftliche Kraft verloren hat und wir uns in einem Stadium der erneuten Transformation des Kapitalismus befinden (45). Diese Phase lässt sich als „Postneoliberalismus" beschreiben, in der sich noch keine neue „hegemoniale Richtung" etabliert hat und so noch Räume für Kämpfe um emanzipative Veränderungen offen sind (60). Auch der Beitrag von *Alex Demirović* greift auf Gramsci und Nicos Poulantzas zurück, um begrifflich detailliert krisenhafte Momente des politischen Betriebs darzustellen. Dabei unterscheidet er im Anschluss an Poulantzas zwischen einer politischen Krise und einer Krise des Staates (74). Politische Krisen zeichnen sich durch Kämpfe zwischen den einzelnen Fraktionen des herrschenden Machtblocks aus, in deren Zuge Hegemonie brüchig wird (71). Eine Verschärfung dieser politischen Krise durch multiple Faktoren kann zu einer Staatskrise führen, in deren Zuge es zu verschärften Widersprüchen zwischen den einzelnen Staatsapparaten und ihrem Handeln kommen kann – also einer teilweisen Erosion staatlicher Macht. (71f.) Demirović folgert, theoretisch fundiert, für Deutschland, „dass es Momente der Legitimationskrise, der politischen Krise und der Staatskrise, jedoch keine Hegemoniekrise gab." (74) Der Staat hat demnach relativ erfolgreich eine „neoliberale Anti-Krisenpolitik" (Abfederung der Krise und Absicherung der Profite) verfolgt und so das Auseinanderbrechen der herrschenden Klassen verhindert.

Wie sich durch die hier kursorisch erfolgte Darstellung der theoretischen und empirischen Ergebnisse der drei Aufsätze schon zeigt, ist die Lektüre des Sammelbandes eine anspruchsvolle Angelegenheit, bei der Grundkenntnisse in den jeweiligen Theorien von Vorteil sind. Was auch daran liegt, dass die Autor_innen allesamt ausgewiesene Kenner_innen der jeweiligen Themen sind. So schreiben mit *Ulrich Brand* und *Markus Wissen* sowie *Achim Brunnengräber* und *Kristina Dietz* Autor_innen, die in den letzten Jahren entscheidend den akademischen Diskurs über Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und sozial-ökologische Transformation mitgeprägt haben. Dazu bietet der Sammelband auch Reflexionen auf aktuelle Krisenerscheinungen und das hegemoniale Geschlechterregime (*Wichterich, König / Jäger*), Reproduktion der Arbeitskraft (*Atzmüller*) sowie Analysen zu Gentrifizierung, städtischen Immobilienmärkten und Auswirkungen der Krisen auf die Raumordnung (Hoering, Heeg, Heeg). Treffend abgerundet wird der Sammelband durch einen Beitrag der Weltsystemtheoretiker *Silver/ Arrighi,* der in historisch-vergleichender Perspektive die aktuellen Krisen-Momente und -Tendenzen aufgreift und in die Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen einordnet.

Der Sammelband *VielfachKrise* stellt sowohl eine theoretische Einführung in die Konzeption multipler Krisen und deren Konstitution und Dynamik dar, als auch eine empirisch fundierte Grundlage kritischer Analysen zuR gegenwärtigen KriseN. Eine Auseinandersetzung mit *VielfachKrise* ist theoretisch anspruchsvoll, aber in jedem Fall lohnend und empfehlenswert. Vor allem im Rahmen politischer Reflexionsarbeit (Lesegruppen, Hochschulseminaren etc.) sind die einzelnen Artikel sehr gut geeignet, da sie auch als Einführung in die jeweiligen Themenbereiche gelesen werden können.

Krise des Kapitalismus und Suche nach Alternativen

Ein Tagungsbericht von Wolfgang Kastrup

Das Thema der 22. Jahrestagung der Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lautete: „Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft – von alternativen Ökonomien zur ökonomischen Alternative zum Kapitalismus". Die Tagung fand vom 30.03. bis zum 01.04.2012 in Bremen statt, in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Initiative e.V., der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen und dem DGB Bremen/Elbe-Weser. Das Tagungsthema war eine Reaktion auf die weltweite Finanzkrise und die dadurch aufkommenden Diskussionen um Alternativen zum Kapitalismus. Es hatte den Anspruch, sich mit Fragen einer Demokratisierung der Wirtschaft, mit der genossenschaftlichen Tradition alternativer Betriebe und der solidarischen Ökonomie zu beschäftigen und Reflexionen jenseits der bislang gescheiterten Sozialismuskonzeptionen zu initiieren.

Dr. Gisela Notz (Berlin) referierte über *Erfahrungen mit alternativen Betrieben in Deutschland.* Sie definierte alternative Wirtschaft als einen Übergangsbereich zwischen der marktorientierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Produktions- und Dienstleistungssektor und der so genannten informellen Ökonomie. Weil Unterschiedliches unter dem Terminus alternative Betriebe subsumiert werde, lägen die Schätzungen in Deutschland zwischen 3000 und 12000 Betrieben mit bis zu 25000 bis 100000 Beschäftigten. Grundsätzlich gelte, dass diese Betriebe selbstverwaltet und nicht hierarchisch organisiert seien, sinnvolle Produkte und Dienstleistungen herstellten, kein privates Eigentum vorläge, gleiche Löhne für gleiche Arbeit gezahlt würden und möglichst keine Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit bestehe. Von den in den 1970er und 1980er Jahren gegründeten Betrieben bestünden noch einige und Neugründungen gebe es vor allem in Berlin. Kommunen seien am weitesten, da sie Leben und Arbeit verbinden. Die Bandbreite der Betriebe erstrecke sich von Druckereien, Buchläden, Theaterprojekten, Teestuben, Umzugskollektiven, Naturkostläden bis hin zu den neuen Frauenläden. Auch die TAZ und die Arbeiterselbsthilfe in Oberursel seien als alternative Betriebe gegründet worden. Von den Gewerkschaften würden sie als romantische Nischen nicht ernst genommen und von den privaten Unternehmern als unlautere Konkurrenz abgelehnt. Als Probleme sieht sie, dass informelle Hierarchien oft schwieriger zu durchschauen und abzubauen seien und dass für Neumitglieder oftmals Beteiligungsdefizite vorlägen. Zwei Drittel aller Betriebe seien nach 10 Jahren noch vorhanden und viele Projekte liefen gut. Kapitalmangel sei der häufigste Grund für die Transformation in private Betriebe. Der oftmals geäußerten Kritik an der Selbstausbeutung stellte sie die Fremdausbeutung entgegen. Macht und Ausbeutung müssten grundsätzlich in Frage gestellt werden, um anders zu arbeiten und besser zu leben.

Die internationale Sichtweise auf solidarische Ökonomien vermittelte anschließend Frau *Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg* (Kassel) mit ihrem Thema *Selbstverwaltete Produktions- und Verbrauchsketten und universitäre Unterstützungsstrukturen.*

Sie machte deutlich, dass bestehende solidarische Ökonomien als Beschäftigungsübernahmen Antworten seien auf Insolvenzen; auf Konzentrationsprozesse reagierten sie durch den Zusammenschluss in Netzen und Ketten, auf Marginalisierung und Arbeitslosigkeit durch solidarische Ernährungs- und Energieversorgungsunternehmen und auf das Ausbluten von Regionen durch die Nutzung regionaler Potentiale und eigener Fertigkeiten. Es gebe vier Charakteristika solidarischer Wirtschaftsunternehmen: 1. Selbstverwaltung, 2. Kooperation, 3. Solidarität mit der Gesellschaft, 4. Ökologie.

Diese gehörten auch zum Leitbild der solidarischen Ökonomie in Brasilien, woran sich die solidarökonomischen Bewegungen weltweit überwiegend orientierten. In Brasilien sei man am weitesten, aber auch in Ecuador, Bolivien, Venezuela, Argentinien und Mexiko gebe es solidarische Ökonomien. Obwohl es verschiedene Organisationsformen gebe, seien Genossenschaften die in vielen Kettengliedern (u.a. Textil, Landwirtschaft, erneuerbare Energien) bevorzugte Form. Genossenschaften seien der Motor einer endogenen, regionalen Entwicklung. Justa Trama (Brasilien) als Beispiel wurde 2005 gegründet, die ökologische Behandlung der Baumwolle begann, und die Kette (ökologische Baumwollproduktion, Spinnerei und Weberei, Fertigung und Verkauf) erarbeitete ein System für faire Preisgestaltung. In Brasilien hätten sich Foren auf regionaler und nationaler Ebene gebildet, und es gebe sogar ein eigenes Staatssekretariat für solidarische Ökonomie, mit dem Auftrag, diese zu fördern.

Auch in Europa gebe es viele Beispiele, so in Spanien, Italien, Frankreich und auch Deutschland (u.a. in Nordhessen). Am bekanntesten sei sicherlich Mondragon, eine im spanischen Baskenland gelegene Ko-

operative, in den 1950er Jahren gegründet und heute aus 256 Firmen mit weltweiten Niederlassungen bestehend. Die Aktivitäten umfassten u.a. den Handel und die Hochtechnologe, verbunden mit einer eigenen Universität. Diese universitäre Unterstützung sei bei der Gründungsberatung, der Begleitung und Auswertung der Projekte sowie der Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen sehr wichtig. Dies zeigten die universitären Unterstützungen von Justa Trama/ Brasilien und von Ardelaine/ Departement Ardèche, Frankreich. Die politische Dimension dieser Selbstverwaltung ziele auf den Aufbau einer anderen Produktionsweise. Ein Atlas der solidarischen Ökonomien existiere.

In der anschließenden Debatte über die Referate ging es u.a. um die Frage der Finanzierung. Kritisch hieß es: „Geld kam in den Beiträgen überhaupt nicht vor, typisch für die Linke". Als Erwiderung wurde u.a. die Regenbogenfabrik in Berlin genannt, die nach einem Aufruf über das Internet den notwendigen Betrag von 80000 € für eine Bürgschaft zusammen bekam. In Ardelaine/ Frankreich habe man durch langes Ansparen eine Erfolgsbedingung geschaffen. Die Frage der Finanzierung wurde aber als wichtiger wie schwieriger Bereich gesehen. Begrüßt wurde ein Beschluss des EU-Parlaments, die Finanzierung der Genossenschaftsbanken zu unterstützen. Notwendig wurde zudem die Gründung eines Instituts gesehen, um Bereiche der solidarischen Ökonomie zu bündeln, zu beraten und wissenschaftlich zu erforschen. Allerdings, so wurde in der Diskussion betont, müsse diese Pionierarbeit daran gemessen werden, inwieweit sie zur Überwindung der Trennung von Kopf- und Handarbeit beitrage, neue Lebens- und Arbeitsverhältnisse schaffe und eine Bewegung mit initiieren könne. Das Gegenteil seien selbstzufriedene Nischen.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie

Nach diesen eher empirischen Ausführungen über alternative Ökonomien stellte sich dann die Frage der theoretischen Einordnung. Prof. Dr. *Alex Demirović* (TU Berlin) referierte über *Wirtschaftsdemokratie – Konzepte und aktuelle Diskussion*. Wirtschaftsdemokratie, ein Begriff aus den Zwanziger Jahren, gehe über heutige Formen der Kontrolle hinaus, erst recht über die heutige Form der Mitbestimmung, denn Betriebsräte seien dem Wohl des Unternehmens verpflichtet, das Streikrecht unterliege dem Tarifrecht. Die Arbeit der Gewerkschaften beschränke sich im Wesentlichen auf die betriebliche Ebene. Die Wirtschaftsdemokratie stelle aber, so Demirović, die Trennung von Politik und Ökonomie in Frage, deshalb sei sie radikal, sie gehe weit über eine reine Betriebsdemokratie hinaus. Sie sei ein allgemeingesellschaftliches Thema, das in der Krise deutlich gemacht werden müsse. Vor allem sei sie kein Thema nur der Gewerkschaften und der Parteien, sondern aller Produzenten und Konsumenten. Und dies sei die entscheidende Frage: Wie können die Produzenten und die Konsumenten zusammen die Wirtschaft kontrollieren und entscheiden? Die Demokratisierung der Demokratie müsse weiter getrieben werden und dürfe nicht politisch behindert werden. Demirović erinnerte an die Kommune-Schrift von Marx: Er habe in der Kommune die territoriale, gesamtgesellschaftliche Perspektive gesehen, während die Gewerkschaften immer nur die Perspektive des Betriebes gesehen hätten.

Prof. Dr. *Michael Krätke* (Lancaster) betonte dann in seinem Referat *Krise und Zukunft im realexistierenden Kapitalismus*, dass die Krise als Chance der Linken gesehen werden könne, Wirtschaftsdemokratie und „Marktsozialismus" zu thematisieren. Natürlich gebe es keine einfache Patentlösung. Diskutiert werden sollte seiner Meinung nach eine Wirtschaftsdemokratie als Mischung aus betrieblicher Demokratie/ Mitbestimmung, einem Genossenschaftsmodell (alle Mitglieder sind Miteigentümer), einer demokratischen wirtschaftlichen Selbstverwaltung bezüglich Sektoren/ Branchen (Kammern/ Räte) und einer demokratischen gesamtwirtschaftlichen Planung und Lenkung. Eine Politisierung aller wirtschaftlichen Probleme und Entscheidungen sei notwendig. Die aktive Partizipation benötige Zeit, Wirtschaftsdemokratie sei anstrengend, da mehr Rechte und mehr Pflichten auf die Bürger zukämen. Märkte blieben erhalten, eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft sei aber denkbar: ohne Arbeitsmärkte, ohne Kapitalmarkt und einer anderen Geld- und Kreditökonomie. Über alles müsse verhandelt und kollektiv entschieden werden. Die Wirtschaft zu übernehmen, bezeichnete Krätke als „freundliche Übernahme" und betonte den rechtsstaatlichen Charakter einer Wirtschaftsdemokratie. Dies Sozialismus zu nennen, sei nicht notwendig, wohl habe er die Hoffnung auf eine freiere und rationalere Gesellschaft.

Den historisch-politischen Bezug vermittelte Prof. Dr. *Michael Buckmiller* (Hannover). Er ging in seinem Referat *Zum Verhältnis von parlamentarischer und Rätedemokratie* vor allem auf das Konzept der Räte bei Karl Korsch (1886 -1961, Mitglied der KPD, 1926 ausgeschlossen) ein. Korsch habe in der Frage der Sozialisierung ein basis- bzw. rätedemokratisches Konzept entwickelt. Eine reine Verstaatlichung habe er wegen der Gefahr bürokratischer Erstarrung abgelehnt. Die kapitalistische Privatwirtschaft sollte vielmehr durch die sozialistische Gemeinwirtschaft ersetzt werden. Es sollte nicht mehr für den Markt, sondern für den Bedarf gewirtschaftet werden. Um diesen zu ermitteln, müsste das Rätesystem, quasi als eine Art Konsumentenorganisation, eine öffentliche Bedarfsfeststellung herbeiführen. Die Arbeiter produzierten in den Betrieben in eigener Verantwortung, konkurrierende Betriebe müssten in Syndikaten zusammengeführt werden. Dieses Rätesystem sollte begleitet werden von einer sozialistischen Schulungsarbeit, einer Erziehung zum Sozialismus. Als Modell gesellschaftlicher Mitbestimmung und Partizipation sei, so Buckmiller, das Rätesystem eine radikale Demokratie, die eine höhere Einbindung der Menschen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ermögliche. Die Grundprinzipien der Rätedemokratie, die umfassende Demokratisierung, die Formen direkter Demokratie widersprächen im Übrigen nicht dem Grundgesetz.

Insgesamt zeigten die Vorträge der Tagung, dass die kreativen Versuche und Praxen der solidarischen Ökonomien und Selbstverwaltungsgesellschaften durch theoretische Zugriffe einer kritischen Wissenschaft untersucht und begleitet werden müssen. Wenn auch die Referate teilweise zu lang und die Diskussionsmöglichkeiten zu kurz ausfielen, hat die Tagung der Loccumer Initiative sich dem Thema erfolgreich gestellt und neue Perspektiven eröffnet. Die praktischen Projekte und deren wissenschaftliche Begleitung müssen weiterentwickelt werden, um den „Träumen vom besseren Leben" (Ernst Bloch) ein Stück näher zu kommen. Man darf gespannt sein auf den Band, der zu dieser Tagung in der Reihe der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erscheinen wird.

Eine ungekürzte Version dieses Artikels mit Berichten zu allen Referaten dieser Tagung ist abrufbar im DISSkursiv Blog.

„Eine Theorie des kapitalistischen Staates muss die Metamorphosen ihres Gegenstandes kennen."

Helmut Kellershohn erklärt, warum es sich lohnt, Poulantzas zu lesen.

Selten stoßen wir auf Bücher, deren Titel als diskrete Aufforderung verstanden werden soll, Autoren zu lesen oder, besser gesagt, neu zu lesen, die bereits tot sind. Bei längst verstorbenen Klassikern erscheint dies angebracht. Lire le Capital, 1968 von Louis Althusser, Etienne Balibar und anderen verfasst, war ein solches Werk. Es fehlte nur das Ausrufezeichen. Unlängst veröffentlichten Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam und Ingo Stützle einen Sammelband (Hamburg 2006), der einen Autor zu den ‚Altären' der Klassiker erhob, der erst ein paar Jahre zuvor gestorben war: Nicos Poulantzas schied 43-jährig im Oktober 1979 durch Freitod aus dem Leben. Der Titel des Buches lautet: Poulantzas lesen.

Nicos Poulantzas, 1936 in Athen geboren, lehrte vor allem in Frankreich, nach 1968 an der Reformuniversität Vincennes, wo auch Foucault und Deleuze unterrichteten. Dieses Zusammentreffen ist nicht uninteressant. Der Marxist Poulantzas arbeitete sich an Theoretikern wie Foucault oder Lacan ab, die die damalige Linke in Westdeutschland, wie Sebastian Reinfeldt schreibt, „überwiegend nur mit spitzen Fingern angefaßt hatte: […] seine Texte sind von ihrem philosophischen Gehalt her Leseprotokolle eines offenen, wenn auch parteiischen Zugangs zu diesen Theorien. Mithilfe von Foucault und Althusser war er in der Lage, sich aus den Erstarrungen des damals etablierten Marxismus zu lösen, zugleich konnte er eine sensible marxistische Kritik an ihnen vortragen." (Reinfeldt 2006, 1)

Wider den „formalistischen Theoretizismus"

Poulantzas kritisierte an der damals in Westdeutschland betriebenen sogenannten „Staatsableitungsdebatte" deren „formalistischen Theoretizismus". In seinem 1978 erschienenen Hauptwerk zur materialistischen Staatstheorie *L'État, le pouvoir, le socialisme*, in der deutschen Übersetzung kurz mit *Staatstheorie* (Hamburg 2002) betitelt, wird dies erläutert: Er meint damit den Ansatz, den Staat allein aus der „ökonomischen Struktur" des Kapitals abzuleiten und Klassen- und Volkskämpfe und politische Herrschaft nur soweit zu berücksichtigen, „um die sekundären Konkretisierungen und Besonderheiten dieses Staates in der historischen Wirklichkeit erklären zu können" (155). Diese Trennung übersieht jedoch Poulantzas zufolge, dass der Staat nur in seinen „spezifischen Formen" existiert, die sich historisch entwickeln und „historischen Transformationen" (156) unterworfen sind. Die Kämpfe und die politische Herrschaft rücken damit als Kategorien der Staatsanalyse in einer Weise, die er zu klären beabsichtigt, in das Zentrum der Staatstheorie. Anders ausgedrückt: eine Theorie des Staates muss notwendigerweise eine historische Theorie sein. „Wenn diese Theorie auch nicht eine bloße Nach- oder Aufzeichnung der Genealogie des kapitalistischen Staates sein soll, ist sie doch nur möglich, wenn sie die historische Reproduktion dieses Staates bewusst macht: den Staat in den verschiedenen Phasen oder Stadien des Kapitalismus (liberaler Staat, interventionistischer Staat, gegenwärtiger autoritärer Etatismus), die Ausnahmeformen (Faschismus, Miltärdiktaturen, Bonapartismen) und Regierungsformen dieses Staates. Eine Theorie des kapitalistischen Staates muss die Metamorphosen ihres Gegenstandes kennen" (154).

Poulantzas schließt daran an mit seiner These, dass der kapitalistische Staat nur zu begreifen sei „*als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt*" (159; Hervorh. i. Orig.), und das heißt eben auch: in historisch spezifischer Form. Poulantzas, der sich in den 70er Jahren für den Eurokommunismus engagierte, grenzte sich damit gegen zwei staatstheoretische Konzeptionen ab, repräsentiert in der Arbeiterbewegung durch den Marxismus-Leninismus und, auf dem entgegengesetzten Pol, durch die Sozialdemokratie:

- Die eine Konzeption begreift den „Staat als *Sache*", d.h. als Instrument, als „neutrale[s] Werkzeug" einer „einzigen Klasse oder Fraktion" (160). Poulantzas kritisiert hier vor allem die marxistisch-leninistische Doktrin vom staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die Instrumentalisierung und Manipulierung des Staates durch die Monopole vernachlässige die „eigenständige Materialität des Staates" (160). Das eigentlich politische Problem werde in der Rolle der Staatsmacht gesehen, die Apparatur des Staates dagegen werde neutralisiert.

- Die andere Konzeption betrachtet den „Staat als *Subjekt*" im Sinne einer „absolut gesetzte[n] Autonomie" (160). Diese Konzeption verweise auf Hegels Staat als „Vernunftinstanz der bürgerlichen Gesellschaft", bei Max Weber und der „institutionalistisch-funktionalistischen" politischen Soziologie (Bürokratie- und Elitemodell) werde sie säkularisiert. In der Sozialdemokratie dominiere die Vorstellung, der Staat sei eine Art „Schiedsrichter zwischen den gesellschaftlichen Klassen" (162).

Relative Autonomie des Staates

Die beiden kritisierten Auffassungen des Staates implizieren ein bestimmtes Beziehungsmuster zwischen Staat und sozialen

Klassen. Poulantzas definiert dieses Beziehungsmuster (besonders zwischen Staat und herrschender Klasse) als *äußerlich*. Was heißt das?

„Entweder unterwerfen sich die herrschenden Klassen den Staat (als Sache) durch ein Spiel von ‚Einflussnahmen' und pressure groups oder aber der Staat (als Subjekt) unterwirft sich die herrschenden Klassen. In dieser äußerlichen Beziehung werden Staat und herrschende Klassen immer als in sich begründende Wesenheiten gesehen, die sich frontal gegenüberstehen und von denen jede soviel Macht besitzt wie der anderen fehlt. Dies entspricht einer traditionellen Konzeption, die die Macht in einer Gesellschaft als gegebene *Menge* ansieht, der Konzeption der *Macht als einer Nullsumme.* Entweder absorbiert die herrschende Klasse den Staat, indem sie ihn seiner Macht beraubt (Staat als Sache), oder aber der Staat widersteht der herrschenden Klasse und entzieht ihr die Macht zu seinem eigenen Nutzen (Staat als Subjekt …)" (162; Hervorh. i. Orig.).

Beide Male wird die relative Autonomie des Staates, die Poulantzas immer wieder hervorgehoben hat, aufgelöst: entweder durch die Negation jedweder Autonomie (Staat als Sache) oder durch die Setzung einer absoluten Autonomie (Staat als Subjekt). Beide Auffassungen können „die Etablierung der staatlichen Politik zugunsten der herrschenden Klassen nicht erklären" (163). Der Staat als Subjekt „kennt" keine herrschenden Klassen, der Staat als Sache dagegen funktioniert an sich neutral und wird nur durch die Benutzung Gegenstand von Klassenpolitik (dann fragt sich aber: warum bedarf es überhaupt des Staates).

Poulantzas verweist darüberhinaus auf ein weiteres Problem, nämlich das „der *internen Widersprüche des Staates*" (162, Hervorh. i. Orig.). In beiden Konzeptionen nämlich erscheint der Staat als „monolithischer Block ohne Risse". Widersprüche gibt es hier entweder nur als „externe Reibungen (Einflüsse, Pressionen) der Teile und Getriebe der Staatsmaschinerie oder des Staatsinstruments" von Seiten irgendwelcher Interessengruppen der herrschenden Klasse (Staat als Sache) und sind allenfalls zweitrangig; oder aber es gibt sie nur insofern, als sie sekundär das Funktionieren des Staates als Subjekt durch „Reibungen und Antagonismen zwischen verschiedenen politischen Eliten und bürokratischen Gruppen" beeinträchtigen. „In einem Fall liegen die Klassenwidersprüche außerhalb des Staates; im anderen liegen die Widersprüche des Staates außerhalb der gesellschaftlichen Klassen." (165) Poulantzas dagegen betont: „*Die Etablierung der staatlichen Politik muss als Resultante der in die Struktur des Staates (der Staat als Verhältnis) selbst eingeschriebenen Klassenwidersprüche verstanden werden*" (162; Hervorh. i. Orig.) Die Klassenwidersprüche samt der mit ihnen verbundenen Dominanzen und Abhängigkeiten „konstituieren den Staat: Sie liegen in seinem materiellen Gerüst und bauen so seine Organisation auf. Die Politik des Staates ist die Auswirkung ihrer Funktionsweise im Innern des Staates" (164).

Es gehört zu den Vorzügen von Poulantzas' Theorie, dass sie weder einen platten Ökonomismus und Instrumentalismus noch einen reinen Politizismus argumentativ vertritt. Im Mittelpunkt steht die „Analyse von Kräftekonstellationen innerhalb der Staatsapparate und der selektiven Repräsentation gesellschaftlicher Interessen […], wodurch der kritischen Auseinandersetzung mit staatlichen Apparaten eine neue theoretische Grundlage gegeben wird." (Bretthauer u.a. 2006, 12)

Poulantzas-Literatur

In den letzten Jahren hat das *(Re)reading Poulantzas* (Clyde W. Barrow) deutlich zugenommen. Man kann von einer regelrechten Poulantzas-Konjunktur sprechen. Einige Beispiele: Neben dem erwähnten Sammelband von Bretthauer u.a. ist hier vor allem die überaus verdienstvolle Arbeit von Alex Demirovic (2007) zu erwähnen, mit der eine Gesamtwürdigung des Beitrages von Poulantzas zur materialistischen Staatstheorie vorliegt. Es handelt sich um eine erheblich erweiterte Auflage seines Buches von 1987. Joachim Hirschs , *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems* (2005) verdankt sich nicht zuletzt einer Synthese von Poulantzas und der von diesem kritisierten Staatsableitungsdebatte. Aus der Hirsch-Schule ist vor allem John Kannankulams Arbeit *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas* (2008) zu erwähnen, die sich speziell der von Poulantzas analysierten aktuellen Gestalt des kapitalistischen Staates widmet.

Zwei Sammelbände in der vom Nomos-Verlag herausgegebenen Reihe *Staatsverständnisse* thematisieren zum einen das Staatsverständnis von Marx (Hirsch/ Kannankulam/ Wissel 2008), zum anderen das von Poulantzas (Demirović/ Adolphs/ Karakayali 2010). Im ersten Band stellt Stephan Adolphs, der übrigens in den 1990er Jahren im DISS-Zusammenhang tätig war – einen anregenden Vergleich zwischen Foucault und Poulantzas vor; im zweiten Band bearbeiten Adolphs und der ebenfalls aus dem DISS-Zusammenhang stammende Serhat Karakayali das *Verhältnis von Wissen und Macht* bei Poulantzas und untersuchen auch hier die Bezüge zu Foucault.

Adolphs, Stephan 2008: Geschichte der Gouvernementalität oder materialistische Staatstheorie? Michel Foucault und Nicos Poulantzas im Vergleich, in: Hirsch u.a. 2008, S. 180-202

Adolphs, Stephan/ Karakayali, Serhat 2010: Zum Verhältnis von Wissen und Macht in der Staatstheorie von Poulantzas, in: Demirović u.a. 2010, S. 151-172

Bretthauer, Lars/ Gallas, Alexander/ Kannankulam, John/ Stützle, Ingo 2006: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg: VSA-Verlag

Demirović, Alex 2007: Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot

Demirović, Alex/ Adolphs, Stephan/ Karakayali, Serhat 2010: Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis [= Staatsverständnisse Bd. 30], Baden-Baden: Nomos

Hirsch, Joachim 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA-Verlag

Hirsch, Joachim / Kannankulam, John/ Wissel, Jens 2008: Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx [= Staatsverständnisse Bd. 18], Baden-Baden: Nomos

Kannankulam, John 2008: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg: VSA-Verlag

Poulantzas, Nicos 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop, Hamburg: VSA-Verlag

Reinfeldt, Sebastian 2006: Niemals den Klassenkampf vergessen! Poulantzas und Althusser (http://www.episteme.de/htmls/Reinfeldt-Poulantzas-Althusser.html)

Foto: otzberg/flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)

Sprung nach links?

Zu den jüngsten Wendungen im FAZ-Feuilleton

Von Sebastian Friedrich

Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), erklärte im Sommer 2011, er beginne zu glauben, dass die Linke recht hat. Drei Monate später feierte er ebenfalls im FAZ-Feuilleton ein Buch des Anarchisten David Graeber als „Befreiung". Lorenz Jäger erklärte zuvor an gleicher Stelle, er sei nun kein Rechter mehr. Steuert mit dem FAZ-Feuilleton das Leitmedium der konservativen Elite nach links?

Ausgangspunkt für Schirrmachers vermeintliches Linksbekenntnis war ein Aufsatz des konservativen Publizisten Charles Moore mit dem Titel „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat", der im Juli 2011 im Daily Telegraph abgedruckt wurde und in England eine Debatte auslöste. Moore äußerte in seinem Rundumschlag Kritik am Bankenwesen und an den verantwortlichen Politiker*innen*. In seinem Beitrag wartete er mit links-konnotierten Diskursfragmenten auf, etwa, dass die Arbeiter*innen* ihre Jobs verlören, damit die Bänker*innen* in Frankfurt und die Bürokrat*innen* in Brüssel beruhigter schlafen können. Frank Schirrmacher bekannte sich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) am 14.8.2011 in ähnlicher Weise wie Moore. Er überschrieb seinen Beitrag mit dem gleichen Titel und zitierte Moore mit Sätzen wie „Globalisierung (...) sollte ursprünglich nichts anderes bedeuten als weltweiter freier Handel. Jetzt heißt es, dass Banken die Gewinne internationalen Erfolgs an sich reißen und die Verluste auf jeden Steuerzahler in jeder Nation verteilen." Schirrmacher stimmte Moore zu und fragte sich, ob er angesichts dieser Entwicklungen als Konservativer richtig gelegen habe.[1] Die Beiträge von Moore und Schirrmacher ließen linksliberale Kommentator*inn*en zuweilen jubeln. Nur wenige, wie Wolfgang Michal im Freitag (25.8.2011), zeigten sich skeptisch: „Während die ausgedörrte Linke frohlockt und sich dankbar zeigt, dass der politische Gegner einsieht, ein Leben lang an etwas Falsches geglaubt zu haben, geht es den Konservativen doch eher um die Erlangung der benötigten Persilscheine – so kurz vor dem befürchteten Kladderadatsch." Und in der Tat: Auf den zweiten Blick geht es weder in den Beiträgen Moores noch in dem Artikel Schirrmachers um eine Hinwendung zu linken Ideen, sondern viel eher um eine Restauration des Konservativismus und um die Rettung der Sozialen Marktwirtschaft.

So zielt etwa die Kritik Moores nicht auf die Idee des Kapitalismus, sondern im Gegenteil auf die Politiker*innen*, die sich in das Gewinnen und Verlieren des freien Marktes einmischen. Moore stellt

1 Schirrmachers Bekenntnis folgten kurz darauf weitere Beiträge von Gastautoren, die in eine ähnliche Richtung gingen. Zum Beispiel Jens Beckert und Wolfgang Streeck am 20.8.2011 oder Stephan Schulmeister zwei Wochen später.

dem jetzigen System kein ‚linkes' entgegen, sondern einen marktfundamentalistischen Neoliberalismus im Sinne von Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Auch Schirrmacher plädiert letztlich für das Wiederfinden „bürgerlicher Gesellschaftskritik". Dass sein Beitrag nicht als Aufkündigung der Verbindung von Konservativismus und Kapital zu deuten ist, zeigt sich an seiner Huldigung von Ludwig Erhard. So wäre etwa ein Schweigen wie das von Angela Merkel zum Bruch aller bürgerlich-moralischen Maßstäbe in der Krise unter Erhard undenkbar gewesen. Sprachlos machte Schirrmacher überdies der „endgültige Abschied von Ludwig Erhards aufstiegswilligen Mehrheiten". In dieser Sprachlosigkeit kommt konservatives Klassendenken zum Ausdruck. Zwar wünscht Schirrmacher die Chance des sozialen Aufstiegs und kritisiert somit implizit den klassischen Konservativismus, bei dem alles so bleiben soll, wie es ist: Der Sohn des Bauern bleibt Bauer, der Sohn des Arztes bleibt Arzt. Aber Schirrmacher hält weiter an der Klassengesellschaft fest, in der es neben den aufsteigenden Gewinnern nun mal auch Verlierer geben muss.

Alle, die nur an eine kurze Laune des Feuilletons dachten, wurden Anfang Oktober 2011 überrascht. Eine offizielle Bekanntmachung von Lorenz Jäger (5.10.2011) löste allgemeine Aufregung aus: Der von Habermas einst als Rechtsaußen des FAZ-Feuilletons bezeichnete Lorenz Jäger verkündete, dass er fortan kein Rechter mehr sei. Er verstehe nicht mehr, warum die Konservativen zum Beispiel „den menschengemachten Klimawandel für Panikmache von Gutmenschen und die Umweltauflagen gegenüber der Industrie für eine sozialistische Erfindung halten". Der Konservativismus sei zu einer „Ideologie der Großindustrie und der Kriegsverkäufer geworden" und habe sich selbst verraten, weshalb die Zeit gekommen sei, „Adieu" zu sagen. Mit dieser Sichtweise betreibt Jäger jedoch das, was man auch Geschichtsklitterung nennt. Denn bekanntlich hat sich der deutsche Konservativismus bislang immer als zuverlässiger Bündnispartner von Militär und Großindustrie sowie als Gegner der Demokratie erwiesen, wie Volker Weiß anlässlich der Erklärung von Jäger bei publikative.org treffend (23.10.2011) festgestellt hat. Nach 1945 hat sich, so Volker Weiß, der Konservativismus neu orientiert, um die von ihm nicht favorisierte Demokratie und Massengesellschaft einigermaßen kontrollieren zu können. Das Bemerkenswerteste an Jägers rufendem Abgang sei, dass dieser „seinem Lager mit den urkonservativen Argumenten der politischen Souveränität, der gesellschaftlichen Balance und des Bewahrens der Schöpfung von der Fahne geht". Jäger verabschiedet sich also keinesfalls vom Konservativismus, sondern nur von einem, wie er es nannte, „Pseudokonservativismus" und „Neokonservativismus", der ihm zu widersprüchlich, zu zahnlos und stumpf geworden ist. Hinter Jägers „Adieu" steckt, wie auch bei Frank Schirrmacher, der Wunsch nach Restauration des deutschen Konservativismus und nach Abgrenzung von den Schmuddelkindern rassistischer Islamkritik und der Großindustrie.

Bürgerliches Unbehagen

Anfang November 2011 war es erneut Frank Schirrmacher, der die Aufmerksamkeit auf sich zog. Er schrieb, dass die Demokratie mehr und mehr zu Ramsch verkomme (FAZ vom 2.11.2011). Grund für diese Einschätzung war die öffentliche Kritik an der überraschenden Ankündigung des damaligen griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou, ein Referendum über die Sparauflagen abhalten zu lassen, die zuvor beim Euro-Gipfel in Brüssel beschlossen worden waren. Die Kritik an Papandreou zeige, so Schirrmacher, dass beim Machtkampf um den Primat zwischen Ökonomie und Politik letztere massiv an Boden verloren habe. Fast verzweifelt fragte sich der FAZ-Mitherausgeber: „Sieht man denn nicht, dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen?" Weniger Tage später sprang Jürgen Habermas Schirrmacher in seiner Sorge um die Postdemokratie zur Seite. Das griechische Desaster sei eine deutlich Warnung vor dem „postdemokratischen Weg" von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy.

Die Beiträge von Schirrmacher und Habermas ließen einen maßgebenden Impuls für die Offensive im FAZ-Feuilleton zum Vorschein bringen: die Angst der intellektuellen Elite, zugunsten von ökonomischen „Sachzwängen" und postulierter „Alternativlosigkeit" kaum noch Gehör bei den wesentlichen Debatten zu finden. Diese nicht von der Hand zu weisende Befürchtung wird in der FAZ wesentlich über den Begriff „Postdemokratie" in Anlehnung an Colin Crouch (2008) vermittelt. Crouch zufolge werden die demokratischen Institutionen zunehmend ausgehöhlt durch die Eliten der Wirtschaft, auf die sich die Macht in wachsendem Maße konzentriere. Crouchs Überlegungen werden seit Erscheinen seines Buchs breit rezipiert, wobei „Postdemokratie" häufig verkürzt als Legitimations- oder Repräsentationskrise verstanden wir. Seltener wird in der Rezeption darauf verwiesen, dass nach Crouch in einer Postdemokratie auch die Klassenverhältnisse verdeckt werden. In Johannes Agnolis und Peter Brückners „Transformation der Demokratie" (1967) wurde dieser Aspekt noch klarer herausgearbeitet. Agnoli / Brückner zeigten knapp 40 Jahre vor Crouch, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zu einem bloßen Interessenspluralismus reduziert wird, bei dem es im Wesentlichen um die Machtkonkurrenz unterschiedlicher Führungseliten geht. Diese Aspekte des Klassencharakters der „Postdemokratie" werden auch gegenwärtig im bürgerlichen Feuilleton nicht thematisiert – die Analysen verbleiben auf der Ebene eines Unbehagens.

Im Herbst des vergangenen Jahres schien sich das FAZ-Feuilleton von Woche zu Woche zu radikalisieren. Weiterer Ausdruck dieser vermeintlichen Radikalisierung war eine Rezension von David Graebers Buch „Debt" (2011). Graeber zufolge wirkten Schulden seit jeher als Herrschaftsinstrument, und umgekehrt entstanden Revolutionen fast immer aus einer Situation der Überschuldung. Schirrmacher feierte das Buch in der Sonntagsausgabe vom 13.11.2011 als „Befreiung". Es sei ein „herrliches und hilfreiches Buch", eine „Offenbarung". Graeber würde es schaffen, „dass man endlich nicht mehr gezwungen ist, im System der scheinbar ökonomischen Rationalität auf das System selber zu reagieren". Schirrmacher war tief beeindruckt von Graebers Buch, insbesondere weil die letzten Seiten etwas mit Gehirn und Bewusstsein tun würden: „Sie machen klar, dass wir es selber sind, die über unsere Symbole und deren Macht entscheiden." Dieses überschwängliche Lob korrespondiert mit der durchgängig positiven Bezugnahme auf die Occupy-Bewegung im FAZ-Feuilleton.[2]

2 In dichter Folge erschienen nach der Rezension von Graebers Buch vier weitere Beiträge in der FAZ, die sich der Debatte widmeten. Der linke Sozialdemokrat Albrecht Müller erhoffte

Seit Januar 2012 ist es vergleichsweise ruhig im FAZ-Feuilleton geworden. Abgeflaut ist die Debatte aber keinesfalls. Das Feuilleton schielt nach wie vor demonstrativ nach links. So fragte etwa am 28.1.2012 Uwe Ebbinghaus auf zwei ganzen Seiten, ob nach dem Scheitern des Sozialismus der Anarchismus die linke Utopie der Zukunft sei. Ebbinghaus schaffte es zwar, eindringlich über die Protestformen der Occupy-Bewegung zu schreiben, den Bogen über die Piratenpartei und Stuttgart 21 zu schlagen und nach kurzen Erörterungen der Ideen Bakunins und Kropotkins viele der aktuellen Protestbewegungen als irgendwie anarchistisch zu kennzeichnen. Zur Absicherung seiner Aussagen zog er David Graeber heran. Mit keinem Wort erwähnte er allerdings den inhaltlichen Gehalt anarchistischer Politik jenseits von horizontalen Strukturen, Konsensprinzip und Guy-Fawkes-Masken. Proteste, die tatsächlich Überschneidungen mit anarchistischen Praxen im ‚Hier und Jetzt' aufweisen, werden lediglich in ihrer Form positiv bewertet.

Foto: heipei/flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Krise und Restauration des Konservativismus

Auch die Beiträge, die in den letzten Wochen und Monaten im FAZ-Feuilleton erschienen sind, beinhalten im Wesentlichen die Aussagen, die hier exemplarisch dargestellt wurden. Es wird ein „Ausufern" des Kapitalismus und eine Tendenz in Richtung Postdemokratie im Sinne von Crouch ausgemacht. Diese Probleme werden auf die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte und das sich Abkapseln der politischen und insbesondere der wirtschaftlichen Elite zurückgeführt. Grundsätzlich hätte sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft abgekoppelt und zu einem „Finanzkapitalismus" entwickelt. Dieser wird kritisiert, während der „Realkapitalismus" positiv besetzt bleibt. Der vermeintliche „Antikapitalismus" stellt sich insbesondere als Verteidigung bzw. Plädoyer für die Rückeroberung der Sozialen Marktwirtschaft dar. Dabei lässt die FAZ durchaus auch ‚linke' Stimmen zu Wort kommen. Die Entwicklung in Richtung Postdemokratie und radikalem Finanzkapitalismus müsse schnell gestoppt werden. Protestbewegungen wie die Indignados in Spanien und die Occupy-Bewegung werden positiv dargestellt.

Von vielen Linken, Sozialdemokratinnen und Linksliberalen wurde die Tendenz im FAZ-Feuilleton mit Aufmerksamkeit und Zustimmung aufgenommen. So verfolgte beispielsweise Albrecht Müller die Entwicklungen ausführlich auf den Nachdenkseiten und bot ein Dossier mit den wichtigsten Beiträgen an. Wie in seinem Beitrag in dieser Reihe selbst, kommentierte er auch am 9.12.2011 auf den Nachdenkseiten sehr positiv: „Die Frankfurter Allgemeine leistet mit einer Serie von Essays in FAZ und FAS einen bemerkenswerten Beitrag zur Aufklärung über die Finanzkrise, über die Abhängigkeit der Politik von der Finanzwirtschaft und damit über die Gefährdung der demokratischen Willensbildung."

Und es kann in der Tat von Nutzen für die Linke sein, wenn auch in der konservativen Presse teilweise linke Positionen zu Wort kommen. Doch die scheinbare Wende im FAZ-Feuilleton und das ‚Umgarnen' durch die (oder ‚der') Linke(n) könnten auch einen fatalen Effekt mit sich bringen. Karl Kraus merkte einmal an: „Das Geheimnis des Agitators ist, sich so dumm zu machen, wie seine Zuhörer sind, damit sie glauben, sie seien so gescheit wie er." Übertragen auf die Debatte um das FAZ-Feuilleton bedeutet das, dass die als ‚links' erscheinenden Geistesblitze in den bürgerlichen Feuilletons darauf abzielen und bewirken, die kulturelle Hegemonie über Gesellschaftskritik weiter zu festigen.

Denn zugleich haben wir es derzeit mit einer Situation zu tun, in der keine ernsthafte ‚Gefahr' von links ausgeht. Wäre dies der Fall, wären die zitierten Linksbekenntnisse seitens der Konservativen als Strategie denkbar, ‚linke' Positionen in einen gesamtgesellschaftlichen Konsens einzubinden und sie im Sinne des kapitalistischen Projekts zu normalisieren. Doch davon kann momentan keine Rede sein. Obwohl selten antikapitalistische Thesen so sehr bestätigt wurden wie in der billionenschweren Rettung von Banken, vermochte es die ‚Linke' bisher nicht, von einer der schwerwiegendsten Legitimationskrisen des Kapitalismus zu ‚profitieren'. Es fehlt ihr offenbar an schlagkräftigen Analysen und vor allem an der offensiven Vermittlung der vorhandenen.

Da von der ‚Linken' aber im Augenblick wenig zu befürchten ist, muss sie als Gegner im Kampf um Deutungshoheit auch nicht besonders ernst genommen werden und kann daher als diskursives Ersatzteillager Verwendung finden. Beides zusammengedacht, einerseits die schwache Position linker Ideen in den Deutungskämpfen und andererseits soziale Proteste wie in England, aber auch in vielen anderen Ländern, ergibt folgende Situation: Die Verhältnisse spitzen sich zwar zu, gleichzeitig sind explizit linke Alternativen im Mainstream bedeutungslos. Genau diesen Zustand nutzt die ‚bürgerliche Gesellschaftskritik' für sich. Linker Antikapitalismus wird ersetzt durch (sozial-)marktwirtschaftliche ‚Kapitalismuskritik', die sich nicht gegen die Logik der Wirtschaftsordnung richtet, sondern gegen einzelne „Auswüchse". Die hin und wieder geäußerte Gesellschaftskritik versickert oder wird kanalisiert, indem kapitalismuskritische Positionen eingebunden werden. Die im Feuilleton sich äußernde Krise des Konservativismus als moralischer Bodyguard des Kapitalismus ist insofern nicht zwingend ein Grund zu Freude.

---

sich einen Pakt „gegen Zyniker, Spieler und Spekulanten, einen Pakt aller Werte schaffenden und an Werten orientierten Bürgerinnen und Bürger", der von „Wertkonservativen bis zu demokratischen Linken" reiche (23.11.2011). Anschließend kam zweimal Michael Hudson zu Wort, an dem sich auch Graeber orientiert (3.12./4.12.2011). Für den nächsten Coup sorgte dann Sahra Wagenknecht, die darauf insistierte, sich von der Abhängigkeit von den privaten Kapitalmärkten zu befreien (8.12.2011).

Recht auf die Stadt

Mehr Bewegung in der festgefahrenen Entwicklung Duisburgs?

Von Niels Jansen und Björn Ochs

„Woanders ist auch scheiße", so lautet die Überschrift eines Spiegel-Online-Berichts über Kultur und Nachtleben in Duisburg. Doch ist es wirklich woanders genau so schlecht? Gibt es noch Hoffnung für die westlichste Stadt im Ruhrgebiet, die gezeichnet ist von hoher Verschuldung und zunehmender Perspektivlosigkeit ihrer BewohnerInnen? Duisburg, nach wie vor eine der größten Städte in der BRD, produzierte in den letzten Jahren keine positiven Schlagzeilen, die das Image großartig verbessert hätten. Allen Strukturwandelprojekten zum Trotz bleibt unterm Strich eine langsam untergehende Stadt: Verfallende Stadtteile, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Segregation, eine mit sich selbst und mit Korruption sowie Inkompetenz belastete Stadtverwaltung zeigen das aktuelle Gesicht der Stadt. Gegen diese Misstände engagieren sich seit geraumer Zeit Menschen, die ‚ihre' Stadt noch nicht aufgegeben haben.

Mit einer Nachttanzdemo[1] sollte auch Anfang Juni 2012 den Forderungen nach einem Ort für selbstverwaltete, unabhängige Kultur und Politik in Duisburg Nachdruck verliehen werden. In den Nachbarstädten Mühlheim und Oberhausen existieren solche autonomen bzw. sozio-kulturellen Zentren. Warum aber gibt es in Duisburg, das mehr als doppelt so viele Einwohner wie diese beiden Städte zusammen hat, keinen solchen Ort?

Duisburg hat eine dynamische Entwicklungsgeschichte, die vor allem durch Industrialisierung und Deindustrialisierung geprägt ist. Zu Beginn der 1970er Jahre wurden in Duisburg etwa 45% des gesamten Roheisens und -stahls der Bundesrepublik Deutschland hergestellt; die drei Stahlunternehmen Thyssen, Krupp und Mannesmann erwirtschafteten annähernd 2/3 des Industrieumsatzes der Stadt und beschäftigten 1970 mehr als 25% aller Arbeitnehmer. (vgl. Glock 2006. 82)
Von 1976 bis 2002 sank die Zahl der insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Duisburg um annähernd 30%. Dies drückt sich auch in den Ar-

1 Vgl. http://www.ruhrbarone.de/interview-zur-duisburger-nachttanzdemo-man-bleibt-hier-gerne-alten-mustern-treu/.

beitslosenquoten aus, die von 1985 bis 2005 durchschnittlich bei 14% lagen. (Vgl. ebd., 85 ff.) Neben der ökonomischen ist auch eine demographische Schrumpfung in Duisburg zu beobachten.[2] Dabei verliert die Stadt seit 1975 (615.388), mit Ausnahme der Jahre um die Wiedervereinigung, kontinuierlich Einwohnerinnen. Ende Juni 2010 wohnten noch 488.410 Menschen in Duisburg.[3] Die Schrumpfung verläuft zwar langsamer als früher, dennoch sehen die Prognosen nicht positiv aus. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich nur noch 453.100 Menschen in Duisburg wohnen,[4] was nur noch etwa 74% gegenüber 1975 wären.

Mit dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus geht ein Strukturwandel der industrialisierten Städte einher. Typische Phänomene postfordistischer Stadtentwicklung werden auch in Duisburg deutlich. In einer Ende 2006 veröffentlichten Studie von Birgit Glock, in welcher sie die Stadtentwicklungspolitik Duisburgs und Leipzigs vergleicht, wird herausgearbeitet, dass Duisburg „mit einer Strategie der Standortprofilierung auf die anhaltenden Arbeitsplatz- und Einwohnerverluste" reagiert und diese mit der Umsetzung von „prestigeversprechende(n) große(n) Projekten" zu erreichen hofft. Die Standortprofilierung, mit der die Städte ein möglichst investitions- und wachstumsfreundliches Umfeld schaffen möchte, wird als „herkömmliche Therapie" bezeichnet. (Vgl. Glock 2006, 196.) Größere Bauprojekte spielen im Bereich der Innenstadt eine Rolle in der Stadtentwicklung. (Vgl: ebd., S.122 ff.) Ebenso sind Ökonomisierung und Privatisierung zu beobachten,[5] Der Masterplan für den Innenhafen bzw. die Innenstadt hebt vor allem städtebauliche Veränderungen hervor. Die städtische Gesellschaft „Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG" (Gebag) scheiterte mit einem ‚Leuchtturmprojekt' in Form eines architektonisch auffälligen Museumsbaus.[6] Die Problematik von großen Bauprojekten, Public Private Partnerships und Korruption wird auch in Duisburg deutlich.[7]

„Die fortlaufenden demographischen Veränderungen werden die Anforderungen an die Stadtentwicklungsplanung der Stadt Duisburg in den kommenden Jahren nachhaltig beeinflussen."[8] Die Stadt Duisburg hat eine Studie in Auftrag gegeben, die folgender Frage nachgeht: „Was kann und was muss die Stadt Duisburg für ihre Bürger in Zukunft leisten?" Hierbei geht es vor allem um infrastrukturelle Einrichtungen. Eine zentrale Empfehlung dieser Studie ist die Erstellung eines integrativen Stadtentwicklungskonzepts. „Die Weichen zur räumlichen und funktionalen Entwicklung der Stadt müssen kurzfristig gestellt werden. Ziel ist ein integratives Stadtentwicklungskonzept, das in erster Linie einen langfristig angelegten Prozess definiert und nicht vordergründig ein stadträumliches Bild entwirft. (...). Die in den nächsten zwei Dekaden noch moderat vorhandenen Entwicklungsspielräume für den Stadtumbau müssen genutzt werden, um Duisburg für die dann erwartete Zeit deutlich eingeschränkter Möglichkeiten vorzubereiten."[9]

Deutlich eingeschränkte Möglichkeiten bedeuten auch, dass sich die lokale Ebene des Staates auf ihre Kernaufgaben beschränkt. Auch im kulturellen Sektor, welcher nur etwa 2,67% des Haushalts der Stadt Duisburg ausmacht, soll gespart werden. Die Bürgerinnen sollen an der Entscheidung, welche Mittel gekürzt werden, beteiligt werden.[10] „Vernetzung, neue Formen der Partizipation, Empowerment, Quartiersmanagement – all dies ist sinnvoll, um Kommunikation zu stärken und Netzwerke zu stiften – aber das zu erwartende Optimum ist voraussichtlich lediglich eine ordentlich verwaltete Marginalität." (Häußermann 2008, 278)

Bei der kulturellen Stadtentwicklung nimmt man Partizipation von Bewohnerinnen kaum jenseits von Beteiligungsprozessen an der Erstellung eines strategischen Stadtentwicklungskonzepts (Duisburg 2027) wahr. In diesem Bereich setzt man neben kulturellen ‚Leuchttürmen' auch auf ‚Großevents', also eine Kulturalisierung bzw. Festivalisierung als Merkmale einer postfordistischen Stadtentwicklungspolitik auch in Duisburg. Die Bemühungen, die Bundesgartenschau 2011 in Duisburg stattfinden zu lassen, waren erfolglos. 2010 wurde die Loveparade in Duisburg veranstaltet und endete nach einer Massenpanik mit 21 Toten. Auch an der Großveranstaltung ‚Kulturhauptstadt Europas – Ruhrgebiet 2010' war Duisburg

2 vgl. http://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/news_demographische_entw.pdf.

3 vgl. http://www.it.nrw.de/statistik/a/daten/amtlichebevoelkerungszahlen/rb1_juni2011.html.

4 vgl. http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pdf/69_09.pdf.

5 vgl. http://www.duisburg.de/vv/I_01/medien/Verzeichnis_aller_unmittelbaren_Beteiligungen.pdf.

6 vgl. http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/wird-die-kueppersmuehle-in-duisburg-zum-teuersten-museum-der-welt-id4688773.html und http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/kueppersmuehle-in-duisburg-ist-ein-luftschloss-ohne-genehmigungen-id6732380.html

7 vgl. http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,802526,00.html.

8 http://www.duisburg.de/micro2/pbv/stadtentwicklung/sonstiges/102010100000350295.php.

9 http://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/sid_040906_vortrag.pdf, 24, (Hervorhebungen im Original).

10 vgl. http://buergerbeteiligung.duisburg.de/vorschlag/detail/vorschlag/55.

beteiligt. (Vgl. Pachaly 2008) Die Nachhaltigkeit dieser Veranstaltungen scheint zumindest diskussionswürdig.[11] Auf der anderen Seite ist auch eine Nachhaltigkeit kultureller Entwicklung durch die Sparmaßnahmen des kommunalen Haushalts gefährdet.[12]

Veränderungen ‚von unten' herbeiführen – ein sozio-kulturelles Zentrum

In Duisburg setzten sich verschiedene Initiativen und Vereine seit vier Jahrzehnten für selbstverwaltete sozio-kulturelle Zentren ein. Bereits 1973 eröffnete in Duisburg das ‚Eschhaus', eines der ersten selbstverwalteten Jugendzentren in der Bundesrepublik Deutschland. Zu Beginn des Jahres 1987 kündigte die Stadt den Vertrag mit dem Trägerverein und das Eschhaus wurde geschlossen. (Vgl. Claßen 1989.) Nun versuchte der Alte Feuerwache e.V. ein vergleichbares Zentrum in Hochfeld zu etablieren, bekam dann aber von der Stadt ein alternatives Gebäude zu Verfügung gestellt und eröffnete 1998 das ‚Hundertmeister'. Der Fabrik e.V. mietete Räumlichkeiten an, um ein selbstverwaltetes sozio-kulturelles Zentrum auch ohne ein von der Stadt zur Verfügung gestelltes Gebäude und Subventionen zu ermöglichen. Die ‚Fabrik' existierte bis 2003, als dem Verein wegen Differenzen mit dem Vermieter gekündigt wurde.

Der auch aus der Schließung der ‚Fabrik' hervorgegangene und 2005 gegründete Mustermensch e.V. bemühte sich um passende Räumlichkeiten für ein unabhängiges Kulturzentrum. Im Oktober 2008 wurde eine ehemalige Kneipe angemietet und umgebaut. Das ‚T5' existierte ein halbes Jahr ohne jegliche Förderung durch die Stadt Duisburg, bevor es wegen Lärmproblematik bzw. zur Schallisolierung nicht geeigneter Bausubstanz geschlossen werden musste.[13] Seither befindet sich der Verein wieder auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.

Anfang 2011 wurde die Kampagne ‚DU It Yourself' gestartet, um „eine Bewegung in Gang (zu) setzen, die in dieser Stadt Räume erobert. Um Jugendkultur Raum zu geben. Um freie Entfaltung des Individuums zu ermöglichen. Um kreative Freizeitgestaltung zu fördern. Und um sozialem wie politischem Engagement im Allgemeinen wieder seinen nötigen Spielraum zu verschaffen."[14]

Im Jahr 2011 musste obendrein das ‚Hundertmeister' wegen finanzieller Probleme schließen. Hinzu kam, dass es den Bedürfnissen einer freien und unkommerziellen Kunst- und Kulturszene nicht gerecht wurde. AktivistInnen scheiterten bei dem Versuch mit einer Besetzung des Gebäudes eine Wiedereröffnung möglich zu machen.[15] Anstatt es Menschen aus verschiedenen Initiativen und Vereinen zur Verfügung zu stellen und einen Ort sozio-kultureller Selbstverwaltung zu schaffen, entschied sich der Stadtrat für eine Streichung der Zuschüsse und die Vermietung des Gebäudes an einen kommerziellen Musikkneipenbetreiber.

Vorschriften für Genehmigungsverfahren werden seit dem Loveparadeunglück auch für kleinere Veranstaltungen und Veranstaltungsorte von der Stadtverwaltung sehr restriktiv ausgelegt. Unter dem Vorwand „brandschutztechnischer Mängel" wurden auch die Besetzerinnen eines leerstehenden Schulgebäudes in Duisburg-Laar von Vertretern der Stadtverwaltung und einer Einsatzhundertschaft der Polizei zur Aufgabe ihres Vorhabens gezwungen. In dem zuvor von den Aktivistinnen aufgeräumten und gesäuberten, sowie mit Inneneinrichtung, Veranstaltungstechnik und Feuerlöschern versehenen Gebäude sollte für eine Woche ein provisorisches selbstverwaltetes Stadtteilzentrum eröffnet werden.[16] Statt die als Folge der demographischen Schrumpfung entstehende infrastrukturelle Fehlauslastung, z.B. leerstehende Schulgebäude, Akteuren der städtischen Zivilgesellschaft, welche ein so oft gefordertes „bürgerschaftliches Engagement" zeigen und Gebäude mit Leben füllen und auch zur Instandhaltung beitragen könnten, zur Verfügung zu stellen, lässt die Stadt weiterhin Immobilien verfallen und spekuliert auf Investoren für die betreffenden Grundstücke.

Problemlagen der (herkömmlichen) Partizipation

In einer Großstadt unterscheiden sich die Lebenswelten mitunter sehr stark voneinander; die Stadtgesellschaft setzt sich aus einer Vielzahl von Individuen und Gruppen zusammen, die teils sehr unterschiedliche Ansichten von Politik, Kultur, Sozialem und Gesellschaft haben. Ihre Ansichten und Lebenseinstellungen sind abhängig von ihrer Sozialisation, ihrem Status, und insbesondere den (Sub-) Milieus, in welchen sie sich bewegen und zugehörig fühlen. Aus dieser Vielfalt an Meinungen und Interessen bestimmte Intentionen abzuleiten, welche Richtung die Stadtentwicklung einschlagen soll, ist also mehr als schwierig.

Aus der Perspektive der Zivilgesellschaft müssen für die Partizipation förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden und das nicht nur bei städtebaulichen Großprojekten, bei denen eine Beteiligung der Öffentlichkeit ohnehin vorgeschrieben ist, oder bei der Entwicklung gesamtstädtischer Leitbild- und Strategieprozesse. Die Potentiale der Zivilgesellschaft in Form von Vereinen, Initiativen und Protestbewegungen für die Entwicklung der Stadt sollten gleichfalls erkannt werden. Die Akteure sollten als Kooperationspartner auf Augenhöhe begriffen werden, damit die Stadt sich auch unter ungünstigen demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen nicht nur hinsichtlich marktwirtschaftlicher Aspekte entwickeln kann, sondern auch ein Ort sozialer und kultureller Innovation, Entwicklung und Emanzipation sein kann.

Die heute vorherrschenden Planungsansätze intendieren die prinzipielle Möglichkeit von Anerkennung, Einbindung und Ausgleich von verschiedenen Interessen in Partizipationsprozessen, damit kollektive Entscheidungen möglich sind, die idealerweise alle beteiligten Interessen berücksichtigen. Eine „offene, wertfreie und vollständige Kommunikation zwischen Akteuren", (Schneider 1997, 41) wie es z.B. die Planungsansätze nach einem kommunikativen Politikverständnis und insbesondere die Befürworter einer herrschaftsfreien Kommunikation fordern, ist aber beispielsweise aufgrund von „Zeitdruck, Machtgefälle(n) zwischen den Akteuren, ungünstige(n) Organisationsstrukturen und politische(r) sowie mediale(r) Beeinflussung von Beteili-

11 Vgl. Betz 2010, 324-342 und http://www.zeit.de/2010/02/Essen-2010.

12 vgl. http://www.duisburg.de/news/102010100000347023.php.

13 vgl. http://www.mustermensch.org/retrospektive/.

14 http://duityourself.org/selbstverstandnis/

15 vgl. http://www-stud.uni-due.de/~sfanfall/du-kultur/?page_id=186.

16 vgl. http://www.ruhrbarone.de/besetzung-duisburg-laar-hundertschaft-in-voller-montur-vor-ort/.

gungsprozessen“ (ebd., 39ff.) nicht gegeben.

Im Rahmen der postulierten ‚Bürgergesellschaft / -kommune‘ und der gleichzeitigen finanziellen Misere der Städte näherten sich die Verantwortlichen des politisch-administrativen Systems in den 1990er Jahren scheinbar den Beteiligungsformen wieder an; der Umbau der Städte konnte und kann nicht ohne die Bürgerinnen geschehen. Während die soziale und kulturelle Teilhabe am städtischen Leben theoretisch für alle BewohnerInnen offen steht, bleibt die direkte politische Einflussnahme hingegen vielen, auch aufgrund fehlender BürgerInnenrechte, verwehrt. Doch gerade die Partizipation bildet den wesentlichen Standard demokratischer Politikgestaltung. (Vgl. Lüttringhaus 2000, 24) Die Herausforderung der Partizipation für die Menschen liegt in dem Zusammenspiel von ihren rein individuellen Interessen und der Fähigkeit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. „Nur wenige Menschen sind sich heute dessen bewusst, dass das ausgleichende gesellschaftliche Gegenstück zur Freiheit nicht Pflicht ist, die stets von außen von anderen auferlegt wird, sondern die Verantwortung, die man selbst, aus eigener Entscheidung und Einsicht, als mündiger Mensch übernimmt.“ (ebd., 48) Aber Partizipation ist nicht per se auch ein Generalschlüssel zu mehr Demokratie. Trotz dem Leitbild der Bürgerkommune ist es auch im 21. Jahrhundert noch so, dass vielerorts eine starke Spannung zwischen Verwaltung und BürgerInnen herrscht und Partizipation als Gefahr für eigene Interessen und das eigene Können gesehen wird.

Rat und Verwaltung initiieren als zentrale Akteure der Stadtentwicklung Partizipationsverfahren, aber es existieren nicht nur diese Top-Down-Konstellationen. Die dezentral gestaltete Selbstorganisation verschiedener Interessengruppen ist für die Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden, da der Staat sich aus elementaren Bereichen der Daseinsvorsorge zurückgezogen hat. Dabei wirken auch informelle Akteure wie Bürgerinitiativen und nachbarschaftliche Selbsthilfegruppen sowie Bürgerbewegungen und städtische Proteste auf eine Demokratisierung der lokalen Politik ein. Diese Akteure wenden sich gegen die Entscheidungen öffentlicher Steuerung und versuchen durch Proteste, z.B. in Form von Hausbesetzungen als Widerstand gegenüber Sanierungsplänen, auf das Handeln anderer Akteure (z.B. der Stadt oder wirtschaftlicher Akteure) zu ihren Gunsten Einfluss zu nehmen. (Vgl. Koch 2010, 105.)

„Statt einer ‚Planung von oben’ suggerieren die ‚behutsamen’ Stadterneuerungsstrategien die Einbeziehung der Betroffenen. Die aktuelle Planungskultur hat dazu wohlklingende Worthülsen hervorgebracht: von ‚kommunikativer Planung’ ist ebenso die Rede wie von ‚Beteiligungsplanung’ und ‚Partizipationsinstrumenten.’ Die Einbeziehung der BewohnerInnen in die Gestaltung ihrer Stadtteile steht dabei jedoch nur scheinbar hoch im Kurs. Denn verhandelbar in den Programmen sind meist nur kleine, abgrenzbare Projekte und eben nicht die allgemeinen Zielstellungen und Instrumente der Stadterneuerung. So ist der schöne Schein der Partizipation letztlich vor allem eine Entpolitisierung, also die Verhinderung einer öffentlichen Debatte um die grundlegenden Voraussetzungen der gesellschaftlichen Entwicklung.“ (Holm 2010, 49) „Am Ende verbleibt der Eindruck: Gut ist, was die vorgegebene Planung nicht stört.“ (Lüttringhaus 2000, 97)

Zudem zeigt sich, dass die Möglichkeiten zur Partizipation überwiegend von Angehörigen der Mittelschicht wahrgenommen werden; unorganisierte Interessen von Einzelnen und Unterprivilegierten werden hingegen kaum gefördert. Besonders die A-Gruppen (Alte, Ausländer, Arbeitslose) gelten als partizipationsfremd. Durch ihre bereits bestehende soziale und räumliche Segregation verschlechtern sich auch ihre Chancen der Beteiligungsmöglichkeiten. Eine bewusste Betroffenenaktivierung bleibt aus – unabhängig davon, ob es sich um alte oder neue Formen der Partizipation handelt. Die derzeitigen Strukturen der Partizipation fördern somit eher die Ungleichheit; es engagieren sich die, die es sich leisten können und diese entscheiden dann mit über jene, die nicht können oder gar nicht wollen.

Gefordert sind nun die EinwohnerInnen der Städte und Gemeinden, diesen Trend entweder umzukehren oder in sozialverträgliche Bahnen zu lenken. Dies kann nur durch Beteiligung, durch demokratische Teilhabe an der weiteren Entwicklung der Städte geschehen. Denn der Mensch lebt in der Gesellschaft, nicht neben ihr. „Partizipieren bedeutet somit ganz grundsätz-

Rolf van Raden
Patient Massenmörder
Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse
Edition DISS Band 25
Münster: Unrast.
184 S., 24 Euro

Hirnforschung, RAF, Amokläufe in Schulen – in der Auseinandersetzung über solche Themen spielt bis heute ein Mordfall eine Rolle, der sich vor einem Jahrhundert ereignete. Der schwäbische Lehrer Ernst August Wagner tötete 1913 seine fünfköpfige Familie und neun weitere Menschen. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Immer wieder sagte er: Er bedauere nicht, seine Kinder getötet zu haben, da sein ganzes Geschlecht entartet sei. Hier traf sich die Rede des Mörders mit der seines Arztes. Robert Gaupp entwickelte an dem Fall die Lehre von der echten Paranoia. Parallel dazu forderte der angesehene Mediziner Eugenik, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Die Studie untersucht das Geflecht biopolitischer Diskurse, in dem sich der Mörder und sein Arzt gemeinsam bewegten. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.

Siegfried Jäger (Hg.)
Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?
Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft
Edition DISS Band 20
272 Seiten, 24 Euro

Können Diskurstheorie und Diskursanalyse dazu beitragen, neue politische Wege aufzuzeigen, wie globalen Fehlentwicklungen konkret gegenzusteuern ist? Reicht es, das scheinbar Selbstverständliche als fragwürdig und veränderungsbedürftig auszumachen, oder können Orientierungen aufgezeigt werden, wie praktische Gegenwehr möglich ist? Um diese Fragen zu beantworten, werden verschiedene Konzepte von Diskurstheorie und Diskursanalyse dargestellt und deren politischer Stellenwert anhand konkreter Untersuchungen beleuchtet. Mit diesem Buch werden die 2007 auf dem 20. Jahrescolloquium des DISS gehaltenen Vorträge und Diskussionen veröffentlicht, die um weitere Beiträge zum Thema ergänzt wurden.

Für ein selbstbestimmteres Leben in der Stadt: Duisburger Initiativen fordern einen selbstverwalteten Ort der basisdemokratisch organisierten Kultur und Politik.

lich, am Geschehen in der jeweiligen Umwelt zusammen mit anderen Menschen teilzuhaben oder kurz: gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten. Der Begriff der Partizipation erstreckt sich damit auf alle Lebensbereiche und umfasst die soziale, kulturelle sowie die politische Teilnahme." (Lüttringhaus 2000, 19)

Das „Recht auf die Stadt"

Es ist Zeit, sich nach Alternativen zum herrschenden ‚Normalzustand' umzuschauen. Unter dem Eindruck der Krise der Städte in den 1970er Jahren, dem normierten Dasein der Menschen in funktionalistischen Städten, dem westlichen Imperialismus dieser Zeit, entwickelte Henri Lefebvre bereits in den frühen 1970er Jahren das ‚Recht auf die Stadt', (Lefebvre 1973) und verstand darunter „das Recht, nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der bloß zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde." (Schmid 2011, 26) Das ‚Recht auf die Stadt' bezieht sich dabei auf die Teilhabe am urbanen Leben, auf die Orte des Treffens, um einen ganzheitlichen Gebrauch dieser Orte: „Es lässt sich nur als das Recht auf ein transformiertes, erneuertes urbanes Leben formulieren." (ebd., 27) Lefebvre erweiterte dieses Recht auf bekannte Grundbedürfnisse um die spezifisch städtischen Qualitäten, Ressourcenzugang für alle und die Möglichkeit, alternative Lebensentwürfe angehen zu dürfen.

Auch wenn heute eine andere Situation herrscht als zu der Zeit, in der Lefebvre sein ‚Recht auf die Stadt' formulierte, so ist es doch aktueller denn je. Drei Tendenzen stechen dabei hervor:

– Im Vordergrund stehen wieder grundlegende Bedürfnisse der Menschen, wie Wohnung und Bildung; diese sind in unsicheren Zeiten wie diesen nicht unbedingt garantiert.

– Das ‚Recht auf die Stadt' ist eine Reaktion auf den Rückzug des Staates / der Regierenden aus der Gesellschaft, wichtige Aufgaben werden auf die unterste staatliche Ebene übertragen: „Dies hat nicht nur zu einer neuen Bedeutung des Lokalen, sondern auch zu verstärkter Fragmentierung, Segregation und Ungleichheit geführt." (ebd., 46)

– Diese Zersplitterung der Stadt führt zu neuen, bisher nicht gekannten Allianzen, die aus einem anfänglichen Pragmatismus heraus neue urbane Gesellschaftsentwürfe denken und leben können. (ebd.)

„Bereits vor über einem Jahrzehnt hat John Friedmann in seinem Text »The right to the city« konstatiert: »A city can truly be called a city only when its streets belong to the people« (...). Lefebvre ging noch einen Schritt weiter und forderte eine allgemeine Selbstverwaltung. Letztlich wird damit unter neuen Vorzeichen ein altes Selbstbestimmungsrecht eingefordert, das erst eine andere Gesellschaft ermöglichen kann." (ebd. 46f.)

Die Stadtpolitik soll wieder politisiert werden; Angelegenheiten, von denen alle betroffen sind, sollen öffentlich verhandelt werden. Peter Marcuse unterscheidet daher zwei Arten des 'Rechts auf die Stadt' und bildet daraus zwei Gruppen.

Er versteht das 'Recht auf die Stadt' einerseits als Forderung der Menschen, „deren elementarste materielle Bedürfnisse nicht befriedigt werden", und als Aufruf von den Menschen, „die zwar oberflächlich integriert aber entfremdet sind." (zitiert nach ebd., 12) Das Besondere am 'Recht auf die Stadt' ist auch, dass es ein sehr flexibles Konzept ist und unterschiedlich interpretiert und genutzt wird. „Doch hinter der scheinbaren Beliebigkeit lassen sich verschiedene Grundperspektiven erkennen, die in fast allen Bezügen zum Recht auf die Stadt (…) aufgegriffen oder zumindest anerkannt werden. Das Recht auf die Stadt ist erstens eine Chiffre für eine an Lefebvre orientierte Perspektive auf die Stadt, es bietet zweitens Projektionsmöglichkeiten für gegenhegemoniale Visionen der Stadtentwicklung, es wird drittens als Sammelbegriff für realpolitische Forderungskataloge verstanden und steht viertens für einen spezifischen, eher horizontalen Organisierungsansatz sozialer Bewegungen." (ebd., 13)

Gerade der letztgenannte Punkt geht über die bisherige Form der Mobilisierung sozialer und städtischer Bewegungen hinaus. Er vermittelt einen emanzipativen Weg für neue Koalitionen, wie er insbesondere in der Geschichte der deutschen Protestbewegungen bisher nicht gegangen wurde.

Die Beobachtung der gegenwärtigen ‚Recht auf Stadt'-Bewegung in Deutschland zeigt aber auch eine bestimmte Problematik auf: Die Bewegung ist zwar heterogen, doch setzt sie sich hauptsächlich aus dem linksalternativen Milieu zusammen, mit einem starken Bezug zur Mittelklasse. Diese soziale Zusammensetzung sollte sich dahingehend noch ändern, dass wirklich ein breiteres Spektrum städtischen Lebens und Protests abgebildet wird. So ist das ‚Recht auf die Stadt' gleichzeitig auch als eine Forderung an die Bewegung selbst zu verstehen, sich weiter zu entwickeln und dem eigenen Anspruch gerecht zu werden. (Vgl. Holm / Gebhardt 2011, 11f.)

Für die alltägliche Praxis der urbanen Protestbewegungen bedeutet dies, die Theorie, wie es Lefebvre sagte, in die Praxis einzutauchen. Ausgangspunkt ist der Alltag, und diesen zu verändern ist nichts anderes als Revolution. Oder mit Worten aus dem Memorandum „Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: „Jeder und jede muss vor Ort Chancen finden und nutzen können, um in eigener Verantwortung eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen. (...) Die Entwicklung der Städte als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels wahrzunehmen und sie durch transparente Verfahren in produktiver Kooperation unterschiedlichster Akteure steuern zu lernen: Dies sollte im Selbstverständnis einer Zivilgesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe von höchstem Rang sein – eine Gemeinschaftsaufgabe, die weder den gerade politisch oder wirtschaftlich Mächtigen noch einer technokratischen Funktionselite überlassen werden darf." (Durth 2007, 10)

Zusammen mit anderen engagierten Bewohnerinnen und Gruppen versuchen Initiativen und Vereine wie DuIY und Mustermensch e. V., frei nach der vierten Perspektive der horizontalen Bündnisse[17], neue Strategien ‚von unten' zu erproben und die spezifischen Missstände in Duisburg anzugehen. Es wird sich zeigen, wie lange Stadt und Verwaltung den Begriff Freiraum weiterhin nur einseitig im stadtplanerischen Sinne als unbebaute Grünfläche auslegen können. Dass ein Freiraum auch kultureller oder sozialer Art sein und ein selbstbestimmteres Leben in der Stadt ermöglichen kann, bündelt sich in der Forderung nach einem Ort für basisdemokratisch organisierte Kultur und Politik. An der Ermöglichung des Selbigen oder dem Verharren bei der temporären Bereitstellung von Räumen zum Tanzen wird sich zumindest teilweise der Erfolg messen lassen. Wie sich aber die Initiative für ein selbstverwaltetes sozio-kulturelles Zentrum entwickelt, bleibt abzuwarten. Aus welcher Perspektive man diese heterogene Protestbewegung auch beleuchtet, es wird (noch) nicht ganz klar, ob sie ein Stück vom Kuchen oder die ganze Bäckerei, das Kuchenrezept von Grund auf ändern oder einfach nur beim Backen in Ruhe gelassen werden will und wie sich Stadtpolitik und Verwaltung zu ihr in Zukunft verhalten.

17 Beispiele sind ‚DU erhält(st) Kultur' und das ‚Netzwerk X'.

Literatur

Betz, Gregor 2010: Das Ruhrgebiet – europäische Stadt im Werden? Strukturwandel und Governance durch die Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010, in: Frey, Oliver / Koch, Florian: Die Zukunft der Europäischen Stadt, 324-342.

Claßen, Ludger 1989: „... uns selbst eine kulturelle, politische Heimat zu schaffen..." Das Eschhaus Duisburg, in: Claßen, Ludger / Krüger, Heinz-Hermann / Thole, Werner: In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen. Zwischen Politik und Kommerz – soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen, Essen, 39-59.

Durth, Werner 2007: Vortrag anlässlich der Verleihung des Deutschen Städtebaupreises am 11.11.2006 in der Akademie der Künste, Berlin, zitiert nach: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik – Memorandum, Berlin.

Frey, Oliver / Koch, Florian 2011: Die Zukunft der Europäischen Stadt: Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden.

Glock, Birgit 2006: Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich, Wiesbaden.

Häußermann, Hartmut u.a 2008.: Stadtpolitik, Frankfurt a. M.

Holm, Andrej 2010: Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster.

Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk 2011: Initiativen für ein Recht auf Stadt. in: Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg, 7-23.

Koch, Florian 2010: Die europäische Stadt in Transformation. Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Warschau, Wiesbaden.

Lefebvre, Henri 1973: Le droit à la ville. Paris.

Lüttringhaus, Maria 2000: Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen-Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt, Bonn.

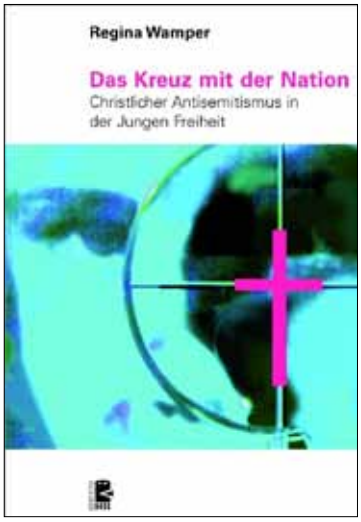
Pachaly, Christina 2008: Kulturhauptstadt Europas Ruhr 2010. Ein Festival als Instrument der Stadtentwicklung, Berlin 2008, http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2008/1868/pdf/Graue_Reihe_Heft_12_Kulturhauptstadt_Ruhr_2010.pdf (Abruf 18.6.2012).

Schmid, Christian 2011: Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. in: Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg, 25-51.

Schneider, Herbert 1997: Stadtentwicklung als politischer Prozeß, Stadtentwicklungsstrategien in Heidelberg, Wuppertal, Dresden und Trier, Opladen.

K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

Die Antisemitismusforschung kritisiert Initiativen – steht aber selbst mit leeren Händen da.

„Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft“, Tagung Berlin 26./27. Oktober 2011

Ein Tagungsbericht von Jobst Paul

In welchem Verhältnis steht Antisemitismus zur jeweiligen Lebenswelt, zum Sozialraum und zu den daraus resultierenden Einstellungsmustern insbesondere Jugendlicher? Und wie können umgekehrt Sozialräume oder Lebenswelten zur Antisemitismusprävention sinnvoll einbezogen werden? Das waren die Leitfragen, zu denen die Veranstalter, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.), die Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ (EVZ) und das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin in die Werkstatt der Kulturen in Berlin (26. bis 27. Oktober 2011) eingeladen hatten.

Um es vorweg zu sagen: die Berliner Initiativen, die sich mit ihren Projekten vorstellten, haben die Fragen, die das Symposium aufwerfen wollte, für sich längst beantwortet. Angesichts von ‚Brennpunkt-Schulen‘, ‚Problem-Stadtteilen‘, jugendlichen Gruppen mit Minderheiten-Erfahrungen und/oder Gewalt-Problemen hat sich in Berlin eine erstaunliche Vielfalt von Initiativen gebildet, die ihr bürgerschaftliches Engagement und ihre pädagogische Expertise auf konkrete Sozialräume richten. Oder umgekehrt: Die Breite und Vielfalt dieser Initiativen macht erst den Bedarf sichtbar, der anderswo gern negiert oder verdrängt wird. Von daher ist Berlin mit Blick auf Integration angesichts dieser Fülle der Initiativen nicht etwa ein schlimmes Pflaster, sondern ein soziales Laboratorium, in dem beispielhafte, wenn auch anstrengende Arbeit geleistet wird.

Gleichwohl gab der Titel des Symposions: „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft“ der Tagung zu Beginn einen missverständlichen Beigeschmack, so als kämen für Praktiken des Antisemitismus vor allem oder sogar ausschließlich migrantische, sprich: ‚islamische‘ Sozialräume infrage.

Dieser durchaus bedeutungsvolle Lapsus der Veranstalter blieb nicht nur folgenlos, weil er mit erheblichem Nachdruck kritisiert wurde (Juliane Wetzel), sondern weil die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V., der Verein Karame e.V., die Stadtteilmütter Friedrichshain-Kreuzberg, 7xjung (und andere) sehr eindrucksvolle Einblicke in die breite Praxis konkreter Sozialarbeit gegen Antisemitismus gewährten. Monique Eckmann von der Genfer Hochschule für Soziale Arbeit steuerte einen beeindruckenden Überblick über die methodische Bandbreite pädagogischer Interventionen bei, während Dierk Borstel vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung den Initiativen mit einem Blick auf die empirische Forschung zur Seite sprang: Wo Partizipation von unten erobert und von oben ermöglicht wird, so das Resümee Borstels, haben Ausgrenzungspraktiken, und damit auch Antisemitismus erheblich geringere Chancen.

Andere Referenten waren weniger überzeugt und zogen den Sinn oder gar die Legitimation einer hauptsächlich sozialraum-bezogenen Arbeit gegen Antisemitismus grundsätzlich in Zweifel.

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Günter Piening, unterstellte gar, es handle sich dabei um ein konservatives Manöver, um von massiven Verdrängungen und Defiziten zentraler Regierungspolitik abzulenken. Im Gegenteil ermögliche erst

eine langfristig angelegte Integrationspolitik, wie etwa die der Berliner Stadtregierung, den Erfolg von Initiativen vor Ort.

Der Freiburger Pädagogikwissenschaftler Albert Scherr wandte ein, eine Antisemitismusprophylaxe vor Ort unterschätze die ideologische Energie von Rassismus und Antisemitismus, die aus institutionellen Verfestigungen und langfristig etablierten Diskursen herrühre. Letztlich handelt es sich, glaubt man Scherr, bei der Antisemitismusprophylaxe vor Ort um Kosmetik, worüber einige kurzfristige Erfolge nicht hinweg täuschen dürften.

In der Tat bestätigte eine anhand von 32 Interviews mit Berliner Pädagogen durchgeführte Aussagenanalyse (Heike Radvan), dass ausgerechnet jene, die vor Ort Schülerinnen und Schüler gegen Rassismus und Antisemitismus wappnen sollen, rassistischen und antisemitischen Klischees selbst in einem Ausmaß huldigen, dass sie sich als machtvolle Verstärker von rassistischen und antisemitischen Einstellungen bei Schülerinnen und Schülern entpuppen, statt Aufklärer dagegen zu sein.

Angesichts der massiven Kritik an einer ‚bloß' sozialraum-bezogenen Arbeit gegen Antisemitismus durfte man allerdings erwarten, dass die Kritiker die Grundlagen einer ‚tiefer reichenden' Strategie, d. h. überzeugende, didaktisch auch umsetzbare Erkenntnisse der Antisemitismusforschung vorlegten. Dies vermochten sie jedoch nicht.

Dass antisemitische Botschaften auf „Differenzkonstruktionen" zurückgehen, dass sie zum ‚kollektiv geteilten Wissen' und zum ‚Wissensvorrat der peer-Gruppe' gehören (Scherr), das wussten wir durchaus schon – doch worin die gelernte Lektion besteht, wie und warum sie immer wieder funktionieren kann und wie sie pädagogisch dekonstruiert werden könnte, das erfuhr man nicht. Stattdessen bekam man den guten Rat, noch mehr „Wissen über den Antisemitismus" verbreiten zu sollen (Juliane Wetzel) – wobei, über die bloße Distanzierungsgestik hinaus, nicht einmal hier konkrete Inhalte genannt wurden.

Immerhin herrschte Einigkeit über das Analysedefizit: Wie kommt es, dass Sprecher, die antisemitischen Aussagen zustimmen, regelmäßig auch andere ‚Minderheiten' herabsetzen? Was ist andererseits das Alleinstellungsmerkmal antisemitischer Herabsetzungen z.B. gegenüber rassistischen Aussagen?

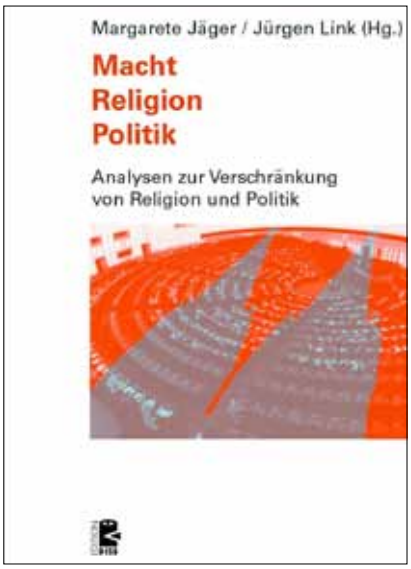
Insbesondere zu dieser Frage steuerte erneut Monique Eckmann von der Genfer Hochschule für Soziale Arbeit einen konstruktiven Vorstoß bei. Nach Eckmann können Betroffene (Juden und Nichtjuden) einer gemeinsamen Diskriminierungserfahrung unterworfen sein, doch werden Juden in der Regel anders diskriminiert als jene, die Ziel rassistischer Diskriminierung sind. Dass von rassistischer Gewalt Betroffene als Gegenmittel zu antisemitischen Anschuldigungen greifen können, zeige ebenfalls einen systemischen Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus. Andererseits spreche vieles für eine umfassende, gemeinsame Strategie, eben weil antisemitische und rassistische Herabsetzungen einem ähnlichen Strickmuster folgten.

Zudem – und damit setzte Eckmann den einzigen mutigen Akzent der Tagung – seien Rassismus als auch Antisemitismus Phänomene, die beide aus einem christlich-abendländischen Kulturkontext heraus entstanden sind. Von daher müssten in der Analyse die vor diesem Hintergrund entstandenen Überlegenheitstheoreme beachtet werden, was zu wenig geschehe.

Damit deutete Eckmann noch sehr zurückhaltend auf das schwer zu tolerierende, konservative Selbstverständnis der Antisemitismusforschung dort, wo sie sich immer noch fraglos innerhalb eines christlich-abendländischen Kulturkontextes wähnt und dessen moralische Legitimität nicht antasten (lassen) will. Sie bleibt dann umgekehrt natürlich auch im Rahmen dessen, was die christliche Apologetik, die um ihren Bestand kämpft, als Grenze der Selbstprüfung zulässt.

So ist es kein Wunder, wenn die maßgebliche Antisemitismusforschung bisher offenbar keine Analyse des Rassismus und Antisemitismus gemeinsamen Ausgrenzungskonstrukts rezipiert hat, geschweige denn dessen abendländisch-kulturellen Voraussetzungen aufarbeitet.

In Berlin standen die Vertreter der Lehre den praktischen Pädagogen daher wieder einmal mit leeren Händen gegenüber, um dann – nach jahrzehntelanger Antisemitismusforschung – den denkwürdigen Satz zu verlauten: „Da stehen wir total am Anfang!" (Dierk Borstel) Man mag es nicht mehr hören.



Margarete Jäger / Jürgen Link (Hg.)
Macht. Religion. Politik
Zur Renaissance religiöser
Praktiken und Mentalitäten
Edition DISS Band 11
304 S., 24 €

Aus einer vorwiegend kulturwissenschaftlich orientierten Perspektive werden Aktionen und Konflikte des Machtkomplexes in Deutschland untersucht und (normalismus-)theoretisch begründet. Die Analysen beziehen sich auch auf Entwicklungen in den Niederlanden, den USA und Russland.

Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Völkische Bande
Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie
Edition DISS Band 8

Anregungen und Gegenstrategien

Neue Publikationen des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA)

Eine Sammelrezension von Leroy Böthel

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA) hat zu Beginn des Jahres drei Broschüren veröffentlicht, die sich gezielt an der PädagogInnen richten.

Die Broschüre *Islamfeindlichkeit. Aspekte, Stimmen, Gegenstrategien* (IF), die von Stephan Bundschuh, Ansgar Drücker und Birgit Jagusch herausgegeben wurde, fokussiert Islamfeindlichkeit als gesellschaftliches Phänomen. Paradigmatisch in diesem Zusammenhang ist der Beitrag von Iman Attia, der sich mit der kulturalisierenden Wirkmacht von Diskursen auseinandersetzt. Iman Attia kritisiert Essenzialisierungen und Hierarchisierungen, aber speziell auch die „Exotisierung ‚des Orients' als Strategie zur Verlagerung eigener Themen in ‚die Fremde'" (IF, 8). In der Folge kommen dann auch muslimische Initiativen und Zusammenschlüsse selbst zu Wort, die vor allem die alltäglichen Konsequenzen rassistischer und anti-muslimischer Einstellungsmuster in der Gesellschaft reflektieren. So berichtet Raida Chbib für das Kölner Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen (BfmF) von alltäglichen Diskriminierungen der Mitglieder – „fast alle können von feindseligen Blicken, Beschimpfungen und Benachteiligungen im Alltag ein Lied singen" (IF, 39).

Problematisch sind hingegen einzelne Beiträge, die Kritik am antimuslimischen Rassismus mit einer generellen Absage an jegliche Kritik am Islam verbinden. Dies ist vor allem bei den Beiträgen von Sakine Subaşi und Mehmet Ata der Fall. Während Sakine Subaşi eine generelle Kritik an Zwangsverheiratungen und Ehrenmorden verwirft, weil „diese Formen der Gewalt gegen Frauen auch in nichtmuslimischen Communities vorkommen" (IF, 23), unterstellt Mehmet Ata den Medien „eine Ungleichbehandlung der Religionen" (IF, 13), weil sie die – antisemitischen – Holocaust-Karikaturen im Gegensatz zu den Mohammed-Karikaturen nicht abdruckten. Dabei wird allerdings der qualitative Unterschied der karikierten Objekte, der sich aus den gesellschaftlichen Machtstrukturen ergibt, außer Acht gelassen und eine ausschließlich religiöse Deutung der Karikaturen vorgenommen.

Hier wäre mehr Differenzierung wünschenswert gewesen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich Begriffe, die in der Rassismusforschung nicht unumstritten sind - wie etwa der der Islamophobie – in die pädogogische Praxis einschreiben.

Anknüpfend an diese phänomenologische Betrachtungen zeichnet die ebenfalls von der IDA-NRW initiierte, von Stephan Bundschuh, Birgit Jagusch und Hanna Mai herausgegebene Broschüre *Facebook, Fun und Ramadan. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher* (LW) ein breites Bild des Alltags muslimischer Jugendlicher.

Sie nimmt bewusst eine Perspektive ‚von unten' ein und überflügelt damit etablierte Vorstellungen und Vorurteile, die vielerorts grassieren. In ihrem einleitenden Artikel versuchen die HerausgeberInnen genau diese Problematik im Diskurs über (junge) Muslime und Muslima – sie fassen mit den Begriffen auch nichtreligiöse Jugendliche, die „aus muslimisch geprägten Ländern stammen" (LW, 6) – zum Ausgangspunkt der Broschüre zu machen. Das sich ergebende „Spannungsfeld zwischen Fremdzuschreibung und Selbstdefinition" (LW, 4) versuchen die Beiträge sukzessive auszuloten. In vielen Beiträ-

gen werden Institutionen und Projekte vorgestellt, die mit muslimischen Jugendlichen arbeiten (u.a. DIALOGBEREIT, Stadteilmütter und amira); Erfahrungen einzelner Mitglieder werden genauso berücksichtigt wie die der Projekte im Allgemeinen. Gleichzeitig werden aber auch generellere Themen angesprochen – von Islamkunde an deutschen Schulen (Lamya Kaddor; LW, 46ff.) bis hin zu Antisemitismus ‚im Kontext von Rassismus und Migration' (amira-Team; LW, 65).

Die Broschüre *Rechtsextremismus - War da was? Informationen zur extremen Rechten in NRW und Anregungen für die pädagogische Praxis* (RE), die von dem IDA-NRW herausgegeben wird, widmet sich ihrem Thema sehr differenziert. Sie versucht die oft kritisierten ‚blinden Stellen' der sozialpädagogischen Auseinandersetzung mit rechten Jugendlichen aufzuzeigen, um ein solides Fundament für die Praxis bereitzustellen. Dies gelingt durch eine sehr gute Textauswahl.

Der Schwerpunkt liegt auf den ‚Autonomen Nationalisten' (AN), die, wie Barbara Manthe in ihrem einleitenden Überblick vermerkt, obwohl sie „in vielen Bundesländern kaum von Bedeutung sind, […] in NRW einen Großteil" (RE, 5) der extrem rechten Szene ausmachen. Das Fazit der Autorinnen ist recht deutlich: Anspruch und Wirklichkeit gehen bei den AN doch meist weit auseinander, wenn auch im gewissen Grad eine „Offenheit für diverse jugendkulturelle ‚styles'" (RE, 36) identifiziert wird, die sich partiell über tradierte Ideale innerhalb der Szene hinwegsetzt.

Zudem beziehen sich viele Beiträge auf rechte Wortergreifungs-Strategien im Internet. Möglichkeiten der Intervention sind – so Yves Müller und Juliane Lang in ihren beiden Beiträgen – vor allem dann geboten und notwendig, wenn die Rechten in herkömmlichen Foren und auf etablierten Plattformen aktiv werden und versuchen, den „virtuellen demokratischen Raum" (RE, 58) zu unterhöhlen.

Erwähnenswert ist außerdem die Aufführung der ‚Grauen Wölfe' in diesem Kontext der extremen Rechten. Kemal Bozay, der schon im Jahr 2000 mit Fikret Aslan zu diesem Thema die wohl erste (deutschsprachige) wissenschaftliche Auseinandersetzung verfasste[1], sucht in seinem Beitrag 'Ich bin stolz, Türke zu sein!' vor allem nach den Ursachen für die Hinwendung migrantischer Jugendlichen zu extrem rechten und nationalistischen Gruppierungen.

In ihrem praxisorientierten Teil zeigt die Broschüre allerdings einige Schwächen. Möglicherweise bedingt durch ihren pädagogischen Zuschnitt vereinfachen viele Beiträge das Thema - und somit: gesellschaftliche Probleme - und verfallen tendenziell in eine eindimensionale Kontrastierung. Die 'gute' Gesellschaft wird so ein ums andere mal gegen einen vermeintlich äußeren Feind positioniert. Natürlich müssen in einem schulischen Kontext Konzepte und Strategien für eine Auseinandersetzung mit rechten Jugendlichen formuliert werden - allein schon der MitschülerInnen wegen, die zu den potentiellen Opfern rechter ‚Praxis' zählen; gleichzeitig wird diesen aber nur ein begrenzter zeitlicher Raum geboten, der eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Erscheinungen erschwert.

Schade ist auch, dass – vor allem mit Blick auf die gewünschte Verwendung in einem (sozial-)pädagogischen Kontext – Abbildungen zu den verschiedenen Themen fehlen. Aktuelle und erläuternde Bilder von szenespezifischen Kleidungsmarken und -stilen, Codes und Symboliken wären da vorteilhaft gewesen. Insgesamt jedoch bietet die breite und qualitativ gute Auswahl der Beiträge aber mehr als die eingangs versprochenen ‚Anregungen' .

Die Broschüren können kostenlos (gegen Versandkosten) beim IDA erworben werden. Ein Bestellformular findet sich auf www.idaev.de. Darüber hinaus steht die Broschüre Facebook, Fun und Ramadan auch als kostenlose PDF zur Verfügung. (www.idaev.de/cms/upload/PDF/Publikationen/IDA_Facebook_Fun_und_Ramadan.pdf)

1 Im Juli diesen Jahres wird dieses Buch in der dritten Auflage erscheinen: Fikret Aslan / Kemal Bozay: Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD. Münster: Unrast, 2000. Für eine theoretische Perspektive des Transnationalismus siehe zudem: Arslan, Emre: Der Mythos der Nation im transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden: VS, 2009.

Institutioneller Rassismus

Der Fall einer Hildesheimer Familie ist zum traurigen Symbol der deutschen und insbesondere der niedersächsischen Flüchtlingspolitik geworden. Das DISS-Journal dokumentiert auf den folgenden Seiten die Bemühungen der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und des DISS.

Worum geht es?

Ahmed Siala und Gazale Salame sind in den 1980er Jahren mit ihren Familien aus dem Libanon geflüchtet und erhielten in Niedersachsen ein Aufenthaltsrecht. In den Jahren 2000 bzw. 2001 verweigerte ihnen der Landkreis Hildesheim eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis – mit der Begründung, die Familien hätten sich als „Scheinlibanesen" das Bleiberecht erschlichen und seien in Wirklichkeit TürkInnen.

Begründung: Beide Familien gehören der Volksgruppe der Mhallami an, einer ursprünglich aus der Türkei stammenden arabischen Minderheit, die ab 1920 von dort in den Libanon floh, um der Türkisierungspolitik unter Atatürk zu entgehen.

Zum Zeitpunkt ihrer Flucht nach Deutschland waren Ahmed Siala und Gazale Salame sechs und fünf Jahre alt. Viele Jahre später drohte ihnen die Abschiebung, weil die Behörden nicht ihnen, sondern ihren Eltern vorwarfen, damals ihre angebliche ursprüngliche Herkunft aus der Türkei verschwiegen zu haben. Das heißt, die beiden sollen für ein lange zurückliegendes, angebliches Vergehen ihrer Eltern in Haftung genommen werden und abgeschoben werden.

Am 10. Februar 2005 wurde die damals schwangere Gazale Salame zusammen mit ihrer zweijährigen Tochter Shams in die Türkei abgeschoben. Die Familie ist seitdem getrennt. Während der Vater mit den zwei Töchtern Amina und Nura in Niedersachsen lebt, lebt ihre Mutter mit Tochter Shams und dem mittlerweile geborenen Sohn Ghazi in Ismir.[1]

Seit Jahren versuchen Heiko Kauffmann von PRO ASYL, verschiedene Initiativen und selbst Gerichte vergeblich, die niedersächsischen Behörden zum Einlenken, oder zumindest zu einem humanitären Akt zu bewegen. Viele Organisationen und Einzelpersonen, darunter Kirchen, Flüchtlingsräte und auch das DISS, haben sich mit Schreiben und Petitionen auch an den Ministerpräsidenten David McAllister gewandt. Er und seine Behörden verweigern jedoch bis heute eine nachvollziehbare Begründung und repetieren stattdessen eine an den Haaren herbei gezogene Kriminalisierung der Familie.

Nachfolgend geben wir unser Schreiben an Ministerpräsident McAllister vom 25. Januar 2012 wieder, ein Statement von Heiko Kauffmann, das er anlässlich einer Pressekonferenz vom 23. Mai 2012 in Hannover abgegeben hat, sowie eine Stellungnahme des DISS vom 30. Mai 2012 zur Forderung von Heiko Kauffmann, eine unabhängige Expert*inn*enkommission *In-stitutioneller Rassismus* zu berufen.

1 Vgl. auch die ausführliche Darstellung und Bewertung des Falls von Stefan Klein in der Süddeutschen Zeitung vom 18.6.2012: Umstrittene Abschiebung in Niedersachsen. In Sturheit gefangen (http://www.sueddeutsche.de/politik/umstrittene-abschiebung-in-niedersachsen-in-sturheit-gefangen-1.1385462, Abruf 22.6.2012)

Zum Umgang mit Flüchtlingskindern als Form eines Institutionellen Rassismus

Ein Statement von Heiko Kauffmann (23. Mai 2012)

Heiko Kauffmann ist Mitglied des Vorstands der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL und einer der Mitbegründer von PRO ASYL. Er war von 1994 bis 2002 Sprecher von PRO ASYL. Er vertritt den Vorstand in allen Angelegenheiten, die Kinder und unbegleitete Minderjährige betreffen, so z.B. bei der National Coalition für die Rechte der Kinder. Er ist Diplompädagoge und seit über 40 Jahren in der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit tätig. Im Jahr 2001 wurden ihm und PRO ASYL der Aachener Friedenspreis und der Deutsche Kinderrechtspreis „Blauer Elefant" verliehen.

Das Schicksal der Familie Siala/Salame – aber auch der Familie Naso und anderer Flüchtlingsfamilien – ist ein Extremfall einer staatlich verweigerten Integration. Diese Beispiele belegen eine systematische Ausgrenzungspolitik in Niedersachsen. Sie sind ein unrühmliches Beispiel für die offensichtliche Verletzung der Fürsorgepflicht des Staates und seiner Behörden gegenüber Flüchtlingskindern und deren Familien und zugleich ein Lehrstück über staatliche und behördliche Missachtung von Verfassungs- und Völkerrechtsnormen.

Deshalb fordere ich die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zum institutionellen Rassismus in der Flüchtlingspolitik Niedersachsens.

Anfang Dezember 2011 – also vor gut einem halben Jahr – habe ich den niedersächsischen Ministerpräsidenten, Herrn David McAllister, aufgefordert, der fortgesetzten Missachtung des Kindeswohls durch die niedersächsischen Behörden im Falle der Hildesheimer Familie Ahmed Siala/Salame und ihrer Kinder ein Ende zu setzen und die umgehende Rückkehr von Gazale Salame in die Wege zu leiten, damit die über siebenjährige Trennung der Familie zu beenden und ihr ein dauerhaftes Bleiberecht zuzuerkennen.

Bis heute habe ich weder auf diesen Brief noch auf ein weiteres – persönliches – Schreiben (vom 28. März 2012) eine Antwort erhalten.

Aufgrund der breiten bundesweiten Medienberichterstattung und öffentlichen Empörung über die Politik Niedersachsens (nach Bekanntwerden meines Briefes) haben sich viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, viele Organisationen, Verbände meinem Schreiben angeschlossen und sich ihrerseits an Herrn McAllister gewandt, darunter unter anderem: Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth; Frau Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin; Tom Königs, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des Dt. Bundestags; Dr. Heiner Geißler; die Migrationsexperten Prof. Dr. Klaus J. Bade und Prof. Dr. Lothar Krappmann, langjähriger deutscher Vertreter im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf; die Friedensforscher Prof. Dr. Andreas Buro und Prof. Dr. Mohsen Massarat; DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach; die PräsidentInnen/Vorsitzenden von AWO, Internationaler Liga für Menschenrechte, Terre des Hommes, Deutscher Kinderschutzbund, Interkultureller Rat, Janus-Korczak-Gesellschaft, Remarque-Gesellschaft, Aachener Friedenspreis, Bundesverband UmF, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung / DISS, Arbeitskreis evangelische Jugend Deutschland, Landeskatholikenausschuss, Medien- und Kulturschaffende; Kinder- und Integrationsbeauftragte; und viele, viele mehr…

Über 1000 Bürgerinnen und Bürger haben sich einem Appell zur Familienzusammenführung und Rückkehr von Gazale Salame angeschlossen. Über 700 weitere haben sich einer Petition an die Bundeskanzlerin eingetragen.

Nur ein kleiner Teil der prominenten Briefeschreiber erhielt als Antwort ein gleichlautendes Formschreiben, einer Unterabteilung der Staatskanzlei mit einem Auszug des Protokolls einer Landtagsdebatte und Hinweis auf Weiterleitung des Briefs an das zuständige Innenministeriums.

Aber auch in den wenigen persönlichen Antwortschreiben aus der Spitze der Staatskanzlei oder des Innenministeriums (an noch tätige bzw. bekannte Politiker/innen) wird mit keinem Wort auf das Anliegen der Petenten und ihre Argumente eingegangen. Hingegen verfestigt sich gerade nach der Lektüre ihrer Briefe bzw. Aktenvermerke der Eindruck, dass sich die zuständigen Mitarbeiter/innen und Verantwortlichen im Fall der Familie Siala/Salame derartig in ihrer voreingenommenen Ablehnung verrannt und verbissen haben, dass Zweifel an einer objektiven Bewertung, einem fairen Verfahren und einer angemessenen Würdigung und pflichtgemä-

ßen Durchsetzung des Kindeswohls und des Familienschutzes durch die niedersächsischen Behörden in diesem Fall – wie in anderen Fällen – angebracht sind.

Auch ein anderer objektiver Beobachter – wie der Sonderkorrespondent der Süddeutschen Zeitung, Stefan Klein – spricht nach seinen Recherchen über die niedersächsischen Flüchtlingspolitik – unter anderem zum Fall Salame – von der „Willkür politischer Entscheidungen wenn es um Abschiebungen geht" (Zerrissen", SZ vom 23.4.2012, S.3). Und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, mahnt in seiner Petition an den niedersächsischen Landtag vom 17.2.2012 (in der er mehrfach auf den Fall von Gazale Salame eingeht) für jeden einzelnen Abschiebungsfall die „undispensierbare und legitimierende Grundnorm der Verfassung" des Artikels 1 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes an: Die Achtung und „den Schutz, den die staatliche Gewalt der Würde der einzelnen Person schuldet", die „kein Abwägungsgut gegenüber gegenläufigen Gesichtspunkten" sind, „die für die Abschiebung einer Person sprechen"! (S.2/3 der Petition)

Hier ist ebenfalls noch einmal auf die schweren Versäumnisse und Unterlassungen hinzuweisen, die die niedersächsischen Behörden im Fall Familie Siala/Salame und ihrer Kinder durch eine fortgesetzte Missachtung des (die Behörden prioritär bindenden und verpflichtenden) Kindeswohls der Elternrechte und des verfassungsrechtlich und völkerrechtlich gebotenen Schutzes der Familie zu verantworten haben (Ich verweise zur ausführlichen Begründen auf meinen Brief an Herrn McAllister vom 5. Dezember 2011.) Aus all diesen Gründen erscheint mir eine umfassende Untersuchung und Überprüfung der niedersächsischen Flüchtlingspolitik durch eine unabhängige Kommission unumgänglich und nötig.

Wissenschaftliche Untersuchungen, u.a. die Analysen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung / DISS haben einen Zusammenhang für den Umgang öffentlicher Behörden und Institutionen mit Einwanderinnen und Flüchtlingen und dem diesbezüglichen Menschenbild großer Teile der Bevölkerung aufgezeigt.

Der UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Githu Muigai, forderte anlässlich seines Besuches 2009 Deutschland auf, mehr gegen Rassismus zu tun, und ein breiteres Verständnis von Rassismus zu entwickeln. Insbesondere müsse institutioneller Rassismus im Bereich von Behörden und Gerichten und bei der Polizei besser bekämpft werden (taz vom 1.7.2009). Das Konzept des institutionellen Rassismus zielt auf die Analyse von Vorurteilen in Verbindung mit Machtausübung ab, untersucht und analysiert Strukturen und Vorgänge in Behörden und Institutionen, die in ihrer Konsequenz diskriminierende und rassistische Auswirkungen haben.

Die so genannte „McPherson-Kommission", die den Begriff des institutionellen Rassismus bereits 1999 in Großbritannien als eine offizielle Kategorie für ein kritikwürdiges Regierungshandeln eingeführt hat, definiert ihn folgendermaßen:

„Das kollektive Versagen einer Organisation aufgrund der Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft von Menschen, diesen eine angemessene und professionelle Dienstleistung anzubieten. Es kann in Prozessen, Einstellungen oder Verhalten gesehen oder festgesetellt werden, die durch unbewusste Vorurteile, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassisitsche Stereotypisierung zu Diskriminierung führen, die Menschen ethnischer Minderheiten benachteiligt. Es besteht fort aufgrund des Versagens der Organisation, seine Existenz und seine Ursachen offen und in angemessener Weise durch Programme, vorbildliches Handeln und Führungsverhalten anzuerkennen und anzugehen. Ohne ein solches Eingeständnis und ein Handeln, das solchen Rassismus ausschließt, kann es als Teil des Ethos oder der Kultur der Organisation weit verbreitet sein." (Home Office 1999: The Steven Lawrence Inquiry 6.34) […]

Der Umgang der niedersächsischen Behörden mit Familie Siala/Salame und ihren Kindern – das belegen auch die Antwortschreiben aus der Staatskanzlei und des Innenministeriums mit entsprechenden Aktenvermerken – sind unseres Erachtens Belege dafür, in welcher Weise eine einseitige, vorurteilsgespeiste Sachverhaltsaufklärung und unzureichende Würdigung jedes Einzelfalls – unter Ausblenden verfassungs- und völkerrechtlicher Aspekte – sowie durch Verwaltungshandeln entstandene bzw. in sie einfließende Voreingenommenheiten zu negativen Bewertungen und systematischer Diskriminierung und Benachteiligung Einzelner führen können.

In diesen Dokumenten finden sich – insbesondere gegenüber Ahmed Siala – viele negative Kennzeichnungen und Defizitzuschreibungen, aus Vermutungen und Verdachtsmomenten abgeleitete abwertende Pauschalurteile bis hin zu bekannten Klischees und Stigmatisierungen („mangelnde Integrationsbereitschaft", „drohende Gewalt- und Kriminalitätsbereitschaft", Verdacht des Sozialbetrugs etc.)

Versuche, Einblicke in die wirklichen Lebensumstände der getrennt lebenden Familie zu erhalten, Probleme aus ihrer Famlienfluchtgeschichte, aus ihrem spezifischen Migrationshintergrund und den restriktiven Bedingungen ihres Aufenthalts zu erklären und dabei auch den Integrationsprozess von Ahmed Siala und Gazale Salame auch nur ansatzweise zu würdigen und anzuerkennen, den diese 17 Jahre (Gazale) bzw. 27 Jahre (Ahmed) in ihrer Heimat Deutschland durchlaufen haben, werden erst gar nicht unternommen bzw. sind nicht erkennbar.

Die starre, unnachgiebige, uneinsichtige Ausblendung jeder Empathie für die Familie, die selbstgerecht sich rechtfertigende, Ressentiment geleitete Machtausübung und -demonstration der Behörden, gipfelt in de Satz:

„Der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie ist nicht beeinträchtigt, da die familiäre Lebensgemeinschaft jederzeit im Libanon oder in der Türkei hergestellt werden kann." (aus einem Aktenvermerk des Innenministeriums, März 2012)

Dazu Prof. Dr. Mahrenholz: „Es braucht wohl nicht begründet zu werden, dass dem Schutz von Ehe und Familie nicht genügt wird, wenn man an sich – siehe den Fall Gazale – den von der Familientrennung betroffenen Mitglieder freistellt, ebenfalls auszureisen. Denn der Schutz der Ehe und Familie ist Bestandteil einer freien Gesellschaftsordnung und findet also dort statt, wo die Familie ihren Mittelpunkt hat, nicht aber kann die Offerte an die verbleibenden Familienmitglieder, doch dem Ausgewiesenen nachzureisen, als familienfreundlich angesehen werden." (Petition S.10)

Eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des institutionellen Rassismus in der Flüchtlingspolitik Niedersachsens stellt eine große Chance für alle zuständigen Behörden, die politisch Verantwortlichen, die Betroffenen und die Zivilgesellschaft dar, Konflikte, Defizite und Problemstellungen zu benennen, zu erkennen, zu analysieren, gemeinsam aufzuarbeiten und Lösungswege aufzuzeigen, die zu strukturellen und institutionellen Verbesserungen, Regelungen und Empfehlungen führen sollten.

Vordringlich erscheinen eine Überprüfung und Analyse

- aller Entscheidungsabläufe und -strukturen in asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren,
- des Beziehungsgeflechts der Hierarchie und Entscheidungstrukturen im Behördenhandeln im Zusammenspiel von Kommunal- , Kreis- und Landesbehörden,
- der gesetzlichen Bestimmungen von Erlassen und Verwaltungsvorschriften, ihr Verhältnis und ihre Umsetzung im Hinblick auf verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Bestimmungen,
- des Verhältnisses, der Zusammenarbeit und des Vorrangs in der Sache unterschiedlichen Logiken folgender Behörden auf den verschiedenen Ebenen (Jugendschutz / Sozialbehörden vs. Ausländerbehörde; Sozial-/Integrationsministerium vs. Innenministerium, etc.)
- der Ermessensausübung im asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren,
- der Beschwerde- und Kontrollinstanzen unabhängiger, ggf. zivilgesellschaftlicher Gremien etc.

Lassen Sie mich abschließend zwei einfache Wahrheiten aussprechen:

1. Integration kann nur ohne Diskriminierung gelingen. Integration setzt Integrationsfreundlichkeit auch in Gesetzen, in der Anwendung von Gesetzen, im staatlichen und Behördlichen Umgang mit Flüchtlingen voraus. Keinesfalls dürfen hier international gesetzte Standards wie die UN-Kinderrechtskonvention oder die Europäische Menschenrechtskonvention unterschritten werden.

2. Integration gelingt – natürlich – am besten und intensivsten im Familienverbund. Das Recht auf ein Zusammenleben in der Familie, auf ein harmonisches und von staatlichen Eingriffen ungestörtes Aufwachsen und Zusammenleben in der Familie gehört daher nicht nur zu den grundlegenden und grundgesetzlich geschützten Menschenrechten, sondern darf als „Grundpfeiler" einer nachhaltigen Integrationspolitik von keiner staatlichen Stelle in Zweifel gezogen oder durch Verwaltungshandeln konterkariert werden.

Wer das Leben von Kindern und ihrern Familien, ihre Geschichte und ihre menschenwürde auf aufenthaltsrechtliche Kategorien reduziert, wird den Aufgaben und Herausforderungen einer humanen Flüchtlingspolitik im demokratischen Deutschland des 21. Jahrhunderts nicht gerecht.

An den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen
Herrn David McAllister
Planckstr. 2
30169 Hannover

Duisburg, 25. Januar 2012

Betr.: Familie Ahmed Siala und Gazale Salame

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident McAllister,

als Unterstützer des Appells von Heiko Kauffmann (Pro Asyl) zugunsten der Familie Ahmed Siala und Gazale Salame vom Dezember 2011 richten wir die dringende Bitte an Sie, sich für die Zusammenführung dieser Familie persönlich einzusetzen.

Unsere Analysen zum Asyl- und Einwanderungsdiskurs in Deutschland haben einen Zusammenhang zwischen dem Umgang öffentlicher Behörden und Institutionen mit Einwanderinnen und Flüchtlingen und dem diesbezüglichen Menschenbild großer Teile der Bevölkerung aufgezeigt. Aus diesem Grund hat z.B. bereits 1999 die britische Regierung den Begriff des „Institutionellen Rassismus" zu einer offiziellen Kategorie eines kritikwürdigen Regierungshandelns erklärt. Danach müssen sich alle offiziellen Behörden an bestimmten antirassistischen Normen messen lassen.

Auch in Deutschland gilt mittlerweile Institutioneller Rassismus innerhalb der Migrations- und Rassismusforschung als eine Analysekategorie, mit deren Hilfe das Bewusstsein über die Effekte ausgrenzender Praktiken innerhalb öffentlicher Behörden geschärft werden kann. Auch mit Blick auf das deutsche Grundgesetz ist dies gewiss geboten.

Vor diesem Hintergrund muss die Abschiebung und die bisherige Verweigerung einer Familienzusammenführung der Familie Salame / Siala als ein besonders eklatanter Fall von Instititutionellem Rassismus bewertet werden. Dabei geht es nicht nur um das Auseinanderreißen einer intakten Familie, die seit nunmehr sieben Jahren getrennt voneinander leben muss, sondern auch darum, dass Gazale Salame für Angaben ihrer Eltern, die diese in den 1980er Jahren gegenüber der Ausländerbehörde getätigt haben, in Haft genommen wird.

Dies gilt unabhängig davon, ob Rechtsvorschriften solche unbegreiflichen Maßnahmen zulassen. Dass in diesem Fall Ermessensspielräume nicht ausgeschöpft wurden, darauf verweist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2009, in dem Ihre Landesbehörde angewiesen wurde, durch einen Vergleich zu einer Familienzusammenführung zu gelangen. Zugleich möchten wir auf die massiven Signale der Ausgrenzung verweisen, die damit in die Gesellschaft ausgesendet werden.

Wir halten die unnachgiebige und starre Haltung Ihrer Behörden für unverständlich und beschämend. Aus diesem Grunde möchten wir Sie nachdrücklich darum bitten, im Rahmen Ihrer politischen und amtlichen Kompetenz einzugreifen und der Familie Siala / Salame zu ihrem Menschenrecht auf Zusammenleben der Familie zu verhelfen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Margarete Jäger
Prof. Dr. Siegfried Jäger
Dr. Jobst Paul

Stellungnahme des DISS zur Einrichtung einer unabhängigen Expert*innen*kommission Institutioneller Rassismus

Wir unterstützen die Forderung von Heiko Kauffmann, Mitglied des Vorstands von PRO ASYL, nach dem Vorbild der britischen Macpherson-Kommission von 1999 endlich auch in Deutschland eine unabhängige Expert*innen*kommission Institutioneller Rassismus zu berufen und mit einem umfassenden Untersuchungsauftrag auszustatten. Dem Vorschlag haben sich inzwischen auch Prof. Lothar Krappmann, Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, und Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen angeschlossen.

Man erkennt in Deutschland bis heute vielerorts nicht, dass dieser Begriff keine polemische Anklage beinhaltet, sondern eine vollkommen adäquate Beschreibung der Wirklichkeit ist, die viele Betroffene zu durchleiden haben – Flüchtlinge, Einwanderer. Für diese Erfahrung gibt es schockierende Anlässe, die übrigens weit zurück reichen.

Bereits nach den Anschlägen in Hoyerswerda (September 1991), in Rostock (August 1992), in Mölln (November 1992), in Solingen (Mai 1993) und trotz vieler weiterer Opfer rechter Gewalt in den folgenden Jahren leugnete die Bundespolitik die offenkundig rassistischen Motive hinter den Taten in einem Maß, dass es sogar zu einem unwürdigen Streit um Opferzahlen und schon damals zu einer schlimmen Erfahrung für die Angehörigen kam.

Nun stellt sich heraus, dass während des ganzen Jahrzehnts seit dem Anschlag in Düsseldorf-Wehrhahn am 27. Juli 2000 eine rechtsterroristische Mordserie durch polizeiliche Verfolgungsbehörden nicht als solche ‚erkannt' wurde, obwohl ausgerechnet Verfassungsschutz-Behörden im Täter-Milieu kundschafteten.

Wir sind mit einer stigmatisierenden Perspektive dieser Behörden konfrontiert, die auf eine ‚Milieu-Kriminalität' abhob. Dies zeigte sich nicht zuletzt daran, dass die Verfolgungsbehörden und die Medien, bis hin zum deutschen Generalbundesanwalt den Begriff ‚Döner-Morde', der schließlich von der *Aktion Unwort des Jahres* im Januar 2012 als rassistisch gebrandmarkt wurde, wie selbstverständlich verwendeten. Behörden unterschiedlicher Bundesländer kriminalisierten damit die Opfer, aber auch ihre Angehörigen und fügten ihnen unermessliches Unrecht zu.

Wenn gegen diese Institutionen der verständliche Vorwurf erhoben wird, ‚auf dem rechten Auge blind zu sein', so ist damit nichts anderes gemeint als eben jener Institutionelle Rassismus, in den sich diese Institutionen verstrickt haben und aus dem sie nur durch äußere Hilfestellung wieder herauskommen. Dies wird derzeit nachdrücklich bestätigt, indem führende, für die Untersuchung der Mordserie zuständige Beamte im Zusammenhang von Befragungen durch parlamentarische Untersuchungskommissionen in kategorischer Weise in Abrede stellen, irgendwelche Fehler gemacht zu haben.

Dieses Phänomen führt mitten hinein in die von der Macpherson-Kommission seinerzeit erarbeiteten 13 Grundsätze, mit denen Institutionellem Rassismus begegnet werden soll. Die Kommission fordert z.B. unter anderem, dass die Wahrnehmungen von Betroffenen und ihrer Angehörigen, rassistisch diskriminiert worden zu sein, zum Maßstab der Untersuchung und der künftigen Praxis gemacht werden sollen und nicht derartige Abwehr- und Verteidigungshaltungen von Institutionen.

Darüber hinaus formuliert die Kommission wichtige Einsichten in institutionelle Prozesse der Vorurteilsbildung.[1] Rassismus sei zwar in „weit verbreiteten Einstellungen, Werten und Annahmen verwurzelt", die ggf. auch die Mitarbeiter*innen* von Institutionen teilen, doch könne sich eine Institution diskriminierende Praktiken zugelegt haben, völlig „unabhängig von der Absicht des Individuums, welches die Arbeit der Institution ausführt". Umgekehrt seien diskriminierende Praktiken „nicht ohne das Wissen der agierenden Person" denkbar, die es „versäumt hat, die Konsequenzen seiner / ihrer Handlungen für Menschen ethnischer Minoritäten zu überdenken". Diskriminierende Praktiken können daher nicht auf einen „unbewussten" Rassismus abgewälzt werden, für den der Einzelne nicht verantwortlich sei. Diese Praktiken gehen vielmehr auf mangelnde Selbstkritik zurück. Diese kann von Amtsleitungen noch weiter eingeschränkt werden, wenn sie im Sinne einer Wagenburg-Mentalität nach außen die Losung einer zu schützenden *corporate identity* ausgeben, bzw. für sich ‚Loyalität' einfordern oder sich ‚vor ihre Mitarbeiter stellen'.

Die Kommission wies jedoch auch darauf hin, dass in der Regel diskriminierenden „Gebräuchen und Praktiken", die in Institutionen ausgebildet werden, bestehende Gesetze vorausgehen. Für Deutschland gilt dies gewiss und insbesondere für das Ausländer- und Asylrecht. Die Wirkungen von Institutionellem Rassismus betreffen jedoch – so die Macpherson-Kommission – grundsätzlich alle Routinen, „mit der ethnische Minoritäten in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer, Zeugen, Opfer, Verdächtige und Mitglieder der Bevölkerung behandelt werden".

1 Alle nachfolgenden Zitate aus dem Bericht in der Übersetzung nach Iris Tonks, Der Macpherson Report. Grundlage zur Entwicklung von Instrumenten gegen den institutionellen Rassismus in Großbritannien. In: Margarete Jäger; Heiko Kauffmann (Hg.): Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus, Duisburg, 2002, S. 239–255.

Zweifellos stellt in Deutschland die Kriminalisierung von Minderheiten eine bevorzugte institutionelle Option der rassistischen Diskriminierung dar. Dies wurde nicht nur – wie erwähnt – anlässlich der erwähnten rechtsterroristischen Mordserie offenbar, die von den betreffenden SoKos „Halbmond“ (2001) oder „Bosporus“ (2005-2008) zur ‚Milieu‘-Kriminalität erklärt wurde. Bereits 2003 sprach das LKA Berlin von einer „libanesischen, insbesondere „libanesisch-kurdischen“ Kriminalitätsszene Berlins“[1], während eine Ermittlungsgruppe IDENT in Berlin ethnische Minderheiten ausspähte. Sie bestand bis 2008 und wurde umgruppiert, nachdem ihr ein allzu pauschales Vorgehen gegen Mhallamiye-Kurden nachgewiesen wurde.

Noch viel weiter geht ein vertraulicher Expertenbericht (147 Seiten) der Kommission *Organisierte Kriminalität* (BKA)[2] für die Innenministerkonferenz am 19.11.2004 in Lübeck. Der Bericht befasst sich ausschließlich mit der türkischen Glaubensgemeinschaft der Yesiden sowie mit Mhallamiye-Kurden, überwiegend aus dem Libanon. Der auf ethnische ‚Gruppen‘ gerichteten Perspektive entsprechend geht der Bericht auch über einen kriminalistischen Anspruch weit hinaus und zielt auf eine Verschärfung „des bundesdeutschen Ausländer- und Asylrechts“.
Dessen „Schwachstellen“ hätten einen „erheblichem Missbrauch“ und die Bildung „ethnisch abgeschottete(r) Subkulturen“ ermöglicht. Die Zerschlagung solcher krimineller Strukturen sei deshalb „nur noch in Teilbereichen“ und nur bei Zusammenarbeit „aller mit der Thematik befassten Behörden, justizieller Unterstützung und dem Ausbau kriminaltaktischer Ermittlungsmaßnahmen“ möglich. Im Übrigen seien die Erkenntnisse – so zitiert der Spiegel-Bericht ein Kommissionsmitglied – „auch auf andere Gruppen übertragbar“ – etwa auf Albaner oder Aussiedler aus Kasachstan.

Vor diesem Hintergrund kann der Verdacht formuliert werden, dass die Fälle der Familien von Badir Naso, der der Gruppe der kurdischen Yeziden angehört, und von Ahmed Siala, der der Gruppe der Mhallamiye-Kurden angehört, im Zusammenhang mit einer ethnischen Kriminalisierung steht, wie sie von der Kommission Organisierte Kriminalität (BKA) umrissen wurde. Beide Fälle sind durch eine beispiellose Brutalität der verantwortlichen Behörden gekennzeichnet.

Das Bild rundet sich durch eine Entscheidung des Auswärtigen Amts unter Guido Westerwelle ab. Es wies im Mai 2012 die deutsche Botschaft in Izmir an, den Visumsantrag für Gazale Salame und ihre Kinder zu einem Besuch ihres Mannes und ihrer Töchter in Deutschland erneut aufgrund der konstruierten, immer gleichen, bis ins Jahr 2000 zurückreichenden Betrugsvorwürfe abzulehnen.

Diese neueste Entwicklung zeigt, dass eine künftige Expertenkommission Institutioneller Rassismus nur dann Erfolg haben wird, wenn sie nicht in einen politischen Machtkampf verstrickt wird. Vielmehr müssen die Öffentlichkeit, alle betroffenen Institutionen wie Polizei, Gerichte, Schulen und Behörden, aber auch Exekutiven und Legislativen, zuvor von sich aus ihre Bereitschaft zu einem Reflexionsprozess, d.h. auch zu einer sanktionsfreien Selbstreflexion erklären[3], die dann zur Veränderung oder zur Rücknahme diskriminierender Praktiken oder gar Gesetze führt.

Das Konzept des *Institutionellen Rassismus* zielt daher in der Tat, wie Heiko Kauffmann formuliert hat, „auf die Analyse von Vorurteilen in Verbindung mit Machtausübung ab, untersucht und analysiert Strukturen und Vorgänge in Behörden und Institutionen, die in ihrer Konsequenz diskriminierende und rassistische Auswirkungen haben.“

Aus diesen Gründen befürworten wir die Einberufung einer unabhängigen Expertinnenkommission zum Institutionellen Rassismus. An der Diskussion über deren Aufgabenstellung und Verankerungen beteiligen wir uns gerne.

Duisburg, 30. Mai 2012,
Prof. Dr. Siegfried Jäger
Dr. Margarete Jäger
Dr. Jobst Paul

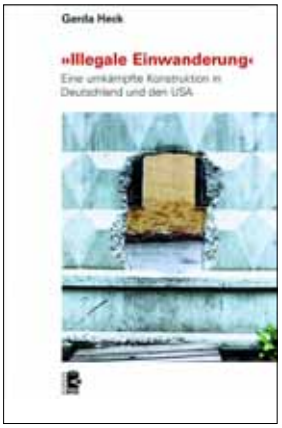
1 Vgl. den Bericht „Importierte Kriminalität“ und deren Etablierung am Beispiel der libanesischen, insbesondere „libanesisch-kurdischen“ Kriminalitätsszene Berlins des LKA Berlin (Henninger) aus dem Jahr 2003.

2 Alle Angaben dazu nach Andreas Ulrich (Blutige Selbstjustiz) im Spiegel 50/2004 vom 6.12.2004 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-38201278.html).

3 Vgl. Paul, Jobst, Von ‚Einzeltätern‘ zum ‚Institutionellen Rassismus‘. Die britische Regierung zieht die Konsequenzen und trifft eine historische Entscheidung. In: DISS-Journal 5/2000.

Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS Bd. 12
288 S., 20 €

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen .türkischen. Identitäten (re-) produzieren.



Gerda Heck
„Illegale Einwanderung“
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS Bd. 17
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den .“illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.

Das Entwürdigende in Worte fassen

Zur kulturellen Dimension des Institutionellen Rassismus – am Beispiel des Unworts des Jahres 2011. Von Jobst Paul.

Wodurch werden sprachliche Aussagen entwürdigend? Der Fall des Unworts des Jahres 2011 Döner-Morde enthüllt, dass sich Medien und Behörden über Jahre um diese Frage nicht kümmerten. Aber auch, dass das Problem des Rassismus über Einzelwörter hinausgeht: Bestimmte Begriffe nicht mehr öffentlich zu benutzen, erhellt noch nicht deren kulturelle Basis. Ist aber dann die Proklamation eines Unworts des Jahres überhaupt sinnvoll? Und warum ist Döner-Morde zu Recht ein Unwort des Jahres?

Um die Antworten vorweg zu nehmen: Selbstverständlich kann man in einem konkreten kulturellen Kontext ein Unwort des Jahres bestimmen. Und zu Recht bezeichnete die Aktion Unwort des Jahres den Begriff *Döner-Morde* als rassistische Zuschreibung, die ein breites gesellschaftliches Umfeld des Einverständnisses voraussetzt und ganze Teile der Bevölkerung entwürdigend und verletzend traf.

Das erwähnte Einverständnis deutet auf das tief verinnerlichte Ausgrenzungskonstrukt[1] unserer Kultur, aus dem die herabsetzenden Zuschreibungen des Rassismus, von Sexismus, Autoritarismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Bodyismus – und was der zerstörerischen -ismen mehr sind – generiert werden. Anschaulich wird das Konstrukt durch die Zusammensetzung aller Zuschreibungen zu einer ‚Gestalt'. Das Ergebnis ist eine allein auf Körperfunktionen, auf egoistische ‚Selbsterhaltung' reduzierte Schreckgestalt.[2] Seit jeher, sei es in Philosophie, christlicher Religion oder ‚humanistischer' Bildung, hat sich das westliche Ego-Ideal in Abgrenzung von dieser ‚bösen' bzw. ‚tierischen' Negativ-Folie als ‚gut' inszeniert, nämlich als ‚Nur-Kopf' und als Inkarnation egoismus-freier Vernunft.

Auch wenn der Motivfundus dieses Konstrukts unerschöpflich scheint, ist er auf die Fress- (Gier-, Raub-), die Sex- (Fortpflanzungs-)[3] und Fäkal- (Ausscheidungs-, Krankheits-, Erreger-) Metaphorik beschränkt. Hinzu kommt komplementär die Metaphorik der ‚Dummheit', die auf die Zuschreibung der ‚Triebfixiertheit' indirekt, nämlich übers Motiv der ‚Abwesenheit von Verstand' zu sprechen kommt. Nur im engen Rahmen dieser vier Motive werden Aussagen in großer Breite variiert und in Erzählungen ausgebreitet.

So wird auch gut verständlich, weshalb Sprecher*innen* nur geringfügige Signale zu setzen brauchen und trotzdem gut verstanden werden. Da die Metaphorik des Konstrukts aber oft in Handlungszusammenhänge verwoben wird, ist es zuweilen schwierig (aber nicht unmöglich), in Texten den genauen Ort der Ausgrenzungsbotschaft anzugeben. Im Fall von *Döner-Morde* gibt es dieses Problem freilich nicht.

Erklärung der Jury der Aktion Unwort des Jahres

„Begründung: Mit *Döner-Morde* wurden von Polizei und Medien die von einer neonazistischen Terrorgruppe verübten Morde an zehn Menschen bezeichnet. Der Ausdruck steht prototypisch dafür, dass die politische Dimension der Mordserie jahrelang verkannt oder willentlich ignoriert wurde: Die Unterstellung, die Motive der Morde seien im kriminellen Milieu von Schutzgeld- und/oder Drogengeschäften zu suchen, wurde mit dieser Bezeichnung gestützt. Damit hat Döner-Mord(e) über Jahre hinweg die Wahrnehmung vieler Menschen und gesellschaftlicher Institutionen in verhängnisvoller Weise beeinflusst. Im Jahre 2011 ist der rassistische Tenor des Ausdrucks in vollem Umfang deutlich geworden: Mit der sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung einer rechtsterroristischen Mordserie werden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und die Opfer selbst in höchstem Maße diskriminiert, indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden." (17.01.2012)

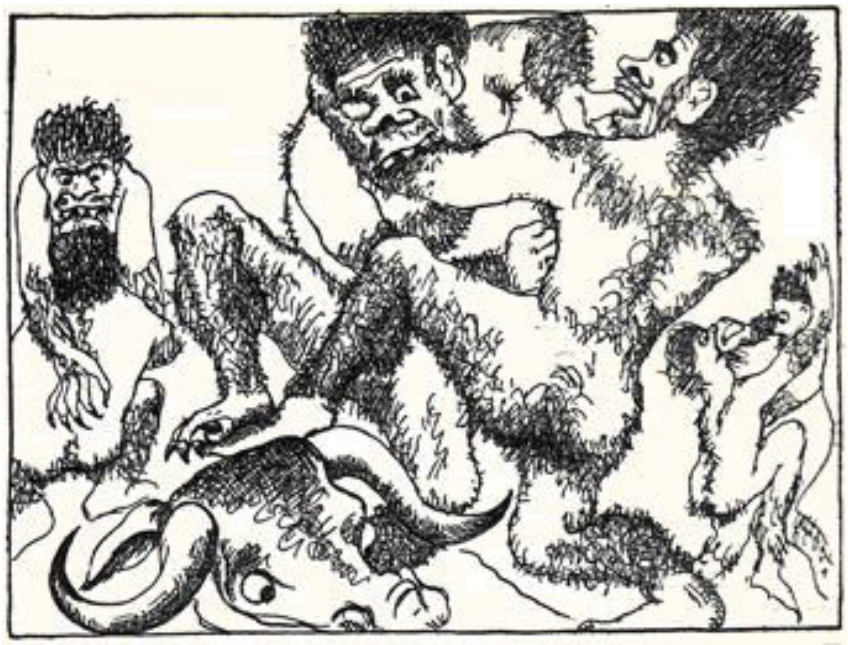
„Döner-Morde"

Es genügen die gekoppelten Signale ‚Türken', ‚Essen' (Döner) sowie ‚Gewalt' (Mord), um die Ausgrenzungserzählung aufzurufen – als Fressen und als Kampf um die Beute. Mit der Zuschreibung der Taten an ein ‚Milieu' erkannte man zugleich den Opfern und ihren Angehörigen einen moralischen Status ab und verwehrte ihnen Solidarität und Empathie: Der Verweis auf eine ‚Arena' außerhalb

1 Eine ausführliche empirische Detail-Analyse des Konstrukts, Erläuterungen zu ‚reziproken Zuschreibungen', zum inneren Zusammenhang aller Zuschreibungsformen, zur Funktion des ‚Gehorsams' u. a. m. vgl. Paul 2004.

2 Vgl. Dudley 1972; Husband 1980; Bartra 1997.

3 Vgl. zum rassistischen Vermehrungsmotiv auch Thilo Sarrazin: „Die Araber und Türken haben einen zwei- bis dreimal höheren Anteil an Geburten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht …"; „Ständig werden Bräute nachgeliefert …"; „Ich muß niemanden anerkennen, der … ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert." Vgl. Sarrazin 2009.



„Wilde Menschen" und ihre Eigenschaften – die Yahoos in Jonathan Swifts Gullivers Reisen (Illustration: Luis Quintanilla, 1947)

des Zivilisierten, etwa ‚im Orient'[4] reicherte die rassistische Herabsetzung exotistisch an.

Zugleich verdichtete sich die Zielrichtung in der aktuellen Bezeichnung *Döner-Morde* nicht nur zur ‚fachlich begründeten' Ermittlungsthese der Polizei, die von der Presse schließlich verdoppelt wurde, sondern zur korporativen ‚Meinung' dieser Institutionen. Insofern stand der Begriff für institutionellen Rassismus, wobei die Selbstverständlichkeit, mit der der Begriff öffentlich verwendet wurde[5] davon zeugt, dass man von einer ‚normalen' Sicht und vom breiten Einverständnis der Öffentlichkeit ausging.[6] Tatsächlich bestätigte der Würzburger Kriminaldirektor Wolfgang Geier vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, ihm sei ein anderer Name als „SoKo Bosporus" (von 2005 bis 2008) nicht in den Sinn gekommen (Bewarder, Welt-online, 26.4.2012).

Die These vom „Imbissgericht"

Es war daher ein engagierter Akt der Jury der Aktion Unwort des Jahres den Begriff zum Unwort des Jahres 2011 zu erklären. Die These allerdings, die Opfer seien deshalb diskriminiert worden, weil und „indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden", lenkte die Öffentlichkeit von den verantwortlichen Institutionen weg auf Perverses, das in der Regel mit Einzelnen assoziiert wird.

Die Gleichförmigkeit, mit der diese These vor und nach der Proklamation des Unwortes auch in den Medien vorgetragen wurde, ist gleichwohl erstaunlich, angesichts der sinnlosen oder makabren Lesarten, die sie nahe legt. So lässt sie die sinnlose Deutung zu (z. B. Dernbach, Tagesspiegel 19.11.2011), mit dem Begriff Döner-Morde seien tatsächliche Döner oder Döner-Imbisse gemeint gewesen, oder die abwegige Deutung, z. B. der Generalbundesanwalt, die polizeilichen Sonderkommissionen und führende deutsche Journalisten hätten die Toten rassistisch beschimpft („Du Döner"). Hermann Unterstöger verurteilte (in der Süddeutschen Zeitung 22.1.2012) schließlich mit Recht als letzte Logik der Imbiss-These kannibalistische Assoziationen in der Presse.

Die Zuspitzung ins Absurde sollte aber offenbar nicht nur die gesellschaftspolitische Dimension der rassistischen Zuschreibung ins ‚Pathologische' entsorgen. Einige Autoren versuchten damit wohl auch, sich durch die dramatische Distanzierung nun ‚auf der guten Seite', d.h. als besonders „gesinnungsstark" (Süddeutsche Zeitung 22.1.2012) zu inszenieren. Hinzu kommt, dass die Medien, während sie so ihren Ruf retteten, noch einmal die Opfer und ihre Angehörigen missachteten, über die sie nun auch noch als ‚Döner' sprachen.

Die Unfähigkeit zu trauern

Vermutlich wird daher der Fall der *Döner-Morde* nicht nur als kriminalistisches Versagen, sondern als Beispiel für soziale Fühllosigkeit gegenüber den Opfern rassistischer Stigmatisierung im Gedächtnis bleiben. Dafür spricht bereits die Antwort des Würzburger Ermittlers Wolfgang Geier, auf die Frage von Parlamentariern in Berlin, ob er Fehler gemacht habe: „Ich gehe natürlich davon aus, dass ich das gemacht habe, was richtig ist, weil, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, es wäre nicht richtig, dann hätte ich es anders gemacht." (zitiert nach Leyendecker, Süddeutsche Zeitung, 5.5.2012).

Eine Spitze an Selbstgerechtigkeit lieferte allerdings der Hessische Rundfunk nur wenige Tage vor der Berliner Gedenkveranstaltung für die Opfer der rechtsterroristischen Mordserie: Das Fernsehen des Senders weigerte sich, eine geplante Neuausstrahlung einer ‚Büttenrede' abzusetzen, in der unter dem Titel *Döner-TV* alle nur erdenklichen Stereotypen gegen Türken abgeschossen wurden. (vgl. Carstens, FAZ, 23.2.2012) Von der durchgehenden Fress-Metaphorik über das Motiv der Dummheit, von einer ausgedehnten Sex- und Fortpflanzungsmetaphorik bis hin zur Fäkalabteilung (mit angeschlossener Krankheits- und Erregermetaphorik) und dem ‚außerzivilisatorischen' Kampf aller gegen alle („auf Basar bescheißt jeder jeden") zog die Rede nacheinander alle – hier: rassistischen – Register des Ausgrenzungskonstrukts.

Trotz heftiger Proteste, etwa der Ausländerbeiräte und von PRO ASYL, beschied der Intendant des Senders, Dr. Helmut Reitze, dass „nach der festen Überzeugung der Redaktion, des Fernsehdirek-

4 Darauf verweist auch Stefan Kuzmany (Spiegel 16.11.2011). Er diagnostiziert eine ‚beruhigende Wirkung' für die deutsche Mehrheitsgesellschaft, das Morden in ein ‚Milieu' abschieben zu können. Ähnlich auch Andrea Dernbach (Tagesspiegel 19.11.2011) und Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung 17.1.2012).

5 gl. die Presseerklärung v. 11.11.2011 des Generalbundesanwalts http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=417 (Abruf 7.6.2012).

6 Einzelne Kommentatoren warnten jedoch auch nach der Enttarnung davor, „Verfassungsschützern oder Polizisten ein böses Etikett anzuheften" (Andrea Dernbach, Tagesspiegel 19.11.2011) oder jedem, „der das Unwort verwendet", gleich Rassismus zu unterstellen. (Anonym, Lausitzer Rundschau 17.1.2012).

Jobst Paul
Das ‚Tier'-Konstrukt - und die Geburt des Rassismus. Zur kulturellen Gegenwart eines vernichtenden Arguments
Edition DISS Band 2
Münster: Unrast
404 S., 24 €

Dass die christlich-abendländische Kultur Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung hervorgebracht hat und hervorbringt, wird kaum bestritten. Doch wie ist das möglich? Im Rahmen einer bemerkenswerten linguistischen Analyse ermittelt die Studie das Konstrukt vom ›Tier‹ als destruktivstes und zugleich widersprüchlichstes Stereotyp der westlichen Bildung. Alltag, Philosophie und Wissenschaft bedienen sich darin seit Jahrhunderten – und heute medial – eines gemeinsamen Codes, der Ausgrenzung und Ungleichheit rechtfertigt. Zugleich bewahrt das aus der griechischen Philosophie stammende ›Tier‹-Konstrukt den christlichen Affekt gegen das Judentum auf. Dabei ist es gerade die universalistische Ethik des Judentums, die noch heute gern als ›christliche‹ Ethik vereinnahmt wird.

Die Studie plädiert für den Abschied vom ›Tier‹-Konstrukt und für die längst überfällige, kulturelle Hinwendung zur Ethik der Gleichheit. Die Studie ist der diskursanalytischen Methode verpflichtet und lenkt daher verstärkt den Blick auf die Feinanalyse von Texten.

tors und Intendanten (…) die Büttenrede ‚Döner TV' nicht rassistisch" gewesen sei.[7] Der Pressesprecher des HR, Tobias Häuser, erläuterte, umgekehrt hätten sich viele Zuschauer über die Kritik empört, sozusagen als Eingriff in die Narrenfreiheit.[8] Eine Absetzung hätte wie Zensur ausgesehen und Rechtspopulisten einen „Märtyrer" geliefert, ja, sie hätte das Ende der Fernseh-Fastnacht bedeutet.

Damit reproduzierte die Spitze des Senders in Sachen Rassismus noch einmal die Haltung, die andere Institutionen zuvor zu einem Begriff wie Döner-Morde verleitet hatte.

***

Der Fall Döner-TV wie der Fall *Döner-Morde* beleuchten gewiss nur fragmentarisch die Ebenen und Formen des Institutionellen Rassismus in Deutschland. Dabei zeigt der Blick auf die institutionelle Ebene wohl noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Folgt man den Kategorien Johan Galtungs (Galtung 1998), so ist Institutioneller Rassismus eine Form struktureller Gewalt, die „auf Körper und Geist" der Opfer (18) einwirkt.

Hinter struktureller Gewalt nimmt Galtung freilich eine kulturelle Gewalt an, eine Codierung (ebd., 13), die er u.a. als ‚manichäische' oder ‚aristotelische' Dichotomie' (ebd., 44/45) oder als ‚Dualismus' (ebd., 353) bezeichnet und die „in Religion und Ideologie, in Sprache und Kunst, Wissenschaft und Recht, Medien und Erziehung" wirkt. Ihre Funktion ist einfach genug: „Sie soll direkte und strukturelle Gewalt legitimieren." (ebd., 18) Im Ausgrenzungskonstrukt wird eine solche Codierung fassbar und dekonstruierbar, die in unserer Kultur die Kettenreaktion „von kultureller via struktureller zu direkter Gewalt" (ebd., 19) maßgeblich in Gang setzt.[9]

7http://www.kab-giessen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=192:doener-tv-antwort-hr-intendanz&catid=1:aktuelle-nachrichten

8 Mitteilung vom 24.2.2012.

9 Kurzfassung des Beitrags mit gleichem Titel im Band *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, hg. v. Margarete Jäger u. Heiko Kaufmann (Edition DISS Bd. 31, im Erscheinen)

Literatur

Aktion Unwort des Jahres 2012: Pressemitteilung. Unwort des Jahres 2011: Döner-Morde. Begründung. (http://www.unwortdesjahres.net/fileadmin/unwort/download/pressemitteilung_unwort2011.pdf, Stand: 30.4.2012)

Anonym 2012: Das Unwort „Döner-Mord" – Effekthascherei geht oft vor Nachdenklichkeit, Lausitzer Rundschau, 17.1.2012.

Bartra, Roger 1997: The artificial savage: modern myths of the wild man. Ann Arbor, Mich.

Bewarder, Manuel 2012: Klagen über Verfassungsschutz bei NSU-Mordserie, Die Welt-Online, 26.4.2012.

Carstens, Peter 2012: Gedenkveranstaltung in Berlin. Merkel: Sie stehen nicht länger allein mit Ihrer Trauer, FAZ, 23.2.2012.

Dernbach, Andrea 2011: Durch Sprache wurden Opfer symbolisch ausgebürgert, Tagespiegel, 19.11.2011.

Dudley, Edward (ed.) 1972: The wild man within: an image in western thought from the Renaissance to Romanticism, Pittsburgh.

Galtung, Johan 1998: Friede mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen.

Husband, Timothy 1980: The Wild Man: Medieval Myth and Symbolism. Cloisters, New York, NY.

Kuzmany, Stefan 2011: Ausgrenzung durch Sprache. Deutsche und Döner, Spiegel Online, 16.11.2011

Leyendecker, Hans et al 2012: Neben der Spur. Anatomie eines Staatsversagens: Warum es der Polizei nie gelang, die rechten Terroristen zu finden, Süddeutsche Zeitung, 5.5.2012

Paul, Jobst 2004: Das Tier-Konstrukt - und die Geburt des Rassismus, Münster

Prantl, Heribert: Sprache: Unwort, Untat, Ungeist, Süddeutsche Zeitung, 17.1.2012

Sarrazin, Thilo 2009: Interview in Lettre International, Berlinheft vom 30. September 2009

Unterstöger, Hermann 2012: „Döner-Morde" - Unwort des Jahres 2011. Spaß fällt weg, Süddeutsche Zeitung, 22.1.2012

Diskurse in Bewegung(en)

Jens Zimmermann über ein Discussion Paper von Britta Baumgarten und Peter Ullrich

Britta Baumgarten / Peter Ullrich: Discourse, Power and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault, Discussion Paper SP-IV 2012-401, Social Science Research Center Berlin 2012. Online unter:

http://www.wzb.eu/sites/default/files/u13/fsiv2012-401_zeng_ullrich-baumgarten.pdf

Vor allem an Michel Foucault orientierte diskurstheoretische Ansätze finden in den letzten Jahren langsam ihren Weg in die Protest- und Bewegungsforschung (vgl. u.a. Haunss 2004, Ullrich 2008). Fast alle soziologischen Theorien der letzten sechzig Jahre haben sich zu Protest und Revolution als sozialen Phänomenen geäußert oder wurden theoretisch integriert in spezifische Fragestellungen und Arbeitsfelder der Bewegungsforschung. Umso erstaunlicher ist es daher, dass der Bezug auf das Foucaultsche Werk bei der Analyse sozialer Bewegungen und Proteste im Vergleich zu anderen Bereichen der Soziologie (u.a. Migrationsforschung etc.) eher lose stattfindet.

Mit ihrem paper stellen Britta Baumgarten und Peter Ullrich nun Foucaults Diskurstheorie und gouvernementalitätstheoretische Überlegungen hinsichtlich der Bewegungsforschung auf den Prüfstand. Als äußerst ambitioniert erweist sich dabei die Überlegung, dass mit einer an Foucault angelegten Perspektive die analytische Unterscheidung zwischen sozialer Makro-, Meso- und Mikro-Ebene angesprochen werden kann (2). Soziale Bewegungen greifen aus dieser Perspektive nicht nur in gesellschaftliche Diskurse ein und versuchen sie zu verändern, sondern sind durch diese auch in ihren Deutungsmustern und Wissensstrukturen präformiert - „they are the product of discourse, too." (2) Soziale Bewegungen sind demnach als Akteure auf der Makro-Eben selbst Teil der diskursiven Kämpfe und produzieren in diesen Diskursen eigene Wissensstrukturen, die sie als je spezifische diskursive Gemeinschaft (Schwab-Trapp) konstituieren. Analytisch wird dieser Prozess mit dem Begriff der discursive opportunity structure (4) reflektiert. Angelehnt an political opportunity structures (vgl. Meyer / Minkoff 2004), welche die institutionellen Gegebenheiten und die einer Protestbewegung zur Verfügung stehenden Ressourcen beschreiben, fasst das Konzept der discursive opportunity structures das Ensemble der Formationsregeln des Diskurses (Foucault 1974, 61-103) und erweitert diese um Überlegungen der politischen Kulturforschung[1]. Durch die diskurstheoretische Fundierung der Gelegenheitsstrukturen lassen sich Sagbarkeitsfelder, legitime und illegitime Sprecher_innenpositionen sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in sozialen Bewegungen (7) sowie hegemoniale Deutungsmuster als Bedingungen für das Aufkommen bzw. Ausbleiben und die Transformationen von sozialen Bewegungen verstehen. Mit Hilfe der discursive opportunity structure werden Prozesse beschreibbar, welche die Resonanz zwischen gesamtgesellschaftlichen Diskurs und erfolgreichem oder erfolglosem agenda-setting von sozialen Bewegungen aufnehmen (7).

Mit Baumgarten/ Ullrich lässt sich nicht nur die Relation von gesamtgesellschaftlichem Diskurs und diskursiver Ausrichtung sozialer Bewegungen als vermachteter Raum denken, der sowohl produktiv als auch formierend ist. Vielmehr werden soziale Bewegungen selbst als diskursive Arenen analysierbar, in denen um Deutungen und legitime Sprecherpositionen gerungen wird. Aus dieser Perspektive lassen sich Forderungen sozialer Bewegungen selbst als dynamische Prozesse verstehen, die umstritten sein können und deren Hegemonie immer wieder hergestellt werden muss. Bewegungsinterne Konflikte und Spaltungen sind dann nicht allein als emotionale, rationale oder strategische Auseinandersetzungen zu verstehen. Vielmehr lassen sich interne Deutungskämpfe als diskursiv vermittelte Praxis darstellen. Zwar spielen emotionale, rationale oder strategische Motive zweifelsfrei eine Rolle in politischen Auseinandersetzungen, sie stoßen aber in der Möglichkeit ihrer Artikulation an diskursive Grenzen - an die Grenzen des Sagbaren.

Auch auf der Mikro-Ebene lässt sich das Foucaultsche Theorieinventar für die Erforschung sozialer Bewegungen gewinnbringend in Stellung bringen. Zwar werden diskursiv vermittelte Subjektivierungspraxen und -formen nicht explizit von Baumgarten / Ulrich angesprochen, doch lässt sich im Anschluss an die bisherige Theorieentfaltung in Bezug auf Foucault konstatieren, dass innerhalb von sozialen Bewegungen Subjektapplikationen produziert werden, die von den einzelnen Individuen angenommen werden können. Exemplarisch kann hier die Entwicklung einer feministisch-antifaschistischen Sprecherinposition („Fantifa") und Subjektapplikation angeführt werden, die sich Ende der 1980er Jahre bzw. zu Beginn der 1990er in Antifa-Diskursen etablierte

1 Diskursive Gelegenheitsstrukturen seien also die kulturellen (ideationalen, diskursiven, normativen) Kontextbedingungen für einen themenspezifischen Diskurs. Sie bestehen aus dem Gesamt der in einer Kultur vorhandenen auf das Thema beziehbaren Denk-, Wahrnehmungs- und Kommunikationsmuster, kollektiv geteilten Annahmen, Weltbilder, Ideologien, Werte, Überzeugungen, deren innere Regelstruktur und den diese konstituierenden diskursiven Praxen (das System des Sagbaren und Unsagbaren und der wichtigen Erzählungen) und die diese fundierenden kulturellen Konflikte." (Ullrich 2008, 37)

Siegfried Jäger:
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung
Edition DISS Band 3
404 Seiten, 24 Euro
5. Auflage (Oktober 2009)

Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. PädagogInnen wie PsychologInnen, Sozial-, Sprach- und LiteraturwissenschaftlerInnen, Medien- und KommunikationswissenschaftlerInnen haben inzwischen erfolgreich mit den Vorschlägen, die die Kritische Diskursanalyse enthält, Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht dieses besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren und zu kritisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Siegfried Jäger / Jens Zimmermann, hg. in Zus. m. d. Diskurswerkstatt im DISS:
Lexikon Kritische Diskursanalyse Eine Werkzeugkiste. Edition DISS Bd. 26, 144 Seiten, 16 Euro

Die Diskurswerkstatt im DISS hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzen Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

und als Effekt einer Verschränkung von antifaschistischen und feministischen Diskurssträngen begriffen werden kann (Herausgeber_innenkollektiv 2012). Mit der Foucaultschen Begrifflichkeit lässt sich in Anschluss an Baumgarten / Ullrich zeigen, dass gesamtgesellschaftliche Diskurse (Makro) sowohl auf Meso- als auch Mikro-Ebenen wirken. In Bezug auf das Fantifa-Beispiel wird Sexismus nicht nur im hegemonialen Diskurs kritisiert, sondern auch in der Antifa-Bewegung selbst, was einerseits zu Konflikten führte, aber auch zu neuen Subjekt- und Sprecher_innenpositionen.

Zu den diskurstheoretisch fundierten Überlegungen greifen Baumgarten/ Ullrich auch auf den zweiten großen Forschungsstrang des Foucaultschen Werkes zurück: die Gouvernementalität (9). Gerade die These der Selbstregierung im Kontext moderner bzw. neoliberaler Gouvernementalität wird als eine mögliche Erklärung des Auftretens oder Ausbleibens von Protest in gegenwärtigen Gesellschaftsformationen bemüht (13). Im Anschluss an neuere Analysen der Selbstregierung (u.a. von Stephan Lessenich und Ulrich Bröckling) formulieren Baumgarten / Ullrich drei Perspektiven, die aus einer gouvernementalitätstheoretischen Betrachtung sozialer Bewegungen und Proteste formuliert werden können. Neoliberale Gouvernementalität und die damit einhergehenden Techniken der Selbstregierung führen zu einer Verlagerung der Kritik, welche nicht mehr an Institutionen oder Akteure in Politik und Gesellschaft gerichtet wird, sondern vielmehr gegen das „Selbst" (13). Gründe für das Ausbleiben des „Glücksversprechens" werden nicht mehr in gesellschaftlichen Herrschaftszuständen gesucht, sondern im „Selbst" - „was habe ich falsch gemacht" (ebd.). Als zweiten Punkt führen sie an, dass aufgrund der aktivierten, beschleunigten Subjektform, die die Individuen bis in ihren Alltag hinein prägt, Protestaktivitäten nun eher auf der Ebene alltäglicher Kämpfe stattfinden, die sich mit den Begriffen von sozialer Bewegung oder kollektiven Protestbewegungen nur schwer fassen lassen. Vielmehr sind es die „kleinen Verweigerungen" (14), die sich im Rahmen neoliberaler Gouvernementalität entfalten. Als letzte und durchaus provokanteste These führen Baumgarten / Ullrich an, dass soziale und Protestbewegungen mit ihren Forderungen und Erfolgen selbst Teil neoliberaler Gouvernementalität werden können (14f.), wenn zum Beispiel die Kritik an entfremdeten Arbeitsregimen (Fabrik etc.) durch die neoliberale Gouvernementalität aufgenommen und als Legitimation für die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse genutzt wird.

Die Überlegungen von Baumgarten/ Ullrich machen überzeugend klar, dass sowohl eine an Foucault angelehnte Diskurstheorie als auch gouvernementalitätstheoretische Befunde einen gewichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Forschung zu sozialen Bewegungen und Protest leisten können. Vor allem eine vergleichende Protest- und Bewegungsforschung kann von diskurstheoretischen Überlegungen profitieren (s. Ullrich 2008). Darüber hinaus lässt sich durch den Rückgriff auf diskurstheoretische Überlegungen auch eine erweiterte Perspektive auf das Verhältnis von Protestbewegungen und den „counterparts" aufmachen. Auf diskursiver Ebene lassen sie sich als Akteure in einem sozio-kulturell präformierten Diskursraum denken, der Möglichkeiten der Artikulation produziert und so auch Akteure auf diskursiver Ebene. In diesem Diskursraum finden die Kämpfe um Hegemonie und Transformation von diskursiven Formationen statt. Diese multi-relationale Perspektive und die darin implizierte Machtanalytik lässt eine erweiterte Betrachtungsweise zu, welche soziale Bewegungen und Protest auch in ihrer kulturell-diskursiven Logik verstehbar macht.

Literatur

Foucault, Michel 1974: Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Haunss, Sebastian 2004: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Herausgeber_innenkollektiv 2012: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken, Münster: edition assemblage (i. E.).

Meyer, David / Minkoff, Debra 2004: Conceptualizing Political Opportunity, in: Social Forces, Jg. 82, Nr. 4, 1457-1492.

Ullrich, Peter 2008: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin: dietz.

Gezeichneter Geist

Eine Rezension von Torsten Bewernitz

Wie zeichnet man eigentlich einen Foucaultschen Diskurs? Diese Frage hat sich dem Rezensenten unmittelbar gestellt, als er von dem Projekt einer „Philosophie für Einsteiger" über das Werk Michel Foucaults hörte.

Einen Diskurs zu malen, das sei vorweggeschickt, haben auch Ruffing und Lorenz sich dann nicht getraut. Allerdings ist der „Diskurs" zwar der bekannteste, bei weitem aber nicht der einzige, und vielleicht nicht mal der relevanteste Begriff in den Theorien Michel Foucaults. Die von Foucault als „archäologisch" bezeichnete Diskursanalyse wurde später von ihm durch die eher als „genealogisch" zu bezeichnende Dispositivanalyse erweitert. Das Dispositiv erläutert Reiner Ruffing als „Zusammenspiel von Macht und Wissen" (45), neben der reinen „Rede", dem Text, der im Diskurs analysiert wird, treten hier „Institutionen, Sitzordnungen, Lehrsätze, Redeordnungen [...]" (77).

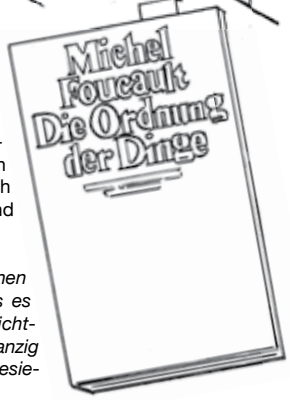
Ansgar Lorenz kommentiert die Beschreibungen Ruffings mit Beispielzeichnungen, die aus dem Alltagsleben stammen. Die verschiedenen Formen der „Gouvernementalität", einem weiteren Schlüsselbegriff in Foucaults Denken, der die verschiedenen politischen Rationalitäten (vgl. 78), die (Selbst) regierungskünste nicht nur des Staates sondern auch über jenen hinaus, beschreibt, illustriert Ansgar Lorenz etwa mit einem Beichtstuhl (Pastoralmacht), einem behelmten Polizisten („Policey") und einem Hartz IV-Empfänger (Neoliberalismus).

Diese bildlichen Assoziationen machen auch den politischen Anspruch der philosophischen Einführung deutlich: Arbeit, Sicherheit, Strafsystem, Kontrolle, Rassismus werden textlich und bildlich angesprochen. Das harmoniert mit dem politischen Engagement des hier so ausführlich Gezeichneten, das ebenfalls entsprechend gewürdigt wird: Wir erfahren z.B. von Foucaults Verhältnis zu Karl Marx: „Es ist sicher, dass Marx, selbst wenn man annimmt, dass Marx jetzt bald verschwindet, eines Tages wieder auftauchen wird. Was ich mir wünsche..." (18) zitiert Ruffing Foucault. Aber auch von Foucaults Interventionen um 1968, seinem Engagement gegen Gefängnisse und Psychiatrie, seinen inhaltlichen Differenzen mit Jean-Paul Sartre, die gemeinsamen politischen Aktionen nicht im Wege

Die Ordnung der Dinge

Nach seiner Zeit in Tunis bezog Foucault eine große Wohnung im achten Stock eines Neubaus im 15. Arrondissement in der Rue de Vaugirard Nr. 285, deren Balkon eine herrliche Aussicht über den Pariser Westen bot. Hier arbeitet er an seinem Bestseller *Die Ordnung der Dinge*.

Es ist vergeblich, das Wesen des Menschen – sei es als vernunftbegabtes Lebewesen (Aristoteles) oder als Verurteilt zur Freiheit (Sartre) – definieren zu wollen. Alle Definitionen des Menschen sind kulturabhängig. Nach welchen Prinzipien verändert sich unser Wissen? Dies versuchte Foucault in *Die Ordnung der Dinge (1966)* zu klären. Das Buch wurde ein Bestseller (man las es am Strand) und machte Foucault mit einem Schlag bekannt.



Wie geschieht es, dass das Denken sich von jenen Ufern löst, die es einst bewohnte (...), und dass es genau das in den Irrtum, die Schimäre und das Nicht-Wissen taumeln läßt, was noch nicht einmal zwanzig Jahre zuvor im lichten Raum der Erkenntnis angesiedelt und bestätigt wurde?

4

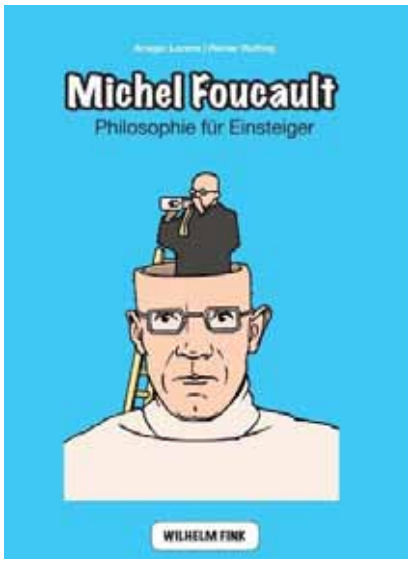
Ansgar Lorenz und Reiner Ruffing
Michel Foucault
Philosophie für Einsteiger
München 2012: Wilhelm Fink-Verlag,
80 S., 19,90 €

stand, und seiner umstrittenen Solidarität mit der iranischen Revolution.

Ebenso wenig kommt der private Foucault zu kurz - eine Ebene, die Foucault, der einmal den Vorschlag eines „Jahrs ohne Autor" machte, sich selber also eben nicht als personellen Diskursbegründer sehen wollte, sicherlich unbehaglich wäre. Schnelle Autos, Drogenexperimente, unkonventionelle Sexualpraktiken - auch das war Michel Foucault, der als bekennender Homosexueller 1984 eines der ersten prominenten Aids-Opfer wurde.

Ob er nun wollte oder nicht: Diskursbegründer ist er wohl doch geworden. In den 1980er und 1990er Jahren war Michel Foucault einer der wichtigsten Stichwortgeber der Sozialwissenschaften, einen wesentlichen Einfluss hatten seine Theorien und Methoden auch hier auf Gender- und Queertheorien – Lorenz und Ruffing reflektieren das in der Wirkungsgeschichte (74f.), die auch die Arbeiten des DISS würdigt (37). Etwas skeptischer und langsamer als Sozial- und Literaturwissenschaften reagierte vor allem die Geschichtswissenschaft. Kein Wunder, denn Foucaults Einsatz war und ist ein Angriff auf eine linear verstandene Geschichte, wie auch überhaupt auf die „Humanwissenschaften", damit auch die Sozialwissenschaften. Diese Wissenschaftskritik hat Michel Foucault unter einigen akademischen Strömungen, etwa bei Erneuer*innen* der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers, den Ruf eines Irrationalisten eingebracht. Dass der Einfluss des Poststrukturalismus heute merklich zurückgegangen ist, liegt sicherlich auch daran, dass mit der Krise das Soziale, das Klassenverhältnis, wieder in den Fokus der Wissenschaften gelangt ist, während Foucault-Schüler*innen* sich oftmals an Kulturfragen („cultural turn"), Geschlechterverhältnissen, sogar an „Tierrechten" abarbeiteten.

Das ist aber letztlich ein Zerrbild der Foucaultschen Intention und Intervention, die diese sozialen Verhältnisse nicht abstritt, sondern um weitere Dimensionen ergänzte. Dass Foucaultsches Denken auch unter der Prämisse einer kapitalistischen Krise gewinnbringend sein kann, zeigen etwa die jüngst erschienen Bände aus der Wiener Reihe „Es kommt darauf an..." „Was ist dein Streik?" der spanischen Precarias a la deriva und „Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen" von Isabell Lorey, Jens Kastner und anderen. Lorenz' und Ruffings einführender Comic kann vielleicht ebenfalls dazu beitragen, das Zerrbild eines „irrationalistischen" Michel Foucault zu korrigieren. Erschöpfend kann es dabei leider nicht zugehen – denn natürlich bleibt es eine Einführung und angesichts des Werks Foucaults ist letztlich mehr Text nötig, um Michel Foucault wirklich zu verstehen. Aber die „Philosophie für Einsteiger" ist dann eben genau das, was der Titel verspricht: Ein Einstieg, dem eine lange Fahrt folgen muss.



Ansgar Lorenz und Reiner Ruffing
Michel Foucault
Philosophie für Einsteiger
München 2012: Wilhelm Fink-Verlag,
80 S., 19,90 €

Niels Spilker
Die Regierung der Prekarität
Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse
edition DISS Band 27
Münster: Unrast
160 S., 18 €

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? Und in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden?
Niels Spilker untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Die Begriffe Regierung und Gouvernementalität dienen dabei als Scharnier, welches die hegemonietheoretischen Arbeiten des Regulationsansatzes und die Machtanalyse Foucaults verbindet. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der governmentality studies untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements im Kontext seiner Aneignungs- und Anwendungsbedingungen. Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit" (Bourdieu) legt die vorgestellten Technologien der Fremd- und Selbstführung nahe und plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs. Gleichzeitig verwickelt sie Subjekte reihenweise in Probleme. Es entsteht also eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen neue Risse, potentielle Brüche und somit auch Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.

Konstruktionen für den Krieg?

Eine Rezension von Andrea Nachtigall

Torsten Bewernitz untersucht die Darstellungen von „Nation" und „Geschlecht" innerhalb der printmedialen Berichterstattung über die kriegerischen Ereignisse im Kosovo im Jahr 1999. Dabei verweist die Titel-Frage bereits auf eine spezifische Funktion, die mit den Darstellungsmustern einhergehen kann. Bestimmte Vorstellungen und Konstruktionen von Nationalität und Geschlechterverhältnissen beeinflussen und lenken die Wahrnehmung des Kriegsgeschehens insgesamt. Sie können dazu beitragen, kriegerisches Handeln plausibel zu machen, zu begründen oder zu legitimieren – und müssen in diesem Sinne als ‚Konstruktionen für den Krieg' bezeichnet werden, insbesondere dann, wenn sie sich in politischen Handlungen manifestieren. Denn, so fragt Bewernitz weiter: „Wie wirkt sich die Konstruktion von Identitäten auf gesellschaftliches Handeln und das konkrete Handeln politischer Akteure aus?" (17).

Torsten Bewernitz liegt mit seiner Publikation voll im Trend. Seit geraumer Zeit lässt sich endlich auch hierzulande, z.B. innerhalb der interdisziplinären Friedens- und Konfliktforschung, ein verstärktes wissenschaftliches Interesse an den Zusammenhängen von Krieg, Frieden und Geschlechterverhältnissen (sowie ihren Medialisierungen) beobachten. Doch Jubel wäre verfrüht; Bewernitz' Analyse ist längst überfällig, und auch bei zunehmender Öffnung der Politik- und Sozialwissenschaften gegenüber feministischen und geschlechterbezogenen Ansätzen, kann von einer Anerkennung noch keine Rede sein. Besonders wenn es um die ‚großen Themen' der internationalen Politik wie Krieg und das Militärische geht, erscheint Geschlecht als Analysekategorie allzu häufig irrelevant.

Bewernitz erbringt mit seiner Arbeit den Gegenbeweis und arbeitet überzeugend heraus, dass geschlechtliche – und nationale – Identitätskonstruktionen in der Berichterstattung über den Kosovo-Konflikt eine zentrale Rolle spielen. Die Analyse bewegt sich dabei auf der Ebene sprachlich verfasster (Medien-)Diskurse, die mit Michel Foucault als machtvolle, wirklichkeitskonstituierende Praktiken verstanden werden, die ein spezifisches Feld des Sagbaren (und damit auch des Machbaren im Sinne bestimmter Handlungsoptionen) abstecken. Methodisch folgt der Autor dabei dem Ansatz der „Kritischen Diskursanalyse" des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung.

Zu den zentralen Ergebnissen der Untersuchung gehört der Nachweis, dass die mediale Vermittlung des Kosovo-Konflikts sehr stark durch die Konstruktion und Essentialisierung ethnischer und nationaler Identitäten – ‚die Serben', ‚die Albaner', ‚die Europäer', ‚die USA' etc. – geprägt war. Dabei wurde die Vorstellung einer prinzipiellen Unvereinbarkeit der Kulturen zugrunde gelegt, die, so die neo-rassistische Argumentationslogik, nahezu zwangsläufig zu Konflikten führt: „Sämtliche Medien benennen eine spezifisch balkanische multiethnische Zusammensetzung als Letztbegründung des 1999 aktuellen Konflikts." (257). Die diskursive Ethnisierung des Konflikts korrespondierte wiederum mit der Konstruktion entsprechender Freund- und Feindbilder, bei der es zu einer eindeutigen „Serbisierung der Täter" (260) kam.

Im Gegenzug – und das ist ein weiteres zentrales Ergebnis der Analyse – wurde in den Medien eine neue europäische Kollektividentität entworfen, die sich nicht nur in Abgrenzung von ‚den Osteuropäern', sondern vor allem von den vermeintlich bellizistischen USA definierte und als überlegen imaginierte. Parallel dazu kam es zur Neuformulierung einer spezifisch ‚deutschen Identität', die mit einer folgenschweren Verschiebung des Sagbarkeitsfeldes in Bezug auf deutsche Auslandseinsätze und Kriegsführung einherging. So wurde der lange Zeit gültige Konsens „Nie wieder Krieg!" zu „Nie wieder Auschwitz!" hin umgedeutet – wie es z.B. Joschka Fischer vorgemacht hatte – verbunden mit einem moralischen Impetus, der paradoxerweise gerade *für* einen Krieg (zur Verhinderung eines ‚zweiten Auschwitz' bzw. einer ‚humanitären Katastrophe') spricht.

Eindrücklich zeigt Bewernitz, wie sich die neue deutsche Identität als prinzipiell kriegsfern und unmilitaristisch, geradezu ‚pazifistisch' generierte. Deutschland führt zwar wieder Krieg – bei der Beteiligung am NATO-Einsatz im Kosovo handelt es sich um den ersten militärischen Auslandseinsatz der Bundeswehr nach 1945 –, aber vermeintlich nur ‚schweren Herzens' und gepaart mit gehörigen Zweifeln. Die Analyse stimmt nachdenklich, sie zeigt, dass „pazifistische Identitäten" nicht etwa den Krieg verhindert haben, sondern „geradezu notwendig waren für die Legitimierung des Krieges" (293). Sie verhalfen der Konstruktion Deutschlands als ‚geläuterter Nation', die vermeintlich die richtigen Lehren aus der ‚unheilvollen Vergangenheit' gezogen hat, zu besonderer Glaubwürdigkeit.

Auch in puncto Geschlechterkonstruktionen hat die Arbeit Spannendes zu bieten. Besonders lesenswert sind die Ausführungen zur Darstellung des deutschen Soldaten samt ihrer geschlechtlichen Implikationen;

Rolf van Raden & Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
edition DISS Band 29
Münster: Unrast 2011
ISBN 978-3-89771-758-9
240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie umgekehrt den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Darüber hinaus spielt das, was in Medien gesagt werden kann, eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und ihre Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein. Die Beiträge widmen sich nicht nur klassischen Nachrichtenmedien, sondern auch Jugendzeitschriften, Ratgeberliteratur, ikonografischen Darstellungen und Computerspielen.

Mit Beiträgen von Hannelore Bublitz, Sebastian Friedrich, Stefanie Girstmair, Katharina Hametner, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn, Thomas Kunz, Jürgen Link, Jobst Paul, Tom Schimmek, Hannah Schultes, Jörg Senf, Niels Spilker, Regina Wamper, Daniel Weigl, Markus Wrbouschek und Andreas Zumach.

oder auch die Herausarbeitung der weiblichen Figuren wie der „kleinen Albernite" (236). Anschaulich zeigt Bewernitz, wie das kleine Mädchen in der Bild-Zeitung als ‚prototypisches Opfer' und Identifikationsfigur aufgebaut wurde, so dass sich im weiteren Verlauf die Bild-Zeitung und mit ihr alle ihre Leser*innen* als Retterin des Mädchens imaginieren konnten. Zugleich „erklärt" die medienwirksam in Szene gesetzte ‚Rettungsmission' der kleinen Albernite „die vermeintliche ‚Sinnhaftigkeit' des ersten bundesdeutschen Militäreinsatzes" (239).

Während die Figur der „Kleinen Schwester" (236), wie Bewernitz diese typische Art der Darstellung von Mädchen in der Kosovo-Berichterstattung nennt, der klassischen Rolle von Frauen als Opfer und zu Beschützende (nicht nur) in Kriegskontexten geradezu par excellence entspricht, konstatiert er für das Soldaten-Bild einen grundlegenden Wandel: Der deutsche Soldat im Kosovo-Einsatz ist kein Krieger im traditionellen Sinne, sondern ein „große[r], kumpelhafte[r] Bruder" mit „pädagogische[m] Auftrag" (206), ein geradezu unsoldatischer Freund und Helfer.

Auch in Bezug auf die analysierten Politiker-Figuren deuten sich Variationen und Veränderungen an: Während US-Präsident William Clinton als „Billy-Boy" bespöttelt wird, der nicht aus politischen, sondern vielmehr aus emotionalen und sogar sexuellen Gründen handelt, z.B. um von seiner „Sexaffäre" abzulenken, und der damit insgesamt als ‚verweichlicht' und ‚verweiblicht' dargestellt wird (219), wird die US-Außenministerin Madeleine Albright als kämpferisches und Ton angebendes „Mannsweib" präsentiert, der es an ‚Weiblichkeit' angeblich mangele (227). Aber auch die Darstellungen der führenden deutschen Politiker – Joseph Fischer, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder – beinhalten neben dem Verweis auf eine ausgeprägte Ratio ebenso emotionale Aspekte. Anders als bei Clinton haben diese an dieser Stelle eine positive Funktion, denn der diskursive Bezug auf „ethische Emotionalität" (277) und individuellen Erfahrungshintergrund verleiht den deutschen Politikern eine besondere moralische Urteilsfähigkeit und Besonnenheit. Durch die Einbeziehung traditionell weiblich kodierter Emotionalität in die Männlichkeit des Politikers deutet sich nach Meinung des Autors ein qualitativer Wandel des klassischen Bilds des Staatsmannes an, der sich früher noch über eine ausgeprägte Rationalität und den Ausschluss alles Emotionalen definierte.

Deutlich wird hier bereits, dass sich die Konstruktionen von Geschlecht und Nation überlagern und wechselseitig verstärken können. So gehen die Darstellungen von Nationalität/Kultur/Ethnizität jeweils mit spezifischen Vorstellungen und Konstruktionen von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen einher. Besonders vordergründig zeigt sich dies im Rahmen der von Bewernitz rekonstruierten Feindbildkonstruktion, etwa im Bild des vergewaltigenden und frauenverachtenden Serben. Die Verzahnung der Kategorien Nation und Geschlecht, wie sie ja auch in der ‚Verweiblichung' des US-Präsidenten und der ‚Vermännlichung' der US-Außenministerin zum Ausdruck kommt (als diskursive Strategie der Abwertung der US-amerikanischen Nation und ihrer Politik), hätte in der Arbeit jedoch noch stärker herausgearbeitet werden können; stattdessen werden die Darstellungen von Nation und Geschlecht weitgehend getrennt voneinander untersucht.

Abschließend bleibt zu konstatieren, dass diese Arbeit einen wichtigen, sich dezidiert als „normativ" (39) verstehenden Beitrag leistet, in herrschaftliche Diskurse und kriegerische Politiken zu intervenieren, indem sie das, was ‚wir' für ‚normal' halten – incl. der neuen ‚Normalität' des Krieges sowie der Ordnungskategorien, entlang derer Menschen normalisiert, differenziert und hierarchisiert werden (Nationalität, Geschlecht, Ethnizität etc.) – grundlegend hinterfragt. Das Aufdecken und Nachzeichnen ihrer sprachlich-diskursiven Herstellungsmechanismen kann dabei als ein erster Schritt in Richtung gesellschaftlicher Veränderung verstanden werden. Wissenskritik wird zur politischen Praxis!

Der Autor bleibt jedoch nicht bei der Beschreibung der gegebenen Umstände stehen, sondern plädiert für den Entwurf von Handlungsalternativen: „Die Interpretation erfordert die Intervention." (39) Nach dem Motto ‚Konstruktionen für den Frieden?' (vgl. 17) macht er abschließend Vorschläge, wie eine geschlechtergerechte und friedenserhaltende Berichterstattung aussehen könnte, die eben Identitäten nicht für den Krieg, sondern für den Frieden hervorbringt.

Torsten Bewernitz
Konstruktionen für den Krieg?
Die Darstellung von Nation und Geschlecht während des Kosovo-Konflikts 1999 in deutschen Printmedien
2010 Münster: Westfälisches Dampfboot
353 S., 34,90 €

Kriegsdenkmäler als Lernorte friedenspädagogischer Arbeit

Von Martin Dietzsch

Heiner Geißler sorgte kürzlich für mediale Aufregung, als er die Siegessäule in Berlin, die die Siege Preußens über Dänemark, Österreich und Frankreich feiert, als „dümmstes Denkmal Deutschlands“ und als „ein Symbol für Nationalismus und Militarismus“ bezeichnete. Er sprach sich für eine Umgestaltung aus und forderte zugleich, endlich des von Rechten ermordeten ersten Finanzministers der Weimarer Republik, Matthias Erzberger, zu gedenken, nach dem in Berlin nicht einmal eine Straße benannt ist.

Man kann sicher darüber streiten, ob der Superlativ in Bezug auf die Siegessäule angebracht ist und ob nicht andere pejorative Attribute als „Dummheit“ angebracht wären. Geißler erklärte, er habe eine Diskussion über preußisch-militaristische Denkmäler in Deutschland anstoßen wollen. Die teilweise heftigen, ja sogar entsetzten Reaktionen auf Geißlers Anstoß sind Indiz dafür, dass es sich um ein brisantes Thema handelt.

Wer gezielt auf die Suche geht nach Kriegsdenkmälern im öffentlichen Raum, der wird nicht nur in Berlin fündig, sondern in fast jeder Gemeinde, in fast jedem Stadtteil. Obwohl sie im Alltag so gut wie gar nicht wahrgenommen werden, prägen sie vielerorts das Stadtbild mit und werden nach wie vor zu bestimmten Feiertagen, oder anläßlich von Schützenfesten etc. zu Kundgebungsorten mit mehr oder weniger starker Beteiligung aus der Bevölkerung und aus dem dörflichen Establishment. Dass sich auch die extreme Rechte positiv auf diesen Denkmäler bezieht und den von ihnen repräsentierten Geist ganz ungebrochen als zentralen Bestandteil ihrer Tradition und ihres Selbstverständnisses zu eigen macht, versteht sich fast von selbst.

Friedensdenkmäler, in denen die Trauer über die Toten zum Ausdruck kommt, in denen auch der Opfer des Kriegsgegners gedacht wird, und in denen die Konsequenz nahegelegt wird, nie wieder in den Krieg zu ziehen, findet man nur sehr selten. Die überlieferten Kriegsdenkmäler sind dagegen omnipräsent: die Siegesdenkmäler mit Drohung gegen den „Erbfeind“ Frankreich aus der wilhelminischen Epoche, der antirepublikanische Heldenkult der Weimarer Zeit und die aggressive Zuspitzung auf die Propaganda für den nächsten Krieg durch die Nazis.

Die bis heute erhaltenen Denkmäler wurden oft nur geringfügig verändert: die Hakenkreuze wurden abgeschlagen und die Inschriften um den 2. Weltkrieg ergänzt.

Trotzdem haben sie für uns heute nicht zwangsläufig dieselbe Bedeutung wie zum Zeitpunkt der Entstehung. Man kann diese Relikte der dunklen Seiten der deutschen Geschichte auch nutzen als Lernorte, an denen man die Widersprüchlichkeit und ideologische Instrumentalisierung des Umgangs mit dem Soldatentod herausarbeiten kann: Realität des Krieges versus Verklärung; echte Trauer um die Opfer versus Heldenkult mit Pflicht zur Nachahmung.

Dies kann sowohl in der schulischen als auch außerschulischen Pädagogik in Form von Projekten mit lokalem Bezug genutzt werden.

Das DISS erstellt derzeit eine Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen, die eine Hilfestellung bei der Planung solcher Projektarbeit bieten wird. Sie wird neben einer Einführung in das Thema einen historischen Abriss, visuell vermittelte Beispiele aus der Region, konkrete Hinweise und Tipps für die Recherche (z.B. im Stadtarchiv), Literaturhinweise und Anregungen enthalten, was man mit dem erlangten Wissen anfangen kann.

Die Ergebnisse werden für alle Interessierten im Internet zugänglich gemacht werden.

Ein Vierteljahrundert Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Wir haben noch viel vor!

Seit 25 Jahren forscht und publiziert das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung zu gesellschaftlichen Entwicklungen im In- und Ausland. Es analysiert die Genese von sozialen und kulturellen Ordnungen, um emanzipative Ansätze für eine demokratische Praxis in Politik, Pädagogik und Journalismus zu fördern.

Als gut vernetztes, aber uni-unabhängiges Institut wird es von einem gemeinnützigen Trägerverein getragen, hauptsächlich durch Drittmittel finanziert und von einem erstaunlichen ehrenamtlichem Engagement unterstützt. Durch die Reformen im Hochschulbereich ist der Handlungsspielraum des Instituts allerdings spürbar kleiner geworden. Die ökonomische Gängelung der Universitäten hat die Möglichkeiten des DISS, Drittmittel einzuloben, stark eingeschränkt. An den Hochschulen muss die fehlende grundständige Finanzierung immer häufiger durch das Einwerben von Drittmitteln ausgeglichen werden. Schlimmer noch: Die Verteilung der direkt aus den öffentlichen Haushalten stammenden Mittel wird sogar von der Höhe der eingeworbenen Drittmittel abhängig gemacht – wer viel hat, bekommt noch mehr. Die massiv gestiegene Drittmittel-Abhängigkeit der Unis macht es für kleinere, unabhängige Forschungseinrichtungen schwieriger, im verschärften Wettbewerb um die zum Teil kleiner gewordenen Fördertöpfe zu bestehen. Diese Entwicklungen behindern uns dabei, das DISS-Engagement in den Bereichen Rassismus- und Antisemitismusforschung, Forschungen zur Extremen Rechten, zu sozialer Ausgrenzung und zur Biopolitik auszudehnen.

Die Zeiten für kritische Wissenschaft werden härter. Wir sind auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Wir halten es für sinnvoll, diese Entwicklungen nicht nur zu kritisieren, sondern die Kritik auch praktisch umzusetzen. Wir wollen den bestehenden DISS-Förderkreis ausdehnen, damit der Erhalt der DISS-Infrastruktur gewährleistet ist und wir weiterhin Colloquien, Workshops und Seminare durchführen können. Mit diesen Aktivitäten bieten wir eine Alternative zu den immer stärker verschulten Seminaren und Vorlesungen an den Hochschulen. Wir wissen: Das ist eine konkrete Utopie; und es lohnt sich, an ihr zu arbeiten. Das DISS ist ein realer Ort, an dem diskutiert, gedacht und gearbeitet werden kann. Helfen Sie dabei, diesen Ort zu erhalten und auszubauen. Werden Sie jetzt Mitglied im DISS-Förderkreis!

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie jetzt Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

[ ] Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 /50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

[ ] Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____€.

[ ] Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Stadtsparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

[ ] Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Kto: _____

bei: _____

BLZ: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte abtrennen und einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg.Weitere Infos im Netz: http://www.diss-duisburg.de/foerderkreis